PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/36012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 189005 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 95837-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 13.1.1976, fertiggestellt.

15. Januar 1976 Jg. 4 Nr. 2 50 Pfennig

Maulkorbgesetze sollen verabschiedet werden:

Das Volk wird sich seine unverzichtbaren Rechte niemals nehmen lassen!

Am Freitag will der Bundestag das 13. Strafrechtsänderungsgesetz in zweiter und dritter Lesung beraten und verabschieden. Diese klammheimliche Strafrechtsänderung steht in direktem Zusammenhang mit dem staatlichen Raubzug des Finanzkapitals, den sogenannten Haushaltssicherungsgesetzen, mit der unmittelbar bevorstehenden Verabschiedung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, das besser Gesetz zur Freigabe der jugendlichen Arbeitskraft hieße, mit der Aufrechterhaltung des Paragraphen 218, mit dem Radikalenerlaß und dem Hochschulpolizeigesetz. Sie setzt die Politik der Notstandsgesetze und des KPD-Verbots fort. Ausplünderung und Reaktion, das ist die Politik des Finanzkapitals. Sie wird von der SPD/FDP-Regierung gemacht.

Nach den neuen Paragraphen 130 a und 88 a kann dann jeder, der zu einem „wilden" Streik aufruft, sei's in Wort oder Schrift, kann jeder, der sagt, gegen Gewaltmaßnahmen des Staates müßten sich die Volksmassen mit Gewalt wehren, kann der Bauer vom Kaiserstuhl, der sagt, gegen den Bau des Kernkraftwerks in Wyhl gebe es nur die Bauplatzbesetzung, mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden.

Die Regierung und das Parlament sagen, sie wollten mit diesen Paragraphen eine „Lücke" schließen. Den Massen den Mund schließen wollen sie. Die Wahrheit soll unterdrückt werden, daß das Volk gegenüber dem Staat, dem bis an die Zähne bewaffneten Gewaltapparat der herrschenden Klasse, nicht durch Kuschen seine Interessen vertreten und seinen Willen durchsetzen kann.

Beschließt eine Landesregierung, durch den Bau eines Kernkraftwerkes die Existens von Tausenden von Bauern zu gefährden, so sei das rechtens, sagt die Bourgeoisie. Wenn sich die Bauern dagegen wehren, dann ist das Landfriedensbruch. Das sagt auch die Bourgeoisie. Preßt ein Kapitalist die Arbeiter aus bis aufs Blut, dann ist das nicht nur rechtens, sondern eine unternehmerische Großtat. Schließen sich die Arbeiter zusammen, um dagegen zu streiken, dann ist das schnell Landfriedensbruch und wird es spätestens dann, wenn die Arbeiter vom Kapitalisten gekaufte Streikbrecher am Betreten der Fabrik hindern und für ihre Forderungen auf der Straße demonstrieren. Das hat die Rechtsprechung der Bourgeoisie bereits durch Dutzende von sogenannten Grundsatzurteilen entschieden.

Schulbehörden gegen die Schüler, Eltern und Lehrer, das ist Politik im Interesse des Ganzen. Eltern, Lehrer und Schüler gegen die Schulbehörden, das ist Landfriedensbruch.

Wer das Land beherrscht und das Volk unterdrückt, der kommt mit dem geltenden Recht glänzend aus, denn es ist sein eigenes Recht, das er diktiert. Das unterdrückte Volk muß wohl oder übel Landfriedensbruch begehen, wenn es sich seiner Haut wehren will. Will das Volk sich von seinen Ausbeutern und Unterdrückern befreien, will es Revolution machen, dann muß es mit der herrschenden Ordnung und den geltenden Gesetzen brechen. Diese Wahrheit auszusprechen, das soll als Befürwortung von Gewalt in Zukunft unter Strafe gestellt sein. Aktionen gegen die herrschende Klasse und den bürgerlichen Staat sind schon immer unter Strafe gestellt. Jetzt wird unter Strafe gestellt, solche Aktionen auch nur als vollständig gerechtfertigt und völlig unvermeidlich zu bezeichnen. Doch obwohl es den Massen bereits heute verboten ist, Bauplätze zu besetzen, tun sie es, wenn sie Bauplatzbesetzungen als Kampfmittel für notwendig halten. Obwohl „wilde" Streiks durch die herrschende Klasse untersagt sind, streiken die Arbeiter, wenn sie einen Streik für notwendig halten und sich auf dieses Kampfmittel einigen. Über die Kampfmaßnahmen der Massen entscheiden nicht die Gesetze der herrschenden Klasse, sondern die Massen selber. Gewaltsame Kampfmittel wählen die Massen, wenn anders ihre Interessen nicht durchgesetzt werden können. Daran kann kein Verbot der Bourgeoisie etwas ändern. Kein Gesetz der herrschenden Klasse kann verhindern, daß das auch gesagt wird. Die geplanten Strafrechtsgesetze werden den Klassenkampf nicht verhindern, sondern verschärfen.

Die Völker trauern um Tschou En-lai

An den Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Genossen Mao Tsetung
An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas
An den Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China
An den Staatsrat der Volksrepublik China
An die Botschaft der Volksrepublik China in der BRD



Mit Trauer haben wir vom Tod des großen proletarischen Revolutionärs, des Genossen Tschou En-lai, stellvertretender Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und Ministerpräsident der Volksrepublik China, erfahren.

Genosse Tschou En-lai hat sein ganzes Leben der Sache der Befreiung des chinesischen Volkes und der Sache des Kommunismus gewidmet.

Genosse Tschou En-lai hat an führender Stelle dazu beigetragen, daß die chinesischen Volksmassen unter Führung der Kommunistischen Partei den Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus besiegten, die neudemokratische Revolution vollendeten, die Diktatur des Proletariats errichteten und den Aufbau des Sozialismus in China entschlossen in Angriff genommen haben.

Genosse Tschou En-lai hat führend dazu beigetragen, daß die Kommunistische Partei Chinas den Marxismus-Leninismus gegen den modernen Revisionismus verteidigt und weiterentwickelt hat. In diesem Kampf auf Leben und Tod wurde die Generallinie der kommunisischen Weltbewegung verteidigt. Das war und ist eine große Unterstützung, Ermutigung und Hilfe für alle Marxisten-Leninisten in der Welt.

Das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland spricht dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas und dem chinesischen Volk sein tiefempfundenes Beileid aus. Es spricht damit für einen Teil der Arbeiterklasse und der Volksmassen in Westdeutschland und Westberlin, unter denen die welthistorischen Leistungen des chinesischen Volkes und der Kommunistischen Partei Chinas wachsende Anerkennung und Bewunderung finden.

Die Kommunistische Partei Chinas besitzt eine ruhmreiche Tradition des revolutionären Kampfes. Sie hat die chinesischen Volksmassen aller Nationalitäten im Kampf gegen die ausländischen und inländischen Klassenfeinde erfolgreich geführt, unter ihrer Führung hat das chinesische Volk große Erfolge beim Aufbau des Sozialismus erzielt, diese Erfolge in der Großen Proletarischen Kulturrevolution gegen Revisionismus und Kapitulantentum verteidigt, neue Erfolge im Klassenkampf errungen und die Volksrepublik China zu einem festen Bollwerk der proletarischen Weltrevolution gemacht. Wir sind gewiß, daß das chinesische Volk unter Führung seiner Kommunistischen Partei weitere große Erfolge und Siege im Aufbau des Sozialismus erringen wird, ebenso wie es weitere große Beiträge zum Sieg der proletarischen Weltrevolution, zum Sieg des Marxismus-Leninismus und des Kommunismus in der ganzen Welt leisten wird.

Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
gez. Joscha Schmierer
Sekretär des ZK des KBW

Die Große Tarifkommission hat beschlossen:

ÖTV fordert 135 DM für alle gleich. Es geht um viel

Die Große Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV hat am Dienstag 135 DM für alle gleich als Forderung für die kommende Lohnbewegung beschlossen. Unter dieser Forderung stellen sich die Beschäftigten in öffentlichen Diensten geschlossen und als Gewerkschaft den Angriffen der öffentlichen Dienstherren.

Es kann kein Zweifel bestehen, für die Kapitalisten und damit für die Regierung ist diese Forderung unannehmbar.

Zwar bedeutet sie für die Staatskasse eher eine geringere Belastung, denn bei jeder anderen Forderung verschlingen die ganzen höheren Beamtengehälter unerhörte Summen.

Doch wendet sich diese Forderung direkt gegen die Strategie des Finanzkapitals, die gegenwärtige Krise zur Herunterdrückung des Reallohns der einfachen Arbeiter unter das Existenzminimum auszunutzen.

Kommt es im öffentlichen Dienst zum Kampfe, so findet die gegenwärtige Reaktion zum ersten Mal einen Widersacher, der ihr an einem entscheidenden Punkte das Handwerk legen kann.

Die bürgerliche Presse ist dementsprechend vorsichtig. Sie hat die Hetze gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst systematisch aufgebaut, dort sollte demonstriert werden, wie die Regierung es fertigbringt, eine beispiellose Lohnkürzung und Rationalisierung durchzusetzen ohne weitere Gegenwehr.

Weil die Volksmassen die höheren Beamten hassen, sollte der Arbeiterlohn gerade im öffentlichen Dienst angegriffen werden, um so besser spalten zu können. Diesem Manöver ist mit der Aufstellung der 135-DM-Forderung eine Schranke gesetzt. Die Regierung ist noch vorsichtiger als die bürgerliche Presse, sie äußert sich gar nicht. Das Innenministerium läßt ausrichten, es werde sich erst am Verhandlungstisch äußern.

Verhandelt werden soll im Februar. Bis dorthin hofft die Bourgeoisie wiederum eine ideologische Front aufgebaut zu haben, von der aus sie die Bewegung neuerlich spalten kann. Die Richtung, in der das geschehen soll, steht in etwa fest. Einerseits wird daran gearbeitet, herauszustellen, daß die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, insbesondere aber bei der Bahn und bei der Post, eigentlich für Sockel- und Prozentforderungen gewesen seien, aber vom Hauptquartier der ÖTV überrollt worden wären.

Damit soll an die Streikfurcht und den Versöhnungswillen der besser bezahlten Chargen im öffentlichen Dienst appelliert werden. Es ist auch nicht einmal ausgeschlossen, daß die Regierung versucht, ein demagogisches Manöver anzuzetteln, indem gesagt wird, die höheren Beamten sollten dieses Jahr ganz verzichten, damit Geld genug da sei, den Leistungsgedanken durch Prozente im unteren und mittleren Dienst zu fördern.

Das alles ist am heutigen Tage noch nicht sicher. Sicher ist bloß, daß die Bourgeoisie und ihre Regierung noch die tollsten Verrenkungen machen werden, um die Forderung 135 DM für alle gleich zu beseitigen. Sie fürchten den Kampf unter dieser Forderung, weil sie fürchten müssen, eine Niederlage zu kassieren.

Eine solche Niederlage würde nicht nur in der ganzen Industrie dazu führen, daß die Sozialdemokraten von den Arbeitern die Schuld an dem gegenwärtigen Übermut der Kapitalisten zugerechnet bekommen und sich der Kampf der Arbeiter entwikkeln würde.

Es würde eine solche Niederlage der Bourgeoisie und ihres Staatsapparates ausgerechnet an einem Punkte, an dem sie die Auseinandersetzung lang und sorgfältig vorbereitet und auch wirklich gesucht haben, auch den demokratischen Bewegungen einen Aufschwung verleihen und würde dazu führen, daß die Regierung in ihrer gegenwärtigen Tätigkeit, reaktionäres Gesetzeswerk herauszublasen, empfindlich gehemmt wäre, weil sie auf Widerstand gestoßen ist. Nicht nur das unmittelbare Interesse gebietet es den Industriearbeitern, den Kampf im öffentlichen Dienst zu unterstützen nach ihren Kräften. Es gebietet auch das politische Interesse der ganzen Arbeiterklasse, diese Bewegung zu stützen gegen die heftigen Angriffe der Reaktion, die sie vor sich hat und an der sie durchaus noch scheitern kann. Die Volksmassen, die schon vor zwei Jahren den Streik im öffentlichen Dienst mit Sympathie verfolgt haben, werden dies wiederum tun. Sie alle, die gesamten Volksklassen haben mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst eins gemeinsam, den Feind, das Finanzkapital und seine Regierung, der sie ausplündert, ausbeutet und in Abhängigkeit hält und politisch unterdrückt. Erhält dieser Feind Schläge, so ist das von Vorteil.

siehe auch Seite 7

Gipfeltagung der Organisation Afrikanischer Staaten über die Lage in Angola

Die imperialistischen Supermächte werden Afrika nicht spalten können

Die Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit ist ohne gemeinsame Beschlußfassung beendet worden. Ihr einziger Tagesordnungspunkt war, die Lage in Angola zu beraten.

Bevor die Konferenz begann, soll das südafrikanische Rassistenregime beschlossen haben, seine Truppen und Panzerfahrzeuge binnen 48 Stunden vom Territorium Angolas zurückzuziehen. So jedenfalls der Bericht der amerikanischen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft NBC. Diese Mitteilung ist Produkt der Furcht des US-Imperialismus und des südafrikanischen Rassistenregimes vor der Entschlossenheit und dem Willen der Völker Afrikas, mit der Aggression gegen ein Brudervolk Schluß zu machen. Die USA und das südafrikanische Rassistenregime lebten in der berechtigten Furcht, daß bei Fortdauer der Aggression die Gipfelkonferenz Kampfmaßnahmen beschließt und durchführt. Allerdings hat das südafrikanische Kriegsministerium keine Bestätigung dieser Meldung vorgenommen, den südafrikanischen Zeitungen wurde verboten, diese Meldung weiterzuverbreiten. Ein Sprecher der US-Regierung erklärte ebenfalls, daß ein solcher Beschluß nicht bekannt sei. Von der Durchführung des Rückzugs hört man noch kein Wort.

Die Konferenz selber wurde durch eine Beratung aller Außenminister am 8. und 9. Januar vorbereitet. Alle Außenminister haben gemeinsam die südafrikanische Aggression gegen das angolanische Volk und das angolanische Territorium verurteilt. Vor Eröffnung der Gipfelkonferenz erklärte Idi Amin, derzeitiger Präsident der Organisation für Afrikanische Einheit, „er werde nicht zwischen den drei angolanischen Befreiungsbewegungen wählen. Sein Land wünsche die Einheit Angolas und verurteile jede ausländische Intervention." (Süddeutsche Zeitung, 10. Januar) Dieser Standpunkt war auf der letztjährigen OAU-Gipfelkonferenz in Kampala beschlossen worden. Der Präsident der OAU rief erneut zu einem Waffenstillstand in Angola auf. Zur Eröffnung der Konferenz erklärte das Staatsoberhaupt von Äthiopien, des Gastgeberlandes der Konferenz, Brigadegeneral Teferi Bante, daß „die OAU in ihrer zwölfjährigen Geschichte nie vor einer größeren Bewährungsprobe gestanden habe als in diesem Augenblick angesichts der Angola-Frage. Sie werde darüber entscheiden, ob die Afrikaner Meister ihres eigenen Schicksals seien oder ob sie nach der Pfeife anderer tanzten." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Januar)

An der Konferenz nahmen auch die Vertreter der drei angolanischen Befreiungsbewegungen teil. Für die Dauer der Konferenz wurden in Angola die Kampfhandlungen eingestellt. Die UNITA hatte der Konferenz einen Vier-Punkte-Plan vorgeschlagen, sofortiger und bedingungsloser Waffenstillstand, gemeinsame afrikanische Friedenstruppe, Friedensgespräche, Bildung einer Koalitionsregierung, die bis zu den Wahlen amtieren solle, die binnen ein oder zwei Jahren stattfinden sollen. Die FNLA trat ebenfalls für die Bildung einer Koalitionsregierung ein. Für die UNITA und die FNLA nahmen deren Präsidenten Savimbi und Holden an der Konferenz teil. Der MPLA-Präsident Neto wollte nur unter der Bedingung an der Konferenz teilnehmen, daß die MPLA-Regierung von der OAU anerkannt wird. Auf der Konferenz legte die MPLA eine Resolution vor, die die sofortige Anerkennung ihrer Regierung fordert. Eine Koalitionsregierung lehnte sie ab.

Auf der Konferenz selber konnte keine Einigung erzielt werden. 22 Staaten Afrikas unterstützten die MPLA-Regierung und traten für die ausschließliche Verurteilung der südafrikanischen Aggression ein. 22 Staaten traten für die Verurteilung und Beendigung jeglicher ausländischer Einmischung sowie für die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit ein. Äthiopien als Gastgeberland sowie Uganda, dessen Präsident derzeit OAU-Vorsitzender ist, nahmen nicht offiziell Stellung. Auf der Konferenz ergriff Samora Machel, Präsident der Volksrepublik Mozambique, als einer der ersten das Wort. Er sprach sich für die sofortige Anerkennung der MPLA-Regierung aus als einziger Kraft, die die vollständige Befreiung Angolas sichern könne, und verurteilte die beiden anderen Befreiungsorganisationen als „Kollaborateure mit den Feinden Afrikas". Präsident Senghor (Senegal) erklärte, „die Organisation müsse dafür sorgen, daß das Volk von Angola seinen politischen Willen in freien Wahlen zum Ausdruck bringen könne. Mit der Anerkennung nur einer der streitenden Parteien verletze die OAU ihre eigene Charta. Nicht nur Südafrika, sondern auch jede andere Macht, die in Angola interveniert habe, sei zu verurteilen. Afrikas Zukunft werde nicht durch eine Allianz mit Ost und West gesichert, sondern allein durch Bündnisfreiheit. Als Leitlinie für die Beratungen über das Angola-Problem empfahl Senghor den Staats- und Regierungschefs ‚Afrikanismus, Demokratie, Bündnisfreiheit'." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Januar) Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet, daß diese Rede den größten Beifall erhielt.

Der Widerspruch zwischen diesen beiden Positionen hat den Verlauf der gesamten Konferenz bestimmt, er konnte auf ihr nicht gelöst werden. Sofort nach Beendigung der Konferenz wurde der Bürgerkrieg in Angola fortgesetzt. Die Konferenz selber hat so die Spaltung Afrikas über die Haltung zu Angola ausgedrückt. Damit kann die OAU nicht unmittelbar politische Schritte zur Beendigung des Bürgerkriegs in Angola und zur Beendigung jeglicher ausländischen Einmischung in Angola unternehmen. Die Einmischung des US-Imperialismus und des Sozialimperialismus kann fortgesetzt werden. Diese Handlungsunfähigkeit der OAU als Organisation aller afrikanischen Staaten entspricht sowohl den Interessen der beiden Supermächten wie sie auch Resultat ihrer Einmischung ist. Genauso wie sie in Angola die Einheit des Volkes untergraben und die nationale Einheit zerstören, genauso wollen sie die afrikanischen Einheit untergraben und wünschen Spaltung. In Angola setzen sie jeweils auf verschiedene Befreiungsorganisationen, in Afrika wollen sie verschiedene Staaten jeweils gegeneinander stellen. Diese Taktik zeigt, worum es ihnen geht: ein zerrissenes Angola, ein zerrissenes Afrika, um sich zu Oberherrn ganz Afrikas und es zu ihrem Ausbeutungsobjekt zu machen. Rivalisieren sie um Angola, so wittern sie über Angola zugleich die Möglichkeit, Afrika in zwei Lager zu teilen und jeweils unter dem Vorwand, die Einmischung der anderen Macht zu bekämpfen, sich einzuschmeicheln und einzuschleichen. Sie haben wahrhaftig Honig im Mund und Galle im Herzen.

Der Zusammenschluß der Völker Afrikas, aller Völker der Dritten Welt, gegen Imperialismus, Hegemonismus und Kolonialismus macht gegenwärtig gewaltige Fortschritte. Ihr Kampf ist gegenwärtig die Haupttriebkraft der Geschichte, er treibt das Rad der Geschichte voran. Deshalb wollen die beiden Supermächte dies Rad unbedingt anhalten, müssen sich in ihrem Kampf um Beherrschung der Welt dagegenstemmen. Doch die Tatsache, daß es ihnen vorübergehend gelingt, Schwierigkeiten zu machen, zeigt nur, wie gerecht die Forderungen sind und wie sehr sie es verdienen, lauten Widerhall in der Welt zu finden: Schluß mit der Einmischung der beiden Supermächte in Angola! Es lebe die Einheit des angolanischen Volkes im Kampf gegen Imperialismus und Hegemonimus! Die Angelegenheiten Afrikas müssen durch die Afrikaner selber gelöst werden! Afrika gehört den afrikanischen Völkern! Das sind die Forderungen der afrikanischen Völker und über den Weg zu ihrer Durchsetzung werden sie sich trotz der Spaltungsversuche der beiden Supermächte zweifellos einigen. – **(hjh)**

Brot in der Sowjetunion knapp

In mehreren Gebieten der Sowjetunion herrscht seit einigen Wochen akute Brotknappheit. Nach einem Bericht der sowjetischen Zeitung Selskaja Shisn (Landleben) müssen die Bewohner zahlreicher Dörfer in die Städte reisen, um sich dort mit Brot zu versorgen. – (Süddeutsche Zeitung, 13. Januar)

Überwachung der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst

Vom 1. Januar 1973 bis zum 30. Juni 1975 sind im Bundesgebiet ohne Westberlin 454 585 Bewerber für den öffentlichen Dienst von den staatlichen Spitzelorganisationen überprüft worden auf ihre Verfassungstreue. 235 von ihnen wurden wegen „Zweifel an ihrer Verfassungstreue" abgelehnt, in Westberlin noch einmal 93 Beamten-Bewerber zusätzlich. Diese Angaben machte kürzlich das Bundesinnenministerium. Nicht erfaßt sind davon die Überwachungen und Rausschmisse von schon im öffentlichen Dienst beschäftigten Lohnabhängigen. Man kann davon ausgehen, daß das die umfangreichsten staatlichen Überwachungs- und Bespitzelungsmaßnahmen in Deutschland sind seit der Zeit der Nazi-Diktatur.

Kapitalistenleben

Mein Schwager wohnt in London und arbeitet in einem der dortigen Spielkasinos als Croupier. In diesem Spielclub gibt sich der internationale „Jet-Set" ein Stelldichein, um Abend für Abend das Geld zu versaufen und zu verspielen, was sie vorher der Arbeiterklasse und dem Volks abgepreßt haben.

Ein bis zwei Mal in zwei Monaten erscheint dort auch Gunther Sachs. Eben jener Gunther Sachs, der gerade gemeinsam mit seinem Bruder die Fichtel & Sachs-Werke für 500 Millionen DM verkaufen will. Er spielt meistens am Würfeltisch, und zwar in der Regel mit höchstmöglichen Einsätzen.

Auf diese Art und Weise verspielt er an einem Abend bis zu 30 000 Pfund. Bei einem Kurs von etwa 5,50 DM für 1 Pfund sind das also bis zu 165 000 (einhundertfünfundsechzigtausend) DM am Abend.

Ein Arbeiter bei Fichtel & Sachs mit einem monatlichen **Netto**lohn von vielleicht 1 650 DM muß 100 Monate oder 8 (acht) Jahre und 4 Monate arbeiten, um diese Summe Geld zu verdienen. – **(b.,** Göttingen)

Spanien: 200 000 im Streik

Über 200 00 Metall-, Bau- und Landarbeiter, Bankangestellte und Angestellte der Fernsprechzentralen haben am Dienstag in Spanien gestreikt. Für Mittwoch wird die Ausdehnung des Streiks auf alle Banken angekündigt, weitere 100 000 Bankangestellte wollen in den Streik treten. Das ist der derzeitige Stand einer sich rasch entwickelnden Bewegung unter den spanischen Arbeitern, mit der sie sich Raum schaffen, um ihre Ziele und Vorstellungen von einem neuen Spanien zu entwickeln.

Bestimmt wird die Bewegung von der Forderung nach Erhöhung des Lohns und politischen Forderungen wie Generalamnestie und Demokratie. Gekennzeichnet ist die Bewegung durch große Solidarität und Geschlos-

ter die Arbeit wieder aufnehmen, mußte sie akzeptieren, die Verhandlungen über die ursprünglichen Forderungen fortzusetzen: Die Arbeiter setzten der Aktiengesellschaft ein Ultimatum bis zum 13. Januar. Wenn dann kein Ergebnis vorliegt, dem sie zustimmen, wird der Streik weitergeführt.

Damit war der Lohnstopp der Regierung vom November durchbrochen, der Boden für weitere Aktionen bereitet. Die nach wie vor verbotenenen Gewerkschaften (Arbeiterkommissionen) riefen inzwischen im ganzen Land zum Generalstreik für Montag, den 12. Januar, auf. Hatte sich bis dahin die Bewegung hauptsächlich auf Madrid konzentriert, wurde sie nun auf alle Provinzen ausgedehnt. In allen bedeu-

Spanien: 200 000 im Streik

Über 200 00 Metall-, Bau- und Landarbeiter, Bankangestellte und Angestellte der Fernsprechzentralen haben am Dienstag in Spanien gestreikt. Für Mittwoch wird die Ausdehnung des Streiks auf alle Banken angekündigt, weitere 100 000 Bankangestellte wollen in den Streik treten. Das ist der derzeitige Stand einer sich rasch entwickelnden Bewegung unter den spanischen Arbeitern, mit der sie sich Raum schaffen, um ihre Ziele und Vorstellungen von einem neuen Spanien zu entwickeln.

Bestimmt wird die Bewegung von der Forderung nach Erhöhung des Lohns und politischen Forderungen wie Generalamnestie und Demokratie. Gekennzeichnet ist die Bewegung durch große Solidarität und Geschlos-senheit. Eingeleitet wurden die Aktionen von den Arbeitern und Angestellten der Madrider Untergrundbahn. Sie traten am 7. Januar in den Streik für die Forderungen: Erhöhung des Lohns um 20 Prozent rückwirkend von August 75 an, Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit von 44 auf 40 Stunden, Erhöhung der Zahl der Urlaubstage. Für diese Forderungen führten sie in Madrid am selben Tage eine Demonstration durch, gegen die die Polizei massiv vorging.

Die Belegschaft von Standard Elektrik, ITT (14 000 Arbeiter und Angestellte) war die erste, die sich mit den U-Bahn-Arbeitern solidarisierte und die Kollegen mit einer eigenen Demonstration unterstützte. 3 000 nahmen daran teil.

Die Arbeiter von Chrysler (12 000 Beschäftigte) schlossen sich an mit dem Ziel, die Wiederanstellung von Belegschaftsvertretern durchzusetzen, die von der Betriebsleitung rausgeschmissen worden waren. Am Freitag, den 8. Januar, fand daraufhin in Madrid eine Demonstration statt, an der sich 10 000 Arbeiter beteiligten. 50 000 befanden sich zur gleichen Zeit im Solidaritätsstreik mit den U-Bahn-Arbeitern, denen die Regierung die Dienstverpflichtung angedroht hatte. Diese Drohung machte sie jedoch angesichts der kampfbereiten Arbeiter im ganzen Land nicht wahr: Sie beorderte Eisenbahnpioniere auf die Bahnen. Damit wurde auf einigen Strecken der Betrieb wieder aufgenommen. Offenbar weil mit dem Boykott von seiten der Madrider Bevölkerung gerechnet wurde, wurde kein Fahrgeld gefordert. Der Durchbruch für die U-Bahn-Arbeiter gelang am Samstag, als die U-Bahn-Gesellschaft, deren Hauptaktionär eine Bank aus dem Baskenland ist, sich bereit erklärte, sofort an jeden Beschäftigten eine Prämie von 15 000 Peseten zu zahlen. Damit aber die Arbei-

ter die Arbeit wieder aufnehmen, mußte sie akzeptieren, die Verhandlungen über die ursprünglichen Forderungen fortzusetzen: Die Arbeiter setzten der Aktiengesellschaft ein Ultimatum bis zum 13. Januar. Wenn dann kein Ergebnis vorliegt, dem sie zustimmen, wird der Streik weitergeführt.

Damit war der Lohnstopp der Regierung vom November durchbrochen, der Boden für weitere Aktionen bereitet. Die nach wie vor verbotenenen Gewerkschaften (Arbeiterkommissionen) riefen inzwischen im ganzen Land zum Generalstreik für Montag, den 12. Januar, auf. Hatte sich bis dahin die Bewegung hauptsächlich auf Madrid konzentriert, wurde sie nun auf alle Provinzen ausgedehnt. In allen bedeu-tenden Städten wird der Streik eingeleitet. In den baskischen Städten Bilbao und San Sebastion demonstrieren Tausende für Amnestie aller politischen Gefangenen. Gegen die steigende Arbeitslosigkeit und für einen Mindestlohn von 700 Peseten täglich demonstrieren mehrere Hundert Landarbeiter in der kleinen Stadt Palma de Rio in der Provinz Cordoba. Streiks wurden selbst von der Touristeninsel Mallorca gemeldet. Der Schwerpunkt bleibt aber nach wie vor Madrid. Dort werden die Belegschaften von Standard Elektrik, ITT und Chrysler seit Montag ausgesperrt. Dort streiken ganze Viertel, zum Beispiel Getafe, wo am Dienstag die Arbeit vollständig ruhte. Dort haben sich auch die Studenten an den Aktionen beteiligt. Sie versuchten trotz der Besetzung des Universitätsgeländes durch die Polizei Versammlungen durchzuführen.

In allen Städten werden täglich Demonstrationen durchgeführt. Sie führen von außen in die Stadtzentren, vor den Sitz der Polizei, um dort die Amnestie aller politischen Gefangenen zu fordern. Den Angriffen der Polizeischergen, die brutal gegen die Demonstrationen vorgingen, wurde häufig genug standgehalten.

Weil sie offenbar der Bewegung auf der Straße nicht Herr wird, verhaftet die Polizei inzwischen die bekannten Führer der Bewegung in ihren Wohnungen. 50 Menschen sollen allein am Dienstag auf diese Weise in Madrid verhaftet worden sien. Die Regierung erklärte vor der Presse am Montag, den 12. Januar, sie werde es nicht zulassen, daß „böswillige und einen Bruch suchende Elemente den Prozeß der innenpolitischen Verfestigung und Vollendung in Spanien stören". (Stuttgarter Zeitung vom 13. Januar) Die Arbeiter haben diese Kampfansage bereits beantwortet. (Nach: Le Monde vom 6. bis 13. Januar) – **(gj)**

könne. Mit der Anerkennung nur einer der streitenden Parteien verletze die OAU ihre eigene Charta. Nicht nur Südafrika, sondern auch jede andere Macht, die in Angola interveniert habe, sei zu verurteilen. Afrikas Zukunft werde nicht durch eine Allianz mit Ost und West gesichert, sondern allein durch Bündnisfreiheit. Als Leitlinie für die Beratungen über das Angola-Problem empfahl Senghor den Staats- und Regierungschefs ‚Afrikanismus, Demokratie, Bündnisfreiheit'." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Januar) Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet, daß diese Rede den größten Beifall erhielt.

Der Widerspruch zwischen diesen beiden Positionen hat den Verlauf der gesamten Konferenz bestimmt, er konnte auf ihr nicht gelöst werden. Sofort nach Beendigung der Konferenz wurde der Bürgerkrieg in Angola fortgesetzt. Die Konferenz selber hat so die

Geschichte, er treibt das Rad der Geschichte voran. Deshalb wollen die beiden Supermächte dies Rad unbedingt anhalten, müssen sich in ihrem Kampf um Beherrschung der Welt dagegenstemmen. Doch die Tatsache, daß es ihnen vorübergehend gelingt, Schwierigkeiten zu machen, zeigt nur, wie gerecht die Forderungen sind und wie sehr sie es verdienen, lauten Widerhall in der Welt zu finden: Schluß mit der Einmischung der beiden Supermächte in Angola! Es lebe die Einheit des angolanischen Volkes im Kampf gegen Imperialismus und Hegemonimus! Die Angelegenheiten Afrikas müssen durch die Afrikaner selber gelöst werden! Afrika gehört den afrikanischen Völkern! Das sind die Forderungen der afrikanischen Völker und über den Weg zu ihrer Durchsetzung werden sie sich trotz der Spaltungsversuche der beiden Supermächte zweifellos einigen. – (hjh)

vorher der Arbeiterklasse und dem Volks abgepreßt haben.

Ein bis zwei Mal in zwei Monaten erscheint dort auch Gunther Sachs. Eben jener Gunther Sachs, der gerade gemeinsam mit seinem Bruder die Fichtel & Sachs-Werke für 500 Millionen DM verkaufen will. Er spielt meistens am Würfeltisch, und zwar in der Regel mit höchstmöglichen Einsätzen.

Auf diese Art und Weise verspielt er an einem Abend bis zu 30 000 Pfund. Bei einem Kurs von etwa 5,50 DM für 1 Pfund sind das also bis zu 165 000 (einhundertfünfundsechzigtausend) DM am Abend.

Ein Arbeiter bei Fichtel & Sachs mit einem monatlichen Nettolohn von vielleicht 1 650 DM muß 100 Monate oder 8 (acht) Jahre und 4 Monate arbeiten, um diese Summe Geld zu verdienen. – (b., Göttingen)

Für die Freilassung der Genossen Noth und Hildebrandt

Freilassung von Jochen Noth und Dietrich Hildebrandt fordern zahlreiche weitere Resolutionen und Briefe an das Justizministerium von Baden-Württemberg, von denen wir Durchschriften erhalten haben. So wurde auf einer Versammlung in Mannheim von 135 Teilnehmern bei drei Enthaltungen eine Resolution verabschiedet, in der es u.a. heißt: „Es ist eine gerechte Sache, wenn Teile des Volkes die Kumpanei des westdeutschen Staates mit den anderen imperialistischen Staaten aufdecken und anklagen und wenn sie deswegen von Ordnungshütern des Imperialismus ausgesprochene Verbote durchbrechen." Und aus Weingarten mit 49 Unterschriften von Arbeitern, Studenten und Lehrern: „Die Justiz will die Haftstrafen von J. Noth und D. Hildebrandt unbegrenzt verlängern. Damit verfolgt die bürgerliche Justiz die Absicht, zwei Kommunisten, die in den Kämpfen des Volkes gegen den bürgerlichen Staat als führende Kräfte Anerkennung gefunden haben, auf Jahre hinaus in Haft zu halten und ... zu isolieren. Wir fordern sofortige Freilassung." In Frankfurt wurde eine Protestresolution von 400 Teilnehmern einer Veranstaltung gegen die Maulkorbgesetze 130 a und 88 a einstimmig verabschiedet. Ebenfalls auf einer Veranstaltung gegen den § 130 a und 88 a wurde in Wolfsburg eine Resolution zur Freilassung von D. Hildebrandt und J. Noth beschlossen. In Bremen schrieb ein Universitätsseminar samt Lehrkräften einen Brief an das Ministerium in Baden-Württemberg, in Osterburken der Leserkreis der KVZ mit der gleichen Forderung und schreiben in ihrer Resolution: „. . . halten es für richtig, Aktionen wie Demonstrationen gegen die Weltbankkonferenz von 1970 in Heidelberg, auf der unter Vorsitz des Kriegsverbrechers McNamara über den Bau des Cabora-Bassa-Staudamms als Bollwerk gegen den Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika verhandelt werden sollte, zu unterstützen". Briefe und Resolutionen mit der Forderung nach unverzüglicher Freilassung von Dietrich Hildebrandt und Jochen Noth sind zu richten an das Justizministeriums Baden-Württemberg, die Justizvollzugsanstalten 7407 Rottenburg und 7140 Ludwigsburg, wohin Dietrich Hildebrandt hinverlegt wurde, außerdem Durchschläge an die inhaftierten Genossen und an die Redaktion der KVZ.

Neubildung von Ortsgruppen in Salzgitter und Bensheim

Auf Antrag der Mitglieder der Kommunistischen Gruppen Salzgitter und Bensheim und auf Beschluß des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) sind an diesen beiden Orten Ortsgruppen des KBW gebildet worden. An beiden Orten ist durch die Mitglieder der jetzigen Ortsgruppen bereits längere Zeit auf der Linie des KBW gearbeitet worden.

Fortführung der Protestaktionen gegen die 10 Todesurteile im Iran

Nach dem mehrtägigen Hungerstreik in Köln wird in dieser und der nächsten Woche unter anderem in Kassel die Kampagne gegen die Todesurteile im Iran von der Föderation Iranischer Studenten (FIS) fortgeführt und vom AStA der Gesamthochschule, dem Kommunistischen Studentenbund, der Gruppe Rote Fahne und der Ortsgruppe des KBW unterstützt. Die FIS veröffentlichte dazu folgende Erklärung:

Das Militärtribunal des faschistischen Schah-Regimes hat zehn Todesurteile und eine fünfzehnjährige Zuchthausstrafe verhängt. Diese Todesurteile zeigen den wahren Charakter des faschistischen Schah-Regimes. Heute sitzen in den Kerkerzellen des Schah-Regimes über 100 000 politische Gefangene (Le Monde, 4.8.75). Allein in den vergangenen vier Jahren wurden nach offiziellen Angaben des Regimes 400 Patrioten hingerichtet. Als Protest gegen die Todesurteile und politische Unterdrückung in Persien führt zur Zeit die FIS eine große Aktion in der ganzen BRD und Westberlin durch. Sie führt auch diese Aktion in Kassel durch, unterstützt vom Allgemeinen Studentenausschuß der Gesamthochschule Kassel, von der Ortsgruppe Kassel des KBW, des Kommunistischen Studentenbundes und der KPD, um die folgenden Forderungen zu verwirklichen: Aufhebung der verhängten Terrorurteile, Bekanntgabe der Termine der Revisionsgerichtsverhandlungen, Zulassung einer unabhängigen juristischen und medizinischen Delegation in den Iran zur Teilnahme an Militärgerichtsverhandlungen und Untersuchgung der Lage der politischen Gefangenen. Der Höhepunkt dieser Aktion in Kassel ist die Solidaritätsveranstaltung mit iranischen Gefangenen am Freitag, dem 30.1.1976, in der Hochschule um 20 Uhr.

Nachruf auf den Genossen Tschou En-lai

Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses und des Staatsrates der VR China zum Tode Tschou En-lais

„Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas, des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China und des Staatsrates geben in tiefer Trauer bekannt, daß Genosse Tschou Enlai, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, stellvertretender Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Ministerpräsident des Staatsrates der Volksrepublik China und Vorsitzender des nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, am 8. Januar 1976 um 9.57 Uhr in Peking im Alter von 78 Jahren an seinem Krebsleiden gestorben ist.

Genosse Tschou En-lai war ein hervorragendes Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas, ein großer proletarischer Revolutionär des chinesischen Volkes und als ein dem chinesischen Volk stets ergebener revolutionärer Kämpfer war er ein hervorragender und langbewährter Führer der Partei und des Staates.

Seit seiner Erkrankung im Jahr 1972 wurde Genosse Tschou Enlai unter beständiger und herzlicher Anteilnahme unseres großen Führers, des Vorsitzenden Mao und des Zentralkomitees der Partei vom medizinischen Personal intensiv und umfassend behandelt. Genosse Tschou En-lai ließ niemals von der Arbeit ab und führte einen hartnäkkigen Kampf gegen die Krankheit. Nun, auf Grund der Verschlechterung seines Gesundheitszustandes trotz aller Behandlung schied Genosse Tschou En-lai, der große Kämpfer des chinesischen Volkes, von uns. Sein Tod ist ein ungeheurer Verlust für unsere Partei, für unsere Armee und unser Volk, für die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau unseres Landes ebenso, wie für die Sache des weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus, den Kolonialismus und den Hegemonismus und für die internationale kommunistische Bewegung.

Treu der Partei und dem Volk gegenüber hat der Genosse Tschou En-lai heldenhaft gekämpft und unter Einsatz seiner ganzen Energie und mit völliger Hingabe und Aufopferung hat er gearbeitet für die Verwirklichung der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao und für den Sieg der Sache der Freiheit des chinesischen Volkes und des Kommunismus. Unter der Führung des Vorsitzenden Mao hat er einen unvergänglichen Beitrag geleistet und unsterbliche Aufgaben erfüllt beim Aufbau und der Entwicklung der marxistischen Partei, der Kommunistischen Partei Chinas, beim Aufbau und der Entwicklung unserer immer siegreichen Volksarmee, bei der Erringung des Sieges der neudemokratischen Revolution, bei der Schaffung eines neuen, sozialistischen Chinas, bei der Festigung der großen Vereinigung unserer verschiedenen Nationalitäten, die geführt wird von der Arbeiterklasse und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht, bei der Entwicklung der revolutionären Einheitsfront, bei der Erringung der Siege der Revolution und des sozialistischen Aufbaus, beim Kampf für den Sieg der Großen Proletarischen Kulturrevolution und der Bewegung der Kritik an Lin Biao und Konfuzius, bei der Festigung der Diktatur des Proletariats in China, bei der Stärkung der Einheit der internationalen revolutionären Kräfte, und beim Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und den modernen Revisionismus: mit all dem hat er sich die aufrichtige Liebe und den tiefen Respekt der ganzen Partei, der ganzen Armee und des ganzen Volkes erworben.

Das Leben des Genossen Tschou En-lai war ein Leben des ruhmreichen Kampfes für die Sache des Kommunismus und des nimmermüden Strebens nach Fortsetzung der Revolution.

Die Nachricht vom Tod des Genossen Tschou En-lai wird in den Herzen unserer Menschen tiefe Trauer hervorrufen. Wir müssen unsere Trauer in Kraft wandeln.

Die ganze Partei, die ganze Armee und das ganze Volk müssen sich leiten lassen vom proletarischrevolutionären Geist und den hohen revolutionären Eigenschaften des Genossen Tschou En-lai, und unter Führung des Zentralkomitees mit dem Vorsitzenden Mao an der Spitze sich eng zusammenschließen, immer vom Klassenkampf ausgehen, beständig die grundlegende Linie der Partei anwenden, unbeirrbar die Revolution unter der Diktatur des Proletariats fortsetzen, dem proletarischen Internationalismus treu bleiben, die siegreichen Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution festigen und fortentwickeln, und für die Festigung der Diktatur des Proletariats kämpfen, um den Revisionismus zu schlagen und zu vorzukommen, um China zu einem sozialistischen, modernen und mächtigen Land zu machen und um den Sieg der Sache des Kommunismus zu sichern.

Ewiges Andenken sei dem Genossen Tschou En-lai, dem großen proletarischen Revolutionär des chinesischen Volkes und dem hervorragenden kommunistischen Kämpfer!" (Aus: Hsinhua, französische Ausgabe, übersetzt, Red.)

Aus dem Bericht über die Tätigkeit der Regierung vor dem IV. Nationalen Volkskongreß

Auf der 1. Tagung des IV. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China erstattete Genosse Tschou En-lai, Ministerpräsident der VR China, am 13. Januar 1975 den Tätigkeitsbericht der Regierung, aus dem wir im folgenden den Schlußteil wiedergeben.

Der Vorsitzende Mao hat dargelegt: **In der Hauptsache auf die eigene Kraft vertrauen, zu deren Unterstützung Hilfe von auswärts gewinnen, sich von abergläubischen Vorurteilen freimachen, unabhängig und selbständig die Industrie, die Landwirtschaft betreiben und die technische wie auch die Kulturrevolution durchführen, mit der sklavischen Gesinnung brechen, den Dogmatismus begraben, gewissenhaft von den guten Erfahrungen anderer Länder lernen und unbedingt auch deren schlechte Erfahrungen studieren – und diese uns als Lehre dienen lassen: das eben ist unsere Linie.**" Diese Linie hat es uns ermöglicht, die Blockade durch den Imperialismus zu durchbrechen und dem Druck des Sozialimperialismus standzuhalten. Wie stark auch der Sturm der Wirtschaftskrise durch die kapitalistische Welt tobt, die Wirtschaft unseres Landes entwickelt sich weiterhin solide und schwungvoll. Wir müssen uns für immer an diese Linie halten.

Wir müssen uns für immer an diese Linie halten.

Verehrte Abgeordnete!

Die gegenwärtige internationale Lage ist nach wie vor durch große Unordnung in der Welt gekennzeichnet. Und die Unordnung wird immer größer. Die kapitalistische Welt sieht sich der schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg gegenüber. Die verschiedenen Grundwidersprüche in der Welt spitzen sich weiter zu. Einerseits entwickelt sich unter den Völkern der Welt schwunghaft die Tendenz zur Revolution; Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution – das ist bereits zu einer unwiderstehlichen Strömung der Geschichte geworden. Andererseits ringen die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, immer heftiger miteinander um die Welthegemonie. In allen Weltgegenden rivalisieren sie; der Schwerpunkt ihres Ringens jedoch liegt in Europa. Der sowjetische Sozialimperialismus ist nun dabei, „ein Scheinmanöver im Osten zu vollführen, den Angriff aber im Westen zu unternehmen". Die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, sind die größten internationalen Unterdrücker und Ausbeuter unserer Zeit, sie sind der Herd eines neuen Weltkriegs. Ihre heftige Rivalität muß eines Tages zum Weltkrieg führen. Die Völker aller Länder müssen sich darauf vorbereiten. Auf der Welt wird überall von Entspannung und Frieden geredet. Gerade das beweist, daß es in dieser Welt keine Entspannung gibt, geschweige denn einen dauerhaften Frieden. Gegenwärtig wachsen die Faktoren sowohl für die Revolution als auch für den Krieg an. Ganz gleich, ob der Krieg die Revolution hervorruft oder die Revolution den Krieg verhindert, die internationale Lage entwikkelt sich stets zugunsten der Völker, und die Zukunftsperpektiven der Welt sind immer glänzend.

Wir müssen weiterhin die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao für die Außenpolitik befolgen, unser Augenmerk auf die Volksmassen richten, unsere Hoffnungen in sie setzen und in den Beziehungen mit dem Ausland noch bessere Arbeit leisten. Wir müssen am proletarischen Internationalismus festhalten, die Einheit mit den sozialistischen Staaten, mit den unterdrückten Völkern und unterjochten Nationen der ganzen Welt verstärken und zur gegenseitigen Unterstützung beitragen. Wir müssen uns mit allen Kräften auf der Welt, mit de-

gen Unterstützung beitragen. Wir müssen uns mit allen Kräften auf der Welt, mit de-

nen eine Vereinigung möglich ist, vereinigen, um gegen den Kolonialismus, den Imperialismus und insbesondere gegen das Hegemoniestreben der Supermächte zu kämpfen. Wir sind bereit, auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz Beziehungen mit allen Ländern aufzunehmen und zu entwickeln.

Die Dritte Welt ist die Hauptkraft im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemoniestreben. China ist ein sozialistisches Entwicklungsland und gehört zur Dritten Welt. Wir müssen uns mit den Staaten und Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas noch enger zusammenschließen und sie in ihrem Kampf für die Erlangung und Wahrung der nationalen Unabhängigkeit, die Verteidigung der staatlichen Souveränität, für den Schutz der nationalen Ressourcen und für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft entschlossen unterstützen. Wir unterstützen entschieden die gerechten Kämpfe der Völker von Korea, Vietnam, Kambodscha, Laos, Palästina und der arabischen Staaten sowie der Völker im südlichen Teil Afrikas. Wir unterstützen die Staaten und Völker der Zweiten Welt in ihrem Kampf gegen Kontrolle, Bedrohung und Schikane durch die Supermächte. Wir unterstützen es, daß sich die westeuropäischen Staaten in diesem Kampf vereinigen. Wir sind bereit, auf der Grundlage der chinesisch-japanischen gemeinsamen Erklärung gemeinsam mit der Regierung und dem Volk von Japan für die Förderung der freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu arbeiten.

Zwischen China und den USA bestehen grundlegende Differenzen. Dank den gemeinsamen Bemühungen beider Seiten haben sich in den letzten drei Jahren die Beziehungen zwischen den beiden Ländern einigermaßen gebessert, und der Verkehr zwischen beiden Völkern hat sich entwikkelt. Solange die Prinzipien des von China und von den USA unterzeichneten Schanghaier Kommuniqués ernsthaft durchgeführt werden, können die Beziehungen beider Staaten verbessert werden.

Die sowjetische Führungsclique hat den Marxismus-Leninismus verraten. Unsere prinzipielle Polemik mit ihr wird lange andauern. Aber wir vertreten seit je die Ansicht, daß diese Polemik die Aufrechterhal-

sicht, daß diese Polemik die Aufrechterhal-

tung normaler staatlicher Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion nicht behindern sollte. Die sowjetische Führung hat eine Reihe von Schritten zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen beiden Staaten unternommen, subversive Tätigkeit gegen unser Land ausgeübt und sogar bewaffnete Grenzkonflikte provoziert. Sie handelt der bereits 1969 von den Ministerpräsidenten Chinas und der Sowjetunion erzielten Verständigung zuwider und weigert sich, eine Vereinbarung über die Aufrechterhaltung des Status quo an der Grenze, über die Verhütung bewaffneter Zusammenstöße, über das Auseinanderrücken der Streitkräfte beider Seiten in den umstrittenen Grenzgebieten zu unterzeichnen, eine Vereinbarung, die gegenseitige Nichtanwendung von Gewalt und gegenseitigen Nichtangriff beinhalten sollte. Die Verhandlungen über die Grenzfrage zwischen China und der Sowjetunion haben daher bis heute zu keinem Ergebnis geführt. Die sowjetische Führung bequemt sich nicht einmal dazu, anzuerkennen, daß es an der Grenze zwischen China und der Sowjetunion umstrittene Gebiete gibt, sie ist nicht einmal bereit, auf das Auseinanderrücken der Streitkräfte beider Seiten in den umstrittenen Grenzgebieten und auf die Verhütung bewaffneter Zusammenstöße einzugehen, drischt jedoch leere Phrasen von Verträgen über gegenseitige Nichtanwendung von Gewalt und gegenseitigen Nichtangriff. Wenn das nicht dazu dient, das sowjetische Volk und die Weltöffentlichkeit hinters Licht zu führen, wozu denn sonst? Wir raten der sowjetischen Führung, sich lieber ehrlich an den Verhandlungstisch zu setzen, um etwas zur Lösung der Probleme zu tun, als weiterhin solche Täuschungsmanöver auszuführen.



1936 nach dem langen Marsch: Tschou En-lai, Mao Tsetung und Tschu Te (damals Oberkommandierender der Roten Armee, heute Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses)

kongresses)

Der Vorsitzende Mao lehrt uns: **Tiefe Tunnels graben, überall Getreidevorräte anlegen, nie nach Hegemonie trachten!", „Trefft Vorbereitungen auf einen Kriegsfall, Vorbereitungen auf Naturkatastrophen, tut alles für das Volk!"** Wir müssen wachsam bleiben, unsere Verteidigung verstärken und uns auf einen Kriegsfall vorbereiten. Die heroische Volksbefreiungsarmee hat die ruhmvolle Aufgabe, das Vaterland zu verteidigen. Die ganze Armee muß entschieden die Linie des Vorsitzenden Mao für den Armeeaufbau durchführen, den Aufbau der Armee verstärken und die Vorbereitung auf einen Kriegsfall intensivieren. Wir müssen gewissenhaft beim Aufbau der Volksmiliz gute Arbeit leisten. Die Volksbefreiungsarmee und die Volksmiliz müssen jederzeit bereit sein, gemeinsam mit den Volksmassen aller Nationalitäten unseres Landes alle Feinde, die einen Einfall wagen sollten, zu vernichten.

Wir werden Taiwan befreien! Landsleute von Taiwan und Volksmassen des ganzen Landes, schließt euch zusammen und setzt euch gemeinsam für die Verwirklichung des erhabenen Ziels ein, Taiwan zu befreien und unser Vaterland zu vereinigen!

Verehrte Abgeordnete!

In der ausgezeichneten Lage sowohl im Inland als auch in der internationalen Arena müssen wir vor allem Chinas eigene Angelegenheiten mit Erfolg regeln und danach streben, einen verhältnismäßig großen Beitrag für die Menschheit zu leisten.

Wir müssen die Weisung des Vorsitzenden Mao fest im Gedächtnis behalten, den wichtigsten Angelegenheiten und der Linie große Aufmerksamkeit zu widmen, und auf den Grundprinzipien beharren: **„Den Marxismus-Leninismus und nicht den Revisionismus praktizieren; sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen."**

Wir müssen die einheitliche Führung der Partei mit aller Entschiedenheit unterstützen. **In den sieben Bereichen – Industrie, Landwirtschaft, Handel, Kultur und Bildungswesen, Armee, Regierung und Partei – leitet die Partei alles.** Unsere Arbeit auf jedem Gebiet muß unter der einheitlichen Führung der Parteikomitees aller Ebenen stehen.

Wir müssen die ruhmvolle Tradition, Disziplin zu halten, weiter pflegen, den demokratischen Zentralismus gewissenhaft verwirklichen und auf der Grundlage der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao folgendes erreichen: **einheitliche Auffassungen, eine einheitliche Politik, einheitliche Pläne, ein einheitliches Kommando und einheitliche Aktionen.**

Wir müssen auf der Massenlinie beharen: **Aus den Massen schöpfen und in die Massen hineintragen**, der großen Mehrheit der Massen fest vertrauen und uns auf sie stützen. Sowohl in der Revolution als auch beim Aufbau gilt es, kühn die Massen zu mobilisieren und energisch Massenbewegungen zu entfalten.

Wir müssen hart kämpfen, mit Fleiß und Sparsamkeit unser Land aufbauen und alle Vorhaben betreiben. **Wir müssen eine solche Energie, einen solchen revolutionären Enthusiasmus und einen solchen Geist des vollen Einsatzes beibehalten, wie sie früher während der Perioden der revolutionären Kriege an den Tag gelegt wurden, um die revolutionäre Arbeit zu Ende zu führen.**

Wir müssen am proletarischen Internationalismus festhalten und **den Großmacht-Chauvinismus entschlossen, gründlich, restlos und vollständig beseitigen.** Wir werden nie nach Hegemonie trachten, wir wollen nie eine Supermacht werden. Wir werden stets auf seiten der unterdrückten Völker und unterjochtn Nationen der ganzen Welt stehen.

Unter der Führung des Zentralkomitees der Partei mit dem Vorsitzenden Mao an der Spitze hat sich unser Volk mit großer Hingabe für das Erstarken des Vaterlandes eingeset, alle Schwierigkeiten und Gefahren bezwungen und es in einer Zeitspanne von nur etwas mehr als zwanzig Jahren fertiggebracht, ein armes und rückständiges Land in ein sozialistisches Land zu verwandeln, das schon zu blühen begonnen hat. Wir können China mit Sicherheit in den kommenden über zwanzig Jahren, noch in diesem Jahrhundert, zu einem modernen und mächtigen sozialistischen Staat aufbauen. Wir müssen uns weiterhin anstrengen, die Erfolge ausbauen und unsere Mängel überwinden, bescheiden und umsichtig sein, uns vor Überheblichkeit und Unbesonnenheit in acht nehmen, um von Sieg zu Sieg vorwärtszuschreiten. **Schließen wir uns zusammen,** unter der Anleitung der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao, **um noch größere Siege zu erringen**

Der Kleinkrieg in den Metallbetrieben spitzt sich zu

In den letzten Monaten spitzt sich der Kleinkrieg zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten zu. Die Krise, in der die kapitalistische Wirtschaft steckt, verschärft die Konkurrenz zwischen den Kapitalisten. Der Markt ist eng geworden, es ist nicht mehr Platz für alle. Ein großer Kapitalist schlägt viele andere tot, unter diesem Motto müssen sie handeln. Ihre Stellung auf dem Markt richtet sich danach, wer das Geschäft des Schweißauspressens am besten versteht, wie sie die unbezahlte Mehrarbeit erhöhen können. Mit verschiedenen Mitteln gehen sie vor, ihr Ziel bleibt gleich: die Arbeitskräfte stärker auszupressen, die Löhne zu drücken.

Die Produktion je Beschäftigtenstunde, die Produktivität, ist in der metallverarbeitenden Industrie um 3,6 Prozent erhöht worden, wenn man das dritte Vierteljahr 1975 mit dem dritten Vierteljahr 1974 vergleicht, die Lohn- und Gehaltsquote in der gleichen Zeit um 4,1 Prozent gesunken. (Amtliche Statistik)

Mit der wachsenden Zahl der Angriffe auf die Löhne und Arbeitsbedingungen wächst der Widerstand der Arbeiter. Ihre Haut gerben zu lassen und mit dem Lohn immer weniger klarzukommen: dazu sind die Arbeiter nicht bereit. In vielfältigen Formen des Kleinkrieges haben sie den Kampf dagegen eröffnet.

Jeder Erfolg in diesem Kleinkrieg entwickelt die Einheit der Belegschaften gegen die Kapitalisten. Deutlicher wird, hier stehen zwei Fronten gegeneinander.

Auf zahlreichen Betriebsversammlungen der letzten Zeit fand dieser Kleinkrieg Ausdruck und Sprecher der Belegschaften griffen die Maßnahmen der Geschäftsleitungen an. Dabei ließen sie sich nicht leiten von dem „Interesse der Firma", sondern nur von ihrer eigenen Lage.

An welchen Abschnitten gehen die Kapitalisten vor bei ihrer Jagd nach unbezahlter Mehrarbeit? Wo entwickeln sich die Auseinandersetzungen?

Verschärfung der Akkorde

Mit der Akkordverschärfung verbinden die Kapitalisten zum Teil die Verlängerung des Arbeitstages, so zum Beispiel in der Autozulieferindustrie. Den Raubbau mit der Arbeitskraft der Kollegen treiben sie dabei auf die Spitze. Als Beispiel die Firma Roth in Frankfurt-Rödelheim. Anfang des Jahres 1975 gab es noch Kurzarbeit und über 300 Entlassungen. Im Frühjahr stiegen die Aufträge von der Autoindustrie, Roth stellte wieder Arbeiter ein. Seit Sommer läuft die Produktion heiß. Der Umsatz stieg 1975 um 25 Prozent. Bei den Kollegen stieg in der Zeit die Arbeitshetze: keine Abteilung, in der nicht laufend der Akkord an einzelnen Maschinen hochgeschraubt wurde. Erleichtert wurde der Geschäftsleitung dies durch die Neueinstellungen, die unter dem Druck von befristeten Arbeitsverträgen (drei Monate) standen. Die Überstunden wuchsen sich zu einer wahren Schinderei aus. Sechstageschicht die Woche oder 50 bis 60 Stunden bei der Normalschicht waren nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Die Zahl der Krankheitsfälle in der Firma liegt seit Frühjahr 1975 um 50 Prozent über dem Frankfurter Durchschnitt. Diese Verhältnisse führten schon im August zu offenem Widerstand: Die Kollegen vom Werkzeugbau streikten und setzten eine Lohnerhöhung von 40 Pfennig durch.

Die Akkordreklamationen stiegen und trotz Neufestsetzung wurde der alte Akkord weitergearbeitet. Auf der Betriebsversammlung im Dezember trugen die Kollegen ihren Protest vor. Über ein Dutzend Kollegen meldeten sich zu Wort, griffen die Beschäftsleitung an und kritisierten den Betriebsrat, der das „unvernünftige Verhalten„ der Kollegen bemängelt und ihnen vorgeworfen hatte: Statt erst einmal zu versuchen, ob der neue Akkord nicht doch zu schaffen sei, würde man gleich losmeckern.

„Der spricht ja wie ein Kapitalist"

Ohne Murren die Verschlechterung ihrer Lage hinnehmen sollen die Arbeiter. Nur wenn die Profite erhöht werden, können die Arbeitsplätze gesichert werden, singen die Kapitalisten und die Bundesregierung im Chor. Die Sozialdemokraten können sich ein Leben ohne Profitschinderei nicht vorstellen. Wenn die Kapitalisten bei ihrem Konkurrenzkampf daran gehen, die Ausbeutung der Arbeiter zu erhöhen, dann fordert die Bundesregierung, daß die Arbeiter stillhalten und die Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage hinnehmen. Diese Politik wird in den Betrieben nicht unterstützt. Als Bundeskanzler Schmidt auf einer Betriebsversammlung von Daimler-Benz Mannheim sprach und für seine Unterwerfungspolitik unter die Interessen des Kapitals warb, wurden ihm von einem jungen Kollegen konkrete Fragen zu seiner Politik gestellt. Ob er es für sozial gerechtfertigt hält, den Arbeitern die Steuern zu erhöhen, um diese Gelder den Unternehmern für Rationalisierungen als Investitionszuschüsse zu geben. Im letzten Jahr hätten die Gewerkschaften mit dem 6,8-Prozent-Abschluß zurückgesteckt, daß aber trotzdem nichts besser wurde. Im Gegenteil: Arbeitslosenzahlen, Preise und Mieten sind weiter gestiegen, Krankenkassenbeiträge und Arbeitslosenversicherungsbeiträge sind erhöht worden. Ob Schmidt angesichts solcher Steigerungen meine, daß seine Politik im Interesse der Arbeiter liegt, wenn er sagt, daß „die Lohnquote in den letzten Jahren zu hoch gewesen sei und die Gewinne der Unternehmer wieder ansteigen müßten".

Diese Fragen brachten Schmidt in seinem Schlußwort zusehends in Schwierigkeiten. Er konnte nur noch herumlavieren. Hatte er in seiner Rede noch Zwischenbeifall bekommen, war jetzt in seinem Schlußbeitrag nur Schweigen in der Belegschaft. Nach der Versammlung meinte ein Kollege: *„Der Schmidt hat ja genauso geredet wie ein Kapitalist."* Ein anderer stellte fest: *„Wenn der jetzt wieder nach Bonn zurückfährt, dann weiß er wenigstens, daß er uns nichts mehr erzählen kann."*

Überstunden nach der Spätschicht

Der Großkonzern Daimler-Benz will seine Stellung ausbauen und zentralisiert die Produktion. Aus dem Werk in Wörth wurde dabei ein Teil der Produktion nach Bremen verlagert, um hier die Maschinen stärker mit der gleichen Zahl Arbeiter zu nutzen. Deswegen verlangten die Daimler-Benz-Kapitalisten Überstunden nach den Spätschichten von den Arbeitern bei Hanomag-Henschel in Bremen. Die Überstunden wurden aber trotz aller Tricks und Schikanen durch Hallenleiter und Meister von einer zunehmenden Mehrheit der Kollegen abgelehnt. Auf der Betriebsversammlung versuchte der Betriebsratsvorsitzende, den Beschluß des Betriebsrates zu verteidigen, Überstunden auf freiwilliger Basis zu genehmigen. Er glaube nicht, daß die Kapitalisten die Kollegen beim Verlangen von Überstunden einschüchtern würden. Ihm wurde widersprochen durch einen Kollegen, der auf der Betriebsversammlung über Einschüchterungsversuche in seiner Abteilung berichtete. Er prangerte die Schandtaten der Kapitalisten und ihrer Handlanger an und sagte, was alle Kollegen dachten: „40 Stunden Arbeit in der Woche sind genug! Die Geschäftsleitung soll Neueinstellungen vornehmen!" Den Betriebsrat forderte er auf, in Zukunft klar Stellung zu beziehen und den Beschluß zu fällen, Überstunden abzulehnen. Dies könne den Kollegen im Widerstand gegen die Pläne der Geschäftsleitung den Rücken stärken und die Einheit verbreitern. Mehr Kollegen als je zuvor haben sich auf der Betriebsversammlung zu Wort gemeldet und die Überstunden nach der Spätschicht abgelehnt.

Auf dem Tankermarkt tobt die Konkurrenzschlacht. Je weniger neue Schiffe abgesetzt werden können, desto mehr überbieten sich die Werftkapitalisten in der Schweißauspressung der Belegschaften. Die Bremer Vulkan-Kapitalisten planen jetzt, in den Reparaturbereich einzusteigen. Das geht nach ihrer Meinung nur, wenn auch Sonntagsarbeit geleistet wird. Das trifft aber auf den harten Widerstand der Belegschaft.

Auspressung bis zur letzten Minute

Mit Einschüchterungsversuchen geht die Geschäftsleitung der Bremer Vulkan Werft außerdem daran, die Arbeitskraft bis auf die letzte Minute auszupressen. Die Arbeiter sollen gefügiger werden. Aber diese Einschüchterungsversuche verfangen nicht. Kollegen, die vom Meister damit bedroht worden sind, daß man ihnen eine Viertelstunde abziehen würde, weil sie zu früh Feierabend gemacht hätten, sagten zum Meister: „Sei mal ruhig, ich wollte so und so immer mal schon eine Viertelstunde früher abhauen." Gefügig sind die Kollegen nicht. Als auf der Betriebsversammlung der Direktor Huchzemeier die Werkszeitung „Fofftein" als objektive Zeitung verteidigte und die Kollegen beschimpfte: „Dann hängen Sie es sich doch aufs stille Örtchen, auf daß ein gewisser Körperteil bald intelligenter sei als Ihr Kopf", da bekam er von einem Kollegen zur Antwort: „Das tue ich schon längst, es hat nicht geklappt. Daß es bei Ihnen geklappt haben soll, erklärt vieles." Als der Direktor weiter die Kollegen angriff und erklärte: „Würde nur die Hälfte der Zeit gearbeitet, dann würde der Akkord auch stimmen", da kam es zu Tumulten und Zwischenrufen wie: „Ran mit ihm an die Schweißzangen!"

Mit Umsetzungen verbinden die Kapitalisten Herabstufungen der Löhne. Sie drücken einen Teil der Belegschaft in die unteren Lohngruppen. Haben die Arbeiter schon vorher nicht genug verdient, um ohne Überstunden einen ausreichenden Lohn zu erhalten, so wird ein Teil der Arbeiter durch die Umsetzungen und Herabstufungen an den Rand der Existenz und unter das Existenzminimum gedrückt. Bei den unteren Lohngruppen in der Industrie ist die bezahlte Wochenarbeitszeit im letzten Jahr um vier Prozent gesunken. Der durchschnittliche Bruttoverdienst ist bei den unteren Lohngruppen um nur 3,2 Prozent gestiegen, wenn man April 1975 mit April 1974 vergleicht (Statistisches Bundesamt). Ist erst ein Teil der Belegschaft auf Grund des Lohnabbaus an den Rand der Existenz gedrängt, hat der Kapitalist einen mächtigen Hebel in der Hand, um die Löhne der gesamten Belegschaft zu drücken.

Umsetzungen und Herabstufung

Bei VW Salzgitter wurde der Fahrzeugbau aufgelöst und die Kollegen, die nicht entlassen wurden, in den Motorbau umgesetzt. Für einige Zeit wurde ihnen der Lohn garantiert. Aber sie sind vor Herabstufungen nicht gesichert. Aufmerksam verfolgt wurde dann auch auf der letzten Betriebsversammlung die halbstündige Rede eines Kollegen, in der er das Vorgehen des VW-Vorstandes untersuchte. Er wies nach, „daß die Lohngarantie eine Zeitbombe ist, die den Lohn der Kollegen nach Ablauf der Karenzzeit herunterdrückt, weil zum Beispiel Arbeitsplätze mit Lohngruppe 6 im Motorbau ziemlich rar sind und weil diese Kollegen nur durch eine allgemeine Höherstufung oder durch Schaffung von neuen Arbeitsplätzen ihren bisherigen Lohn annähernd weiterbehalten können".


Anlaß zum Kampf gibt es genug

An verschiedenen Stellen im Werk versucht die Geschäftsleitung die Arbeit zu intensivieren. Der Kollege berichtete: „Auf der letzten Betriebsversammlung hatte ich gesagt, daß die Kollegen, die Wasserpumpenräder machen, jetzt eine Maschine mehr fahren sollen. Statt zwei Maschinen jetzt drei und statt drei jetzt vier Maschinen. Auch wenn als Zuckerbrot angeboten wird, daß an den beiden anderen Maschinen die Stückzahlen etwas weniger werden, so heißt doch eine Maschine mehr fahren, daß unbezahlte Mehrarbeit geleistet werden soll. Denn insgesamt sollen mehr Teile gefahren werden, und zusätzlich fällt zum Beispiel Werkzeugwechsel an. Nach dieser Betriebsversammlung ist von oben angeordnet worden, daß das sogenannte probeweise Fahren der zusätzlichen Maschinen eingestellt wird. Das ist ein Erfolg des gerechten Widerstandes der Kollegen, die sich zur Wehr gesetzt hatten.

Mit dem Hinweis, daß VW im Konkurrenzkampf bestehen muß und die Arbeiter bei VW daher einen niedrigeren Tarifabschluß hinnehmen müßten als bei den anderen Autofirmen, will VW-Chef Schmücker die Arbeiter in den Konkurrenzkampf der Konzerne hineinverwickeln. Aber die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander schafft eine günstige Lage für den Kampf der Arbeiter. Das wurde in der Rede des Kollegen festgehalten:

„Und wenn gesagt wird, bei Lohnerhöhungen, die die Inflationsrate ausgleichen, sei VW nicht mehr konkurrenzfähig. Was heißt das? Sollten wir deshalb auf den Lohnkampf verzichten? Gut, für die Großaktionäre würde ihr Gewinn geschmälert bei einem Tarifabschluß, der die Teuerungsrate ausgleicht. Aber für den Lohnkampf selbst ist die Situation dennoch günstig. Denn die Autos müssen jetzt produziert werden, weil die Leute ihren neuen Wagen jetzt kaufen wollen und nicht erst im übernächsten Jahr. Jeder Tag, an dem keine Autos produziert werden, wird die Großaktionäre daran erinnern, wer hier wem das Geld ranschafft. Sollen doch die, die meinen, daß Geld arbeiten würde, einmal einen Hundertmarkschein auf das Motorband legen, dann können sie sehen, wie Geld arbeitet."

Betriebsversammlung Harvester Heidelberg

Die Belegschaft zieht Konsequenzen

Ruhig ging es nicht zu auf der Betriebsversammlung kurz vor den Feiertagen. Es konnte auch gar nicht sein. Einerseits wird seit November für eine Woche im Monat kurzgearbeitet und der Druck auf die Belegschaft ist merklich schärfer geworden. Andererseits hat die Belegschaft der Geschäftsleitung immer wieder klargemacht, daß sie nicht einfach tun kann, was sie will, auch in der Krise nicht.

Richtig los ging es eigentlich erst nach den Berichten der Direktoren und des Betriebsratsvorsitzenden. Die Direktoren ließen noch weniger heraus als sonst, absolut nichts, was man nicht schon gewußt hätte. Wer dann vom Betriebsratsvorsitzenden ein scharfes Wort gegen Kurzarbeit und Willkür der Geschäftsleitung erwartet hatte, sah sich getäuscht. „Lieber Kurzarbeit als Entlassungen", war der Tenor seiner Rede. Und: „Es wäre manches anders, hätten wir die qualifizierte Mitbestimmung. Aber da ist ja der KBW dagegen." Die Frage sei, wie man es besser machen könne. Es gebe ja eine Harvester-Zelle, die für die Selbstbestimmung der Arbeiter sei. Aber was sei denn, wenn die Kapitalisten weg wären. Da würden doch nur Parteifunktionäre an ihre Stelle treten. Die Zellenmitglieder seien auch nur Befehlsempfänger einer Partei.

Vom Stuhl konnte das keinen reißen. Den ersten lebhaften Beifall gab es dafür, als der Genosse Köhler, Mitglied des KBW, zum Mikrofon ging.

„Wenn das Kapital in der Krise steckt", sagte er, „dann ist der Harvester keine Insel. Das ist die erste Tatsache, die wir vermerken können, wenn wir auf das letzte halbe Jahr zurückschauen. ‚Die Arbeitsplätze sind auf zwei Jahre hinaus sicher', noch ganz frisch klingen einem diese Sprüche der Geschäftsleitung von früheren Versammlungen in den Ohren. Überstunden sind verlangt worden und sogar samstags sollte noch gearbeitet werden. Die Wirtschaftsberichte der IHC haben sich überschlagen vor lauter Ausweitung und Umsatzsteigerung.

Inzwischen sind die Produktionsziffern ein paar mal gesenkt worden, steht jeden Monat für eine Woche in den Werkhallen alles still und ist die Existenz der Harvester-Arbeiter und -Angestellten ziemlich unsicher. Die Krise, in der der Harvester steckt, einem einzelnen Baumaschinenabnehmer, dem Schah von Persien, anzuhängen, wie das die Geschäftsleitung tut, ist unsinnig. Das Hin und Her mit dem Schah mag der Tropfen gewesen sein, der das Faß zum Überlaufen gebracht hat, erklärt aber nie und nimmer, warum das Faß übervoll ist. Was das Faß vollgemacht hat, ist die kapitalistische Produktion, die nie fragen kann, was wird gebraucht, sondern immer nur dem Profit nachjagt und dabei ganz zwangsläufig zu vollen Halden führt, wie wir sie derzeit hinten an der Bahnlinie haben.

In dieser Lage hat die Geschäftsleitung genau dieselben Konsequenzen gezogen wie alle Kapitalisten. Das ist die zweite Tatsache, die wir vermerken können. Für die IH-Herren sollen die Profite stimmen, und ganz klar, dafür sollen wir Arbeiter den Kopf hinhalten. Was liegt da näher, als die Arbeiter, und vielleicht bald auch die Angestellten, immer wieder für eine Woche auf die Straße zu setzen und sie für ihren Lohn noch selber aufkommen zu lassen. Wir sind es doch, die jahrelang in die Arbeitslosenkassen gezahlt haben, aus denen das Kurzarbeitergeld gezahlt wird, mit dem sich die Kapitalisten jetzt sanieren. Und daß nur Akkordlöhner von der Kurzarbeit betroffen sein sollen, wie das Direktor Weber gesagt hat, ist wohl ein Witz! Ich selbst als Zeitlöhner habe zwar im November gearbeitet, aber die halbe Abteilung war in Kurzarbeit. In anderen Abteilungen genauso.

Der Kurzarbeit widerspricht auch überhaupt nicht, daß jetzt auf der Verladerampe wieder Überstunden auf Teufel komm raus gemacht werden sollen oder sogar gemacht

Fortsetzung Seite 5 oben

Fortsetzung Betriebsversammlung Harvester

werden ‚müssen‘, wie der Betriebsratsvorsitzende gesagt hat. Auch samstags, und daß sogar Kollegen aus der Montage noch auf die Verladerampe gesteckt werden. Oder daß für eine ganze Reihe Kollegen aus der Montage die Arbeit schon am 7. Januar wieder losgeht, und nicht wie früher angekündigt, erst am 12. ‚Jetzt sollen wir vier Wochen lang hinlangen und dann kriegen wir wieder 'n Tritt‘, so hat das ein Kollege aus der Montage kommentiert. Hin und her soll's für die Belegschaft gehen. Von Überstunden zu Kurzarbeit und wieder zu Überstunden. Und dann vielleicht zu Entlassungen. Druck muß es geben, damit die Belegschaft gefügig wird und das Hin und Her mitmacht. Ich nenne nur die Kontrollen des Personalchefs in der Kantine, daß der Waschraum jetzt genau bis zu den Pausen abgeschlossen wird, daß verschiedentlich die Leistungszulage gekürzt wurde, daß dem Betriebsrat einige Kündigungen vorgelegt wurden. Das sind nur einige Beispiele. Jeder von uns kennt solche Sachen selber.

Die Belegschaft hat aber auch angefangen, ihre Konsequenzen zu ziehen, wie viele andere Belegschaften auch. Das ist die dritte Tatsache, die wir vermerken können. Schon auf den letzten Abteilungsversammlungen hat es einen einhelligen Proteststurm gegeben gegen die Schikane mit dem Resturlaub, der zwischen Weihnachten und Neujahr genommen werden muß. Was für viele bedeutet, daß sie für diese Tage um das Kurzarbeitergeld gebracht werden. Weiter werden die Kollegen der Montage bestätigen, daß der Personalchef sein Ziel nicht erreicht, wenn er den Waschraum zuschließen läßt. Und als die Überstunden auf der Verladerampe im Betrieb bekanntgeworden sind, hat es überall sofort eine heftige Diskussion gegeben, und da war alles andere als von Partnerschaft mit den IH-Herren die Rede! ‚Wenn das so ist, dann sollen sie auch für einen vollen Lohnausgleich in der Kurzarbeit aufkommen‘, hieß es. Viele Kollegen sind auch entschieden bereit, für den Lohn einzutreten. Kurz und gut, die Belegschaft tritt für ihre Interessen ein. Und das ist gut, denn niemand tritt für die Interessen der Arbeiter ein, wenn sie es nicht selber tun. Das wird auch im nächsten Jahr bitter nötig sein. Und wer beispielsweise die letzte Gewerkschaftszeitung durchblättert, kann sehen, daß sich Belegschaften überall ganz erbittert der Haut wehren, sei es gegen Betriebsstillegungen oder Streichung von Zulagen."

Anschließend ging der Genosse Köhler auf das neue Mitbestimmungsgesetz ein, zu dem bekanntlich auch die CDU höhnisch ihre Zustimmung geben konnte. Er griff die Bestimmung heraus, daß jetzt ein leitender Angestellter als Arbeitnehmervertreter gewählt werden muß. Unter Gelächter und Beifall der Versammelten stellte er fest, daß jetzt beispielsweise der Personalchef Pfeiffer, der bestgehaßte Mann im Betrieb, als „Arbeitnehmervertreter" in den Aufsichtsrat einziehen könne. Auch die paritätische Mitbestimmung,
Auch die paritätische Mitbestimmung,
auf die sich jetzt der Betriebsratsvorsitzende als einzige wirkliche Lösung stütze, sei keine Lösung, sondern diene immer nur dazu, die Arbeiterinteressen den Kapitalinteressen unterzuordnen. Der Vorstandsvorsitzende der Stahlwerke Peine Salzgitter hat ja vor kurzem ausdrücklich erklärt, gerade in der Krise wolle er nicht auf die paritätische Mitbestimmung verzichten.

„Ich meine, wenn wir für unsere Existenz eintreten, dann ist das die gerechteste Sache der Welt, denn wir schaffen allen Reichtum, während die Fabrikbesitzer die Nutznießer und Verschwender sind. Oder ist es vielleicht keine Verschwendung, wenn gewaltige Produktionsanlagen wochenlang brachliegen? Oder ist es keine Verschwendung, wenn eine Million Arbeitslose ihre Arbeitskraft nicht anwenden können. Die Produktionsanlangen sind da, die Arbeiter sind da. Wo es hängt, das ist allein der Profit. Es ist an der Zeit, und das ist die vierte Tatsache, die wir vermerken können, daß die Arbeiter in diesem Land das Sagen haben!"

Lebhaften Beifall gab es während und nach der Rede und einige Buhrufe. Den stärksten Beifall aber gab es, als der Kollege auf die Bemerkung des Versammlungsleiters, es seien keine Vorschläge gemacht worden, mit denen man etwas anfangen könne, dazwischenrief: „Wir sind Arbeiter. Wir haben nur unsere Arbeitskraft und müssen verhindern, daß an ihr Raubbau betrieben wird. Wir sind keine Fabrikbesitzer. Die Arbeiter werden nicht zulassen, daß die Kapitalisten auf den Knochen der Arbeiter ihren Reichtum vergrößern."

Die Debatte um den Lohnkampf bestimmte dann den Schluß der Versammlung. Zunächst legte Genosse Krauss, auch Mitglied des KBW, dar, was Kapitalisten und Staat diesmal den Arbeitern gegenüber durchsetzen wollen. Daß dagegen nur Kampfmaßnahmen nutzen und daß die aufgestellte Forderung von 8,5 % nicht taugt. Unter Beifall verwies er auf die Forderung nach 140 DM, die im Betrieb Unterstützung hat. In der weiteren Diskussion sprach sich auch ein Betriebsrat für eine Festgeldforderung aus. – (r, Zelle Harvester)

Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände:

„Festgeldforderungen unannehmbar"

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BdA) hat am letzten Montag vor der „Nivellierung der Einkommen in der gewerblichen Wirtschaft und im öffentlichen Dienst" gewarnt. Festgeldforderungen würden den Leistungsgedanken in den Betrieben zunichte machen.

Das Organ der Kapitalistenklasse hat diese Stellungnahme genau einen Tag vor der Sitzung der ÖTV-Tarifkommission plaziert. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände sah ihre Klasseninteressen durch die starke Bewegung in der ÖTV für einen Festgeldbetrag gefährdet. Die Kapitalisten fürchten, daß die beschlossene Festgeldforderung ihr Programm der Verelendung empfindlich durchkreuzt. Wenn sie sagen, daß der Festgeldbetrag den Leistungsgedanken in den Betrieben vernichten würde, dann meinen sie, daß er die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen mindert und die Solidarität gegen die Kapitalisten fördert. Sie wollen eine Prozentforderung, die möglichst niedrig ist. Ihr Programm ist es, gestützt auf Krise und Arbeitslosigkeit einen Teil der Arbeiterklasse in das Elend zu stürzen und dadurch Druck auf die Löhne aller Arbeiter auszuüben.

Gelingt es in einem Bereich, daß die Lohnabhängigen ihre Interessen gegen das Programm der Kapitalisten durchsetzen, so ist das bedeutend für die ganze Arbeiterklasse und schwächt die Position der ganzen Kapitalistenklasse gegenüber der Arbeiterklasse. Durch die Bewegung für eine Festgeldforderung sehen die Kapitalisten ihre Position in den Kämpfen schwinden, deshalb gehen sie auch im öffentlichen Dienst an die Front.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Kämpfe im letzten Jahr zeigt den Kapitalisten deutlich, daß jede Auseinandersetzung, jeder Streik auf große Aufmerksamkeit und Unterstützung vieler Arbeiter stößt. Die in der Industrie geführten Streiks gegen Kürzungen am Lohn blieben nicht ohne Folgen in den anderen Betrieben und im öffentlichen Dienst. Das hat die starke Bewegung für die Festgeldforderung gefördert. Eine Festgeldforderung im öffentlichen Dienst, ein Kampf für diese Forderung, ist eine gewaltige Triebkraft für den Kampf aller Lohnabhängigen. Deshalb ging der Kapitalistenverband kurz vor der Sitzung der ÖTV-Tarifkommission ins Geschäft, um noch zu spalten, wo es möglich scheint.

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände sagt, daß ein Festgeldbetrag in den Betrieben Unruhe schaffen würde, daß der Leistungsgedanke dadurch vernichtet würde. Unruhe würde entstehen, behaupten sie, weil Unzufriedenheit in der Belegschaft mit Lohn- und Gehaltsgefüge auftritt. Unruhe wird durch einen Festbetrag sicher auftreten, da haben sie recht. Diese Unruhe entsteht, weil ein Festbetrag der Unzufriedenheit mit den Löhnen eine Stoßrichtung gegen die Kapitalisten gibt. Da diese nicht nachgeben, gibt es Krach.

Die Kapitalisten wollen den Lohn drücken, aber Unruhe und Krach wollen sie nicht. Sie wollen die Arbeiter spalten und nicht im Kampf geeint. Deshalb sind sie gegen Festgeldforderungen.

Daß die Bewegung im öffentlichen Dienst die 135 Mark Festgeld in der Gewerkschaft durchsetzen konnte, bedeutet einen Schlag gegen die Kapitalisten. Für die Arbeiter und Angestellten in der Industrie bedeutet er eine Ermutigung. – **(db)**



120 Kollegen der Ingrid-Glashütte aus Euskirchen protestierten am 9. Januar in Köln gegen die geplante Liquidierung der Firma durch die Banken. Die Auszahlung der Löhne für Dezember und Januar ist in Frage gestellt.

Beginn der IG Metall-Tarifrunde

Die erste Verhandlung im Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden der IG Metall beginnt am 20. Januar. Einen Tag später werden die Verhandlungen im Tarifbezirk Südwürttemberg/Hohenzollern und am 22. Januar im Bezirk Südbaden aufgenommen. Am 19. Januar finden die ersten Verhandlungen im Tarifbezirk Hessen statt, am 23. Januar in Nordrhein-Westfalen.

VW-Tarifforderung

Auf der Vertrauensleutesitzung der IG Metall des VW-Werkes Salzgitter wurde am 13.12. bekannt, daß die IG Metall für den zum 31.1.1976 auslaufenden Hausarif eine Lohnerhöhung von 8,5 Prozent oder 7,5 Prozent plus zwei Tage mehr Urlaub fordern will. Die Sitzung der Tarifkommission für VW wird am 19.1.1976 stattfinden.

Abschaffung der unteren Lohngruppen

Der IGM-Arbeitskreis „Menschengerechte Gestaltung der Arbeitswelt" im VW-Werk Salzgitter hat in seinen monatlichen Sitzungen für die kommende Tarifrunde Forderungen aufgestellt, acht Punkte enthaltend. Unter anderem wird die Abschaffung der drei unteren Lohngruppen gefordert. Diese Forderungen wurden dem Vertrauensleutekörper der IG Metall zur Diskussion gestellt.

IG Metall: Jugendmitgliederversammlung bei VDM 12 Stunden Berufsschule!

Frankfurt/M. Auf der Versammlung wurden Anträge an die Ortsjugendkonferenz beschlossen. Gefordert wurden zwölf Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Tagen, eine Ausbildungsvergütung, die den Lebensunterhalt sichert, mindestens 600 bis 700 Mark, prozentuale Anbindung an den Facharbeiter-Ecklohn. Auf der Grundlage dieser Forderungen wurden die Delegierten zur Ortsjugendkonferenz gewählt.

Interview mit einer Kollegin aus dem Siemens-Werk Bremen

Interview mit einer Kollegin aus dem Siemens-Werk Bremen

Die unteren Lohngruppen müssen weg!

Mit Umsetzungen und Herabstufungen gehen die Kapitalisten daran, die Löhne herabzudrücken. Die unteren Lohngruppen haben für sie die Bedeutung, den Lohn eines Teils der Arbeiter unter das Existenzminimum zu drükken und so den Druck auf den Lohn der gesamten Belegschaft zu verstärken. Die Leichtlohngruppen haben keineswegs an Bedeutung verloren. Was sie für die Lage der Arbeiter heißen, wird im folgenden Interview mit einer Siemens-Arbeiterin aus Bremen deutlich.

Wie lange bist Du bei Siemens, was verdienst Du da?

Ich bin seit über 7 Jahren bei Siemens, komme auf 700 DM.

Du bist wie fast alle Siemens Arbeiterinnen in die Leichtlohngruppe eingestuft, heißt das, daß eure Arbeit besonders leicht ist?

Ob Schläuche aufziehen leichte Arbeit sein soll, weiß ich auch nicht. Wikkeln flach und Rundkupfer ist nicht jedermanns Sache. Für den Rücken ist das nicht gut, den ganzen Tag auf einem Fleck stehen. Flachkupfer bis zu einer bestimmten Stärke, das andere machen die Männer. Bleche stanzen für die Trafos, beim Blechestanzen, wo Platten gebogen werden für die Außenwände haben früher die Männer gearbeitet, jetzt sind Männer zu teuer, jetzt machen die Frauen die schweren Platten, nicht etwa für das Geld, was die Männer kriegen, sondern für ihr altes Geld.

Eisenteile, die nicht gereinigt sind, müssen gewickelt werden, lange Stangen, 2 m bis 2,50 m werden gewickelt, ausgestanzt, Gewinde gebaut.

Was für Erfahrungen hast Du mit dem Akkord gemacht? Wie werden die Auswirkungen der Krise auf euch abgewälzt?

In der Tischwickelei mußten neulich ziemlich alle Kolleginnen nach vorne kommen und angeben, warum sie die 100 % nicht geschafft haben. Wie sollen wir 100 % schaffen, wenn die Wartezeiten nicht bezahlt werden. Wenn du deine 100 % geschafft hast, kriegst du den Stundenlohn und weiter nichts. Beim Akkord haben wir noch nie mehr gekriegt, wenn gestoppt wurde, überhaupt an den neuen Maschinen, die haben uns immer nur die Zeiten gekürzt. Wenn mal eine Maschine kaputtgeht, werden die Frauen dafür angeschrien.

Wenn's nach meinen Kolleginnen ginge, Hauptsache, die würden das Geld bekommen, was sie aber unbedingt brauchen. Sich dafür im Akkord kaputt zu machen, und doch nicht so viel zu kriegen, das ist ärgerlich.

Manchmal wundern wir uns am Monatsende, daß da die ganzen Wartezeiten überhaupt nicht berechnet werden. Wir haben nur unseren Auftrag, sonst nichts. Wir können überhaupt nicht kontrollieren, was wir verdienen, das weiß nur der Meister.

Viele Kolleginnen haben typische Berufskrankheiten durch die Schwerstarbeit, da fragen die bei Siemens doch nicht nach. Wenn du sagst, das kannst du nicht, da sagen die, das ist Arbeitsverweigerung. Bei Kreislaufkollaps und -schäden darfst du eine halbe Stunde liegen, dann darfst weiterarbeiten, ob das geht, ist eine zweite Frage, bis du an der Maschine fällst, die schicken dich nicht nach Hause. Auch bei Verletzungen an der Hand und so, wenn die Kollegen überhaupt nicht mehr können, kommt ein Pflaster drauf, nach 'ner halben Stunde, wenn das Blut durch ist, kriegst ein neues, darfst weiterarbeiten. Gegen den unerträglichen Lärm in der Halle sollst du Watte in den Ohren tragen, neulich kam die Ärztin und guckte bei jedem in die Ohren rein, wer keine Watte hatte, mußte mit zum Automaten und Watte reinstecken. Wenn sie dich ohne erwischen, soll sogar ein Kündigungsgrund sein.

Außerdem, die sparen überall. Für Sicherheitsschuhe müssen die Kollegen 14 DM selbst bezahlen, Arbeitszeug wird auch nicht gestellt.

Wie habt ihr euch bis jetzt gegen den Akkord gewehrt?

Beim Stoppen verlangen die Kolleginnen, daß der Betriebsrat kommt, er kommt vielleicht 1 Stunde später und fragt, ob der Stopper da war, er hat angeblich keine Zeit. Wir haben auch schon ein paar mal versucht, langsamer zu arbeiten, aber da kommt danach der Stopper und er zeigt einem dann so Kniffe, wie es noch schneller geht. Er notiert sich alles, wenn du mal wegguckst, oder mit einer Kollegin sprichst. Er erklärt einem, wie das noch schneller geht, dann werden unsere Zeiten, die auf der Karte stehen, gekürzt. Bei uns ist es schwierig, etwas dagegen zu tun, wir haben nämlich Einzelakkord, da hat jede Kollegin ihre eigenen Sachen und es ist schwierig einig zu werden.

Wie lange ist bei euch Kurzarbeit?

Oktober 74 sind wir angefangen mit der Kurzarbeit, bis kurz vor dem Urlaub 75. August und September haben wir voll gearbeitet, seitdem läuft wieder Kurzarbeit bezahlt. Danach weiß schon jeder, wird wieder kurzgearbeitet. Nicht alle Kolleginnen arbeiten jeden Montag und Freitag kurz. Dann kriegst du am Donnerstag Nachmittag gesagt, ob du Freitag kommen sollst.

Wie wirkt sich das auf den Lohn aus?

Auswirkungen auf den Lohn? Kommt darauf an, wieviel Abzüge du hast. Bei mir ist das nicht so schlimm. Andere Kolleginnen müssen die 2 Tage, die sie in der Woche frei haben, in den 3 Tagen, wo sie arbeiten, nachholen, damit sie auf den Lohn kommen. Bei manchen Kolleginnen macht der Verlust 100 DM aus im Monat.

Mehrere Kolleginnen sind im Büro gewesen und haben dem Fritz Scherer (Betriebsratsvorsitzender und SPD-Bürgerschaftsabgeordneter) vorgerechnet, daß der Verlust bei ihnen im Monat mehr als 100 DM bedeutet, und haben sich über die Kurzarbeit aufgeregt, weil er behauptete, das wären nur 50 DM.

Jetzt steht die Tarifrunde an. Wenn Du die letzten Jahre so zurückguckst, welche Erfahrungen hast Du in den Tarifrunden gemacht?

Wenn Lohnerhöhung war, bin ich nie hintergekommen, meine ganzen Lohnstreifen waren die ganzen Jahre ziemlich gleich. Bei den untersten Lohngruppen wirkte sich das kaum aus.

Die Gewerkschaftsführung hat eine Prozentforderung um 8 % herum aufgestellt. Was bedeuten Prozentforderungen für euch Frauen bei Siemens in den untersten Lohngruppen?

Prozentforderungen bedeuten überhaupt nichts für uns. Eine richtige Forderung wäre eine feste Summe, monatlich so und so viel, einheitlich, daß jeder das gleiche kriegt. Das mit den untersten Lohngruppen, da hat der Betriebsratsvorsitzende Fritz Scherer schon zig mal erwähnt, daß die Lohngruppen weg müßten, da siehst du nichts von. Wenns nach mir ginge, müßte der Akkord abgeschafft werden, da würde die Spaltung und der Streit unter den Kollegen aufhören.

Wir sprechen oft über den Streik 74, da sagen die männlichen Kollegen, waren wir ganz tapfer. Wir haben bis jetzt nichts über die jetzige Tarifrunde gehört. Du glaubst doch nicht, daß uns Fritz Scherer was erzählt. Er hat Schiß, daß wieder gestreikt würde. Wäre mir ganz recht, daß sonst vielleicht 5 % rauskommen, weiß doch jeder. – **(m, Bremen, Stadtteilzelle Gartenstadt Süd)**

Explosionsunglück auf der Hamburger Werft Blohm & Voss

Aus Profitsucht Menschenleben geopfert

Hamburg. 25 Tote hat das Explosionsunglück auf der Hamburger Werft Blohm und Voss bisher gefordert. Am letzten Freitag um 18 Uhr 13 waren nach einer Explosion im Brennraum des Kessels die Rohre und die Stahlplatten des 20 Tonnen Hochdruckkessels verformt worden und 300 Grad heißer Dampf strömte unter 62 atü aus. Von den etwa 80 Menschen, die an Bord gearbeitet haben, entkamen nur zehn unverletzt der tödlichen Gefahr.

„Dieses Unglück ist in der Geschichte einmalig", ein schwerer Schicksalsschlag für die Werft, behauptet die Geschäftsleitung. Aber tödliche Arbeitsunfälle sind weder einmalig auf der Werft noch sind es Schicksalsschläge. „Jedes Schiff kostet seine Toten" ist stehenden Ausdruck auf der Werft Schuld daran ist die Profitsucht der Kapitalisten, die die Arbeiter zu unglaublicher Hetze antreibt, die das Einhalten der Sicherheitsbestimmungen verhindert, die es zum Beispiel nicht einmal erlaubt, daß die Brennschläuche der Schweißer regelmäßig in kürzeren Abständen erneuert werden.

Allein 1970 Kamen 17 Kollegen auf der Werft um. Wegen undichter Brennschläuche gab es seit 1968 mehrere Explosionen, die zwölf Tote und sechs Schwerverlezte forderten. Wegen fehlender Schutzvorrichtungen, wegen Materialverschleiß, wegen mangelnder Einweisungen in die Sicherheitsbestimmungen, vor allem bei den Ausländern, sind in den letzten Jahren mindestens sieben Kollegen tödlich verunglückt. Das Leben der Arbeiter zählt nicht für die Kapitalisten, was zählt, ist der Mehrwert, der Profit. Hat Blohm & Voss letztes Jahr doch einen Umsatz von 645 Millionen DM gemacht auf den Knochen der Arbeiter.

„Blohm & Voss – Markenname in aller Welt", „Die schönsten Schiffe liefen hier vom Stapel", „Fast 100 Jahre alt: Blohm & Voss ist eine Werft voller Tradition". Das wurde am Tag nach dem Unglück in die Welt posaunt, stolz weidete sich die Kapitalistenseele daran, zu welchen Leistungen sie die Arbeiter in ihrer Knochenmühle angetrieben hat – Schuldgefühle habe sie nicht, betonte sie. Daher wurde rundweg abgestritten, daß der Probelauf des Kessels überhaupt gefährlich sei. Er sei schon Tage vorher mit mehr oder weniger Belastung gelaufen.

Daß soviel Arbeiter an Bord waren, sei doch klar: „Es ist immer dann besonders viel an Bord zu tun, wenn ein Schiff wie die Anders Maerks in wenigen Tagen übergeben werden soll." (Welt, 11.1.) Bekannt wurde dann aber, daß bereits bei einem Schwesterschiff im letzten August ein Schaden an der als sehr kompliziert geltenden Turbinenanlage aufgetreten war. Der Leiter der Konstruktionsabteilungen gab auch am Abend des Unglücks zu: „Schiffskessel explodieren immer wieder." Trotz dieser Gefahr wurden während des Probelaufs Schweißer-, Maler- und Aufräumarbeiten im Maschinenraum durchgeführt. Ein Bremer Werftarbeiter sagt dazu: „Wenn der Kessel eingestellt wird, ist das grundsätzlich eine gefährliche Sache. Kein Mensch darf im Maschinenraum oder in der Nähe sein, weil grundsätzlich was passieren kann. Höchstens eine Handvoll Leute sind auf dem Leitstand, um die nötigen Messungen durchzuführen. Aber Maler oder Schweißer ... ganz unmöglich."

Die Geschäftsleitung hat Menschenleben aufs Spiel gesetzt, um Termine einzuhalten, um Konventionalstrafen zu sparen. Um dieses Verbrechen zu vertuschen oder herunterzuspielen, fängt sie an, zu lügen. Es seien nur 47 an Bord gewesen, wohl gerade die Zahl der Toten und schwerer Verletzten die noch in den Krankenhäusern liegen. Dabei waren tagsüber 250 und in der Spätschicht 80 Arbeiter an Bord. Sowas wie Zeitdruck soll es auf einmal nie gegeben haben. Tatsächlich aber hat „Blohm & Voss noch im November versucht, die Innenausrüstung dieses Schiffes von der Werft HDW durchführen zu lassen. Von der Leitung der Howaldtwerke Deutsche Werft wurde dies wegen der eng angesetzten Termine abgelehnt. Die HDW hätte unter äußerster Anspannung den Innenausbau des Neubaus erst bis März abschließen können."

„Die Werftarbeiter von Blohm & Voss, die auf dem Unglücksschiff gearbeitet haben, mußten von 6 Uhr morgens bis 22 Uhr 30 abends arbeiten, und Werftarbeiter verweisen im Zusammenhang mit der Hetze vor einer Probefahrt darauf hin, daß oftmals die Automatik der Brennanlage überbrückt wird, um Zeit zu sparen. Die Automatik soll bewirken, daß bei Fehlzündungen im Brenner ein bestimmter Zeitraum eingehalten wird, damit der Brennraum entlüftet und zuviel eingeflossener Brennstoff reduziert werden kann. Gerade ein nicht von Gasen und überflüssigem Brennstoff befreiter Brennraum ist eine akute Gefahr für Verpuffung und Explosion." (UZ, 12.1.)

Die „Welt" zitierte einen Überlebenden. „Ich könnt' schon was erzählen, aber ich werde mir nicht den Mund verbrennen, nachher bin ich deswegen meine Arbeit los." Aussagen von Augenzeugen, die für die Geschäftsleitung gefährlich werden könnten, werden unterbunden, indem einfach behauptet wird, es gibt keine Augenzeugen.

Gewerkschaft und Betriebsrat wurden erst nach zwei Tagen zu der Untersuchungskommission hinzugezogen. Der erste Untersuchungsbericht soll in zehn Tagen vorliegen, aber nur die Fragen aufwerfen, die Untersuchung wird verzögert und verhindert. So wollen sie es schaffen, den Unfall als Naturkatastrophe hinzustellen, wie sie es bisher immer getan haben, als „Dampforkan" , wie die Presse schreibt.

Die Arbeiter werden in dem Unglück keine „natürliche Katastrophe" sehen, weil es ja keineswegs „natürlich" ist, daß die Arbeiter für die Profite der Kapitalisten schuften und ihr Leben riskieren.– (s, Hamburg)

IG Druck stellt 8 Prozent für die Lohnabhängigen in der papierverarbeitenden Industrie auf

Lebensstandard am Rande des Minimums

Zum 31. Januar hat die Gewerkschaft Druck und Papier die Lohntarifverträge der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie gekündigt. Die Tarifkommission hat eine Forderung von 8 Prozent erhoben und für die Lehrlinge 35, 30 und 25 DM mehr gefordert.

Die gut 118 000 Arbeiter und Angestellten dieser Industrie gehören zu den am schlechtesten bezahlten Lohnabhängigen. Die meisten Arbeiter und Angestellten sind ungelernte Kräfte. Sie verdienen, da nur wenig über Tarif bezahlt wird, oftmals unter 1 000 DM brutto im Monat – in manchen Betrieben 60 bis 70 Prozent der Belegschaft.

Die Lage der Lohnabhängigen in der papierverarbeitenden Industrie läßt keinen Lohnraubabschluß zu

Lohnraubabschluß zu

Seit zwei Jahren steckt die papierverarbeitende Industrie in der Krise. Im ersten Halbjahr 1975 ging die Produktion um mehr als 20 Prozent zurück. Der Absatz stockte und vor allem der Export, der etwa 10 Prozent des Gesamtumsatzes ausmacht, ging um über 30 Prozent zurück. Hinzu kommt, daß die Rohstoffpreise für Zellulose, Papier und Holzschliff gewaltig stiegen. Im harten Konkurrenzkampf untereinander verschärfen die Kapitalisten die Ausbeutung der Arbeiter.

Ihr erster Angriff galt dem Lohn: Anfang 1975 haben sie einen Tarifabschluß von 6,6 Prozent durchgesetzt, der für die Arbeiter und Angestellten glatten Lohnraub bedeutete.

Ihr zweiter Angriff auf die Lage der Lohnabhängigen war ähnlich erfolgreich: Von Januar 1974 bis Juni 1975 reduzierten sie die Zahl der Beschäftigten um 11 Prozent, die Zahl der Arbeiter sogar um 12,8 Prozent. Über 14 500 Lohnabhängige wurden auf die Straße geworfen, weil sie für die Verwertungsbedürfnisse der Kapitalisten überflüssig waren. Ein weiterer Teil der Arbeiter wurde zur Kurzarbeit gezwungen, mußte aber die gleiche Produktion in weniger Zeit bringen, wie Mitglieder der Tarifkommission der Papierverarbeitung in ihrer Sitzung berichteten.

Gleichzeitig neben den Entlassungen und der Kurzarbeit wurden nicht nur weiterhin Überstunden geleistet, sondern die Zahl der Überstunden hat sich sogar erhöht. Von Juni 1974 bis Juni 1975 wurden 10,3 Prozent der Beschäftigten entlassen, in vielen Betrieben wurde kurzgearbeitet. Die Zahl der Arbeitsstunden jedoch ging nur um 6,4 Prozent zurück. Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Je schneller geliefert wird, desto größer die Chance für den Kapitalisten, dem Konkurrenten den Auftrag wegzuschnappen. Ausbaden müssen dies die Arbeiter, denn die Frist ist nur durch Überstundenschinderei einzuhalten. Bei Naumann, einem papierverarbeitenden Betrieb in Opladen, kam es erst kürzlich vor, daß Kollegen vom Morgen des einen Arbeitstages bis zum Nachmittag des anderen arbeiten mußten und zusammen mit den Pausen 26 Stunden im Betrieb waren. Das zu einer Zeit, wo kurz danach 20 Kollegen entlassen wurden.

Die Lage der Arbeiter und Angestellten der Papierverarbeitung ist seit eh und je schlecht und sie hat sich in den letzten Jahren noch verschlechtert. Ganz anders sieht es auf seiten der Kapitalisten aus. Vergleicht man die Jahre 1963 und 1975, so stehen in beiden Jahren gut 118000 Beschäftigte im Lohn. 1963 allerdings sind 81,8 % davon Arbeiter, 1975 nur noch 75,3 %. Der Umsatz der gesamten Papierverarbeitung liegt 1975 jedoch um 227 % über dem des Jahres 1963. Wenn diese Zahl auch nur begrenzten Aussagewert hat, weil allerhand andere Faktoren dabei eine Rolle spielen, wie die Preissteigerungen, so wird doch deutlich hinter diesem Vergleich, daß 1975 weniger Arbeiter bedeutend mehr produziert haben als mehr Arbeiter 1963.

Die Kapitalisten sind durch den bisherigen Erfolg ihrer Angriffe auf die Arbeiter ermutigt. Für die Lohnabhängigen der Papierverarbeitung sind die Kampfbedingungen dadurch erschwert, daß ihr größter Teil ungelernte Kräfte sind, leicht zu ersetzen für den Kapitalisten, weshalb der Druck des Arbeitslosenheeres besonders schwer auf ihnen lastet. Sie sind weiter erschwert durch die Zersplitterung auf zahlreiche Klein- und kleinere Mittelbetriebe. Zusätzlich sind die Kollegen dadurch gespalten und geschwächt, daß in mehreren Betrieben nicht einmal die Tarifverträge anerkannt werden von den Kapitalisten. So halbierte z.B. die Firma Wellpappe in Wiesloch im letzten Jahr kurzerhand den ohnehin niedrigen Abschluß von 6,6 % und zahlte nur 3,3 % mehr Lohn. So gab es bei Naumann in Opladen noch bis zum Herbst 74 die 42-Stunden-Woche und die Einführung der 40 %Stunden-Woche brachte für die meisten Kollegen erheblichen Lohnverlust.

Schlecht wirkt sich aus, daß die Arbeiter der Papierverarbeitung getrennt von den kampferprobten und beweglicheren Kollegen der Druckindustrie in den Kampf geschickt werden und zudem noch drei Monate früher. Das verringert nicht nur die Aussichten auf Erfolg, weil die Gewerkschaft nicht ihre ganze Kraft ins Feld führt. Es wird auch frühzeitig die Weichen für die Druckarbeiter stellen.

Eine 80 %-ige Lohnerhöhung bringt dem größten Teil der Arbeiter, den Lohngruppen II–VI, Erhöhungen zwischen 70 und 88 DM brutto und selbst der höchsten Lohngruppe nur 123 DM. Aber: Alle Erfahrungen lehren die Arbeiter, daß, wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer 8 % fordern, sie auf einen Abschluß von ungefähr 6 % abzielen. Ein 6 %-Abschluß bringt den Arbeitern der Lohngruppe VI–II Erhöhungen von 52 bis 66 DM!

Wie Hohn muß es in den Ohren der Arbeiter klingen, wenn es in der Begründung der Forderung im Zentralorgan der IG Druck und Papier heißt, daß *„Ausgangspunkt für die gewerkschaftlichen Lohnforderungen in dieser Situation vor allem das Ziel sein (muß), den erreichten Lebensstandard zu sichern"* (Nr. 24). Der Lebensstandard der Arbeiter in der Papierverarbeitung, das ist eine Existenz am Rande des Minimums. Bisher haben die Kapitalisten noch kein Angebot unterbreitet. Man kann gespannt sein, was sie für „angemessen" halten. Sicher ist, daß ihnen selbst ein Abschluß wie 75 von 6,6 % als „unzumutbar" vorkommt, weil sie meinen, es billiger haben zu können.

Die Politik der IG Druck und Papier Führung bereitet die Niederlage der Lohnabhängigen in der Papierverarbeitung vor. Die Lage der Arbeiter in der Papierverarbeitung macht den Kampf notwendig, und unvermeidlich wird sich ihr Kampf gegen die Verelendung entwickeln. – (c., Ortsgruppe Leverkusen)

Sitzwachenstreik an den Göttinger Unikliniken geht weiter

Mit Umbesetzungen soll die Streikfront durchbrochen werden

Göttingen. Nachdem der Streik der Sitzwachen an den Unikliniken Göttingen gegen Lohnkürzungen trotz reduzierten Personals über Weihnachten und Neujahr erfolgreich weitergeführt werden konnte, versucht jetzt die Landesregierung und ihre Helfer, das Wiederanlaufen des Routinebetriebs zu nutzen, die Streikfront verstärkt unter Druck zu setzen.

Ein Eingehen auf die Forderungen der Wachstundenten sei nicht möglich, so Kurator Schneider, denn die Forderungen seien nicht gerechtfertigt. Den Wachstudenten wurde Aussperrung und Entlassung angedroht, falls dieser Streik nicht bis zum 16.1. abgebrochen sei. Der Oberarzt der Neurochirurgie zum Beispiel kündigte an, sein OP-Programm voll durchzuführen und die Studenten dazu heranzuziehen. Diejenigen, die Anweisungen nicht folgten, hätten unweigerlich mit ihrer Entlassung zu rechnen. Auf diesen Druck antworteten die Wachstudenten auf ihrer Vollversammlung am 5.1. mit dem Beschluß, den Streik fortzuführen. Gegen die Androhung, die Bereitschaft zum Notdienst zu nutzen, um die Streikfront systematisch zu durchbrechen, und gegen die Androhung der Entlassung beschlossen die Wachstudenten von fünf der acht Wachstationen, den Notdienst ab dem 13.1. vollständig abzubrechen. Am 14. wollen die Streikenden eine Kundgebung am Marktplatz durchführen.

In den Kliniken finden derzeit weiterhin Umbesetzungen in großem Ausmaß statt. Das Ziel dieser Umbesetzungen wurde vom Kurator Schneider in der örtlichen Presse dargelegt. Er erwäge zur Zeit Möglichkeiten, aus anderen Bereichen Pflegekräfte für die Intensivpflege abzuziehen. Auf die Dauer strebe er an, alle Stellen mit examiniertem Peronal zu besetzen. *„Das geht nicht von heute auf morgen. Bis dahin müssen wir eine Überbrükkung schaffen, egal, ob die Studenten ihren Dienst wieder aufnehmen oder nicht. Im Notfall müssen wir im allgemeinen Pflegebereich Einschränkungen in Kauf nehmen."*

Personalabbau in der ganzen Klinik: das ist das Ziel der Leitung. Was dies heißt, haben die Kollegen der Dialyse-Station der Medizin schon erfahren. Ihre Fünf-Tage-Woche wurde auf eine Sechs-Tage-Woche ausgedehnt. Sie sollen jetzt in 40 Stunden an sechs Tagen und unregelmäßiger gleitender Arbeitszeit mit reduziertem Personal, also völlig ohne Sitzwachen, dieselbe Anzahl von Patienten versorgen.

Den Kollegen ist klar geworden, daß diese Maßnahme keine Übergangsregelung, sondern eine Neuregelung der Arbeitszeiten ist. Auch bei Umbesetzungen ist deutlich geworden, daß es sich hier in vielen Fällen nicht einfach nur um Notlösungen handelt, sondern um dauerhafte Regelungen. Trotz der großen Synpathie der Belegschaft für den Streik der Sitzwachen herrscht aber noch Uneinigkeit über das Vorgehen der gesamten Belegschaft und vor allem Unklarheit, welche Möglichkeiten zur Abwehr gegeben sind. Landesregierung und Klinikverwaltung versuchen, ihre schon von langer Hand geplante Rationalisierung unter dem Deckmantel der Notlösung im Sitzwachenstreik stückchenweise durchzusetzen.

Um zu einer einheitlichen Front gegen den öffentlichen Dienstherren zu kommen, werden von den gewählten gewerkschaftlichen Vertrauensleuten einiger Stationen Personalversammlungen gefordert. Gleichzeitig wird von den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten eine Gewerkschaftsveranstaltun vorbereitet, auf der über die Lage und auf der Grundlage von Beschlüssen der ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz (z. B. Verweigerung von Überstunden und Mehrarbeit) Kampfmaßnahmen beraten werden sollen. - (k, Göttingen)

Konkurs Maschinenfabrik Ludwigsburg: 800 Arbeiter fristlos gekündigt

Ludwigsburg. Noch in dieser Woche muß die Maschinenfabrik Ludwigsburg Konkurs beantragen. Nachdem schon in den letzten Monaten viele Kollegen entlassen wurden, „um die Arbeitsplätze der verbleibenden Kollegen zu erhalten", ist jetzt auf der Betriebsversammlung vom Vergleichsverwalter allen 800 Kollegen fristlos gekündigt worden und 100 Lehrlinge sitzen erst einmal auf der Straße. 430 Arbeiter wurden wieder eingestellt, um die noch vorliegenden Aufträge bis Ende Juni zu Ende zu führen.

Den Kollegen sind jetzt die Löhne seit November nicht mehr bezahlt worden. Ebenso das Weihnachtsgeld. Das soll in nächster Zeit aus der Konkursmasse geschehen. Zwischenzeitlich schon haben sich die verschiedenen Lieferanten über die Konkursmasse hergemacht und haben allerlei Güter und Maschinen aus der Fabrik geschleppt.

Druck und Papier-Mitgliederversammlung In Speyer fordert 85 Pfennig die Stunde mehr

Speyer. Am Freitag, den 9. Januar, fand in Speyer eine Mitgliederversammlung des Ortsvereins Speyer der IG Druck und Papier statt. An der Versammlung nahmen etwa 30 Kollegen teil. Auf der Tagesordnung stand als einziger Punkt die kommende Tarifrunde und die Aufstellung der Forderung.

Von den Vertrauensleuten wurde der Vorschlag 85 Pfennig mehr in der Stunde eingebracht. Als weitere Forderungen kamen: 70 Pfennig und 1 DM. Grundlage sämtlicher Forderungen waren statistische Daten über gestiegene Lebenshaltungskosten, Lohnabzüge und die Einschätzung der Kampfbereitschaft. Verschiedene Kollegen argumentierten auch für eine noch höhere Forderung, weil die Tarifkommission ohnehin noch Abstriche machen würde.

Der Vorschlag der Vertrauensleute, 85 Pfennig (das sind 147 DM pro Monat) zu fordern, wurde schließlich von einer übergroßen Mehrheit bei einigen Enthaltungen von den Mitgliedern beschlossen. - (k., Speyer)

Westberlin. Die Bezirksversammlung Charlottenburg-Moabit der IG Druck hat am 12.1.76 eine DM mehr pro Stunde für alle als Lohnforderung zur Drucktarifrunde beschlossen.

Poststreik gegen Verlegung

Heidelberg. Die Kollegen bei der Briefabgangsstelle streikten am 18. Dezember gegen die Verlegung der Stelle nach Mannheim, denn das hätte 200 Kollegen auf die Straße geworfen. Die Ortsverwaltung der Deutschen Postgewerkschaft unterstützte sie. Die Kollegen zwangen sogar den Oberbürgermeister Zundel, die Unterstützung ihrer Forderung zuzusagen.

ÖTV-Tarifkommission beschließt 135 DM Festgeldforderung

Mit der Festgeldforderung einen Schlag gegen den Dienstherren führen!

Die Bewegung der Mitglieder der Gewerkschaften ÖTV, DPG und GdED hat die Sozialdemokraten, die in den Tarifkommissionen dieser Gewerkschaften die Mehrheit bilden, dazu gezwungen, die Forderung 135 DM für alle gleich zu erheben. Die Beschlüsse von ÖTV und DPG stehen bereits fest; man erwartet, daß die GdED sich dieser Forderung anschließen wird, wenn sie am Donnerstag beschließt.

Die stürmische Mitgliederbewegung für Festgeldforderungen hat es den Sozialdemokraten unmöglich gemacht, den Kompromiß mit dem öffentlichen Dienstherren auf der Linie einer Forderung von Sockel und Prozenten zu suchen.

Sie hätten einen tiefen Riß zwischen sich und ihrer Kompromißsucht und der Masse der Beschäftigten fürchten müssen und auch erhalten.

Dieser Erfolg der Massenbewegung zur Aufstellung einer Festgeldforderung gegen den Dienstherren kann genutzt werden, der andauernden Maßregelung, der sich die Beschäftigten in allen öffentlichen Diensten seit nunmehr anderthalb Jahren durch die Dienstherren ausgesetzt sehen, mit einer geschlossenen Bewegung zu begegnen und sich den Respekt zurückzuerobern, der mit dem Streik vor nunmehr zwei Jahren der Bourgeoisie erstmalig abgetrotzt werden konnte.

Diese Forderung ist nicht der Absicht führender Sozialdemokraten entsprungen, einen Schlag gegen den Dienstherren zu führen. Bis zum Schluß hat die Sozialdemokratie mit den allerhintertriebensten Manövern versucht, die Aufstellung dieser Forderung zu verhindern.

Man darf das nicht vergessen und muß verstehen: Die Spaltertätigkeit, die sich aus dem fieberhaften Bestreben nach Vermeidung von Kampf und Findung eines Kompromisses ergeben hat, wird fortgesetzt werden, insbesondere wenn es hart auf hart geht, was eintreten wird.

Insofern hat man jetzt zwar eine Forderung, die den Belegschaften den Zusammenschluß im Kampf ermöglicht. Aber eine Gewerkschaftsorganisation, die die Interessen der Beschäftigten vertritt und sie im Kampfe führt, hat man überhaupt nicht. Die Gewerkschaftsorganisation befindet sich nach wie vor in den Händen von Reformisten.

sten.

Die Forderung nach 135 DM ist nicht glänzend. Wenn sie durchgesetzt wird, und sie kann durchgesetzt werden, treten in vielen Haushalten trotzdem Einbußen auf. Verhindert kann bloß werden, daß die Dienstherren Lohndrückerei betreiben bis unter jene Schwelle, die überhaupt ein Auskommen erlaubt.

Die Lage ist kompliziert. Die bürgerliche Presse schwankt. Der öffentliche Dienstherr will sich erst „am Verhandlungstisch“ äußern. Eine reine Festgeldforderung für eine Tarifbewegung hat es in der Geschichte der BRD nicht gegeben. Das wissen die Kapitalisten, und sie wissen auch, daß schon die Aufstellung einer solchen Forderung in der gegenwärtigen Lage schlecht ist für die Verwirklichung ihrer Absichten. Diese bestehen darin, unter Ausnutzung der Krise für die Arbeitskraft einen allgemeinen Schleuderpreis durchzuboxen. Die Methode besteht darin, daß die unteren Löhne von der Inflation am stärksten aufgefressen werden und durch die Prozenterhöhungen nicht ausgeglichen werden.

Sind erst die untersten Löhne unters Minimum der Existenz gedrückt, so haben die Kapitalisten einen Einbruch erzielt. Muß sich die menschliche Arbeitskraft erst einmal zu einem Preis verkaufen, der ihren Unterhalt nicht deckt, wird die Spaltung der Arbeiter verstärkt, die Kapitalisten können im Betrieb eine schiere Terrorherrschaft errichten.

Dieser freche Plan der Monopolbourgeois und Finanzgenies ist durch die Aufstellung der 135-DM-Forderung ernstlich gefährdet.

Geld, Profit, den sie aus dem Elend der Arbeiter machen können, droht ihnen durch die Finger zu fließen. Sie werden Gift und Galle spucken gegen diese Forderung. Dieses Gift und diese Galle wird die Arbeiter nicht groß beeindrucken.

Die Regierung indessen wird einsteigen. Sie ist der geschäftsführende Ausschuß der herrschenden Klasse. Sie muß deren Politik machen.

Macht sie sie nicht schnell und nicht grob genug, so stürzt das Finanzkapital eine solche Regierung und stellt eine andere hin. Bürgerliche Politiker und Parteien, die darauf bloß warten, haben sie genug.

Seitdem die Schmidt-Genscher-Regierung im letzten Herbst den Kredit gesperrt gekriegt hat und das Haushaltssicherungsgesetz beschließen mußte, weiß sie, woher der Wind weht, und jeder sieht, daß sie nach diesem Wind zu segeln gedenkt.

Der Kampf gegen den öffentlichen Dienstherren ist nicht zu vermeiden. Unter der Forderung 135 DM für alle gleich ist ein Sieg möglich.

Dieser Sieg ist nicht deswegen möglich, weil die Sozialdemokraten und auch führende mühsam auf die 135-DM-Forderung gehievt werden konnten.

Er ist möglich, weil die Bewegung gegen den Lohnabbau im öffentlichen Dienst breite Massen erfaßt hat und weil diese breiten Massen ein großes taktisches Verständnis an den Tag gegt haben und bewiesen haben, daß sie es

haben und bewiesen haben, daß sie es

verstehen, ihre Kraft einzuschätzen.

Zum Beispiel ist es den Sozialdemokraten nur an ganz wenigen Stellen, die man sozusagen an den Fingern abzählen kann, gelungen, eine Sockel- und Prozentforderung durchzusetzen. Daß es an ziemlich vielen Punkten den Sozialdemokraten im Verein mit den Revisionisten gelungen ist, überhöhte Festgeldforderungen zu placieren, darf einen nicht wundern. Es ist bisher kaum vorgekommen, daß leibhaftige Kreisverwaltungen mit höheren Forderungen kommen als sie aus den Betrieben gestellt worden waren.

Jedenfalls ist fast nirgendwo versäumt worden, die unbedingte Notwendigkeit von Festgeldforderungen festzustellen.

Ausdrücklich möchten wir darauf hinweisen, daß von seiten der Postler ziemlich häufig direkt die 135 DM gefordert wurden. Diese waren es auch vor zwei Jahren, die den Kampf um die 185 DM eröffnet haben. Diese hatten auch mit dem Problem zu kämpfen, daß es ihrem Hauptvorstand auf dem letzten Gewerkschaftstag gelungen war, beschließen zu lassen, daß reine Festgeldforderungen nicht aufgestellt werden dürfen. Sie konnten bloß hoffen da rauszukommen, wenn sie sich auf eine Forderung bezogen, die so unbestreitbar richtig war, daß Einwendungen dagegen wirklich schwerfallen.

Die Forderung ist jetzt erhoben, aber mehr noch nicht. Das ist ein Schritt voran, aber keine Durchsetzung. Die Entscheidung wird erst noch fallen.

Die Entscheidung über die Durchsetzung wird durch folgendes entschieden werden: Entweder gelingt es den Belegschaften im öffentlichen Dienst, die Einheit, welche die 135-DM-Forderung ermöglicht, herzustellen und zu Aktionen überzugehen. Dann wird die Sache mit einer bösen Niederlage für den öffentlichen Dienstherren enden. Oder nicht, und die Sozialdemokraten setzen sich mit der Abwartetaktik, die sie bestimmt vorschlagen werden, durch.

Dann wird sich der öffentliche Dienstherr an den Streik vor zwei Jahren erinnern. Wo sich die Kraft der Bewegung so entwickelt hat, daß es zu Kundgebungen und Demonstrationen im Anschluß an die Arbeitszeit und ein wenig früher, während der Mittagspause und ein wenig länger, schließlich direkt während der Arbeitszeit kam. Wenn dies nicht der Falle ist, wird der Dienstherr sehen, daß die Sozialdemokraten das Ruder in der Hand halten. Er wird dann an ihre Instinkte zur Versöhnung appellieren und sie werden sich gemeinsam irgendeine Lumperei ausdenken. Von der schönsten Forderung hat man sozusagen einen Dreck, wenn man sie nicht nutzt.

Wir sind aber der Meinung, daß die Möglichkeit zum Kampfe, welche diese Forderung bietet, genutzt werden wird.

Die ganzen Forderungen und Erfahrungen, die im Verlauf der letzten Jahre gemacht worden sind, werden eine wesentliche Triebfeder dieser Lohnbewegung bilden und ihren Inhalt bestimmen.

Wer wird denken, daß der Kampf um

Wer wird denken, daß der Kampf um die Vierzig-Stunden-Woche nicht einfließen wird in diese Bewegung. Das kann nur ein Narr denken, und jeder klassenbewußte Arbeiter wird darauf brennen, die dort vorgefallenen Lumpereien dem Dienstherren aufzurechnen. Wer meint, daß man in den Krankenhäusern vergessen hat, wie der ÖTV ein schmutziger Vertrag über die Mietpreise in den Schwesternwohnheimen aufgezwungen wurde, der Lohneinbußen von teils mehr als hundert DM brachte und noch dazu kühl auf eine Spaltung der Belegschaft berechnet war?

Wer glaubt gar, daß vergessen wurde, wie in der Lohnbewegung 1975 die starke Million Gewerkschafter in öffentlichen Diensten von den Dienstherren behandelt wurde wie ein Stück Vieh, das man aus dem Klee treiben muß, weil es nicht weiß, was gut für es ist?

Wer hat schließlich nicht im Ohr, daß der fiese Professor Maihofer im Herbst herumtönte, weder er selbst noch die Regierung habe geglaubt, aus der 75er Lohnbewegung so billig herauszukommen, womit er aus der schmählichen Niederlage einer großen Arbeiterorganisation ein Objekt für seine schmutzigen Beamtenwitze gemacht hat?

Wer soll die Frechheit vergessen, daß als „Doppelverdiener“ alle diejenigen bezeichnet und durch Lohnsenkung bestraft werden, die zu zweit im öffentlichen Dienst arbeiten müssen, weil das Einkommen von einem nicht reicht.

Und jetzt wird in mehreren Bundesländern auch noch versucht, die schäbige Essensbeihilfe wegzukürzen und aus den Kantinen vielleicht ein Geschäft für den Dienstherren zu machen.

Wer glaubt, die Beschäftigten im öf-

Wer glaubt, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst würden dieses und noch allerhand mehr einfach wegstekken und im Kampf für 135 DM all diesen Lug und Trug, die gebrochenen Versprechungen und die unverschämten Tarifschneidereien einfach weglassen, wird merken, wie er sich geirrt hat.

Die Schmidt/Genscher-Regierung hat schon geäußert, daß sie sich erst am Verhandlungstisch äußern würde. Der liederliche Beißer aus Hamburg erlebt gerade seine schwache Stunde und weiß nicht, was er machen soll.

Das Neujahrsfest bei griechischen Kapitalisten herumludern, vom Aufzeichnungsgerät aus eine Ansprache an die Nation halten und sich während der gleichen Zeit in Träumen wiegen, daß die westdeutsche Arbeiterklasse berufen sei, ihm durch Stillhalten einen Ruf als großartiger Staatenlenker und berufener Sprecher für ganz Europa zu verschaffen, dazu ist der Mann gut. Jetzt ist er von der Forderung überrascht. Wenn er bemerken wird, wie sehr ihm die Arbeiterklasse damit in die imperialistischen Träume spuckt, wird er wild werden.

Lange waren die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht in der Lage, sich über betriebliche Aktionen hinaus einheitlich gegen die dauernde Maßregelung durch die Bourgeoisie zu wehren. Dementsprechend haben alle Bourgeois ihr Mütchen an den Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu kühlen versucht.

Dieses fällt den Bourgeois jetzt auf die Füße. Genauer, es muß ihnen erst noch auf die Füße geworfen werden.

Wir verbuchen es als einen Erfolg der Bewegung der Mitglieder, daß die führenden Sozialdemokraten dazu getrieben werden konnten, eine Forderung zu erheben, wie sie von den Revolutionären angestrebt wurde. Es wird bestimmt einige Narren geben, die meinen, die Forderung müsse allein deswegen falsch sein, weil Heinz Kluncker ihr zugestimmt hat.

Wir haben das Interview mitgeschnitten, das Heinz Kluncker am Dienstag in den 19-Uhr-Nachrichten dem ZDF gegeben hat, und drucken es hier ab.

Es enthält einige Zugeständnisse an die Wahrheit, wie sie ausschaut, wenn sie nicht vom Interesse der Klassenversöhnung vollständig verbogen ist.

Endlich wird seitens der ÖTV bekanntgegeben, daß die hohen Beamtengehälter eine Rolle spielen in den Lohnberechnungen. Das ist wirklich wichtig und muß ausgebaut werden. Wenigstens wird angedeutet, daß es die Sockel- und Prozentforderung sowie eine falsche Einschätzung der Absichten der Dienstherren war, die das vorigjährige Tarifdesaster verursacht haben. Und die Raubtierpsyche, die dem öffentlichen Dienstherren in seinem Hunger nach Mehrarbeit, und zwar unbezahlter anhaftet, erscheint zumindest dunkel in der Formulierung, sie (die öffentlichen Arbeitgeber) hätten offenbar keine sozialen Empfindungen.

Wir möchten gerne sagen, daß die „öffentlichen Arbeitgeber“ schon „soziale Empfindungen“ haben, nämlich

ziale Empfindungen“ haben, nämlich

die von Kapitalisten, deren Geschäfte sie schließlich betreiben, und diese lassen sich am besten ausdrücken in Geld, das man den Arbeitern nimmt.

Trotzdem muß man sehen, daß die gemachten Äußerungen für einen ausgebufften Sozialdemokraten und Liebhaber des Kompromisses ein starker Tobak sind. Daß sie gemacht wurden, liegt daran, daß das Finanzkapital das Steuer auf absolute Verelendung der Arbeiterklasse gedreht hat. Dieses gefällt den Reformisten in der Gewerkschaft nicht. Und sie sehen, daß dagegen eigentlich etwas getan werden müßte.

Freilich, das betrifft erst die Forderung, und es wird sich erst im Kampfe herausstellen, ob es gelingt zu verhüten, daß die führende Sozialdemokratie die Mitglieder doch noch in einen schandbaren Kompromiß hineinschleift, alles wegen dem Staatswohl.

Alles wird davon abhängen, daß sich die Selbständigkeit der Belegschaften, die gegen den Lohnabbau, gegen die kapitalistische Rationalisierung und gegen die politische Entrechtung kämpfen wollen, zur Durchführung von den geeigneten Kampfaktionen fortentwickelt. Dagegen wird man abermals die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie haben, und da wird sich auch herausstellen, wer die hohen Festgeldbeträge aus überschäumender Kampfentschlossenheit aufgestellt hat und für wen sie bloß ein Manöver zum Herunterkommen von Festgeldforderungen waren.

Diese Lohnbewegung wird voraussichtlich die Schlichtung aushalten müssen. Bekanntlich hat das letzte Jahr nicht nur einen schlechten Lohnabschluß, sonderna uch das Schlichtungsverfahren gebracht.

Dieses sieht ein Aktions- und Streikverbot vor, bis die Schlichtung fertig ist und alle bürgerlichen Gestalten schon erklärt haben, daß die Forderung der Arbeiter unverschämt ist und so weiter.

Was diese Schlichtungsvereinbarung betrifft, so muß man sie in den örtlichen Aktionen unterlaufen und kann das auch. Warum sollte man sich denn daran halten? – **(mf)**

Klunckers Fernsehinterview

ZDF-Nachrichten am 13. Januar um 19 Uhr

ZDF: Herr Kluncker, ist die Festbetragsforderung Ihrer Organisation auch als Antwort Ihrer Organisation auf die Sparbeschlüsse der Bundesregierung zu verstehen, die nach gewerkschaftlicher Meinung Bezieher mittlerer und kleiner Einkommen besonders hart getroffen hat?

Kluncker: Ja, auch. Das war ein Gesichtspunkt, aber nicht der ausschließliche.

ZDF: Setzen Sie sich mit dieser Forderung nicht in Gegensatz zur Lohnpolitik der anderen DGB-Gewerkschaften, die offenkundig nach wie vor Festbeträge und Sockelbeträge ablehnen?

Kluncker: Überhaupt nicht, denn keine der vergleichbaren Industriegewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund hat Wirkungen bei ihrer Tarifpolitik in einer solchen Bandbreite der Einkommen. Wir legen Einkommenshöhen bis zu 10 000 DM und darüber fest. Manchmal auch in Fernwirkung über die Besoldungsgesetzgebung.

ZDF: Von welcher Preissteigerungsrate im Jahr 1976 ist Ihre Organisation bei ihren lohnpolitischen Überlegungen ausgegangen?

Kluncker: Wir hoffen, daß die Politiker recht behalten und daß die Voraussagen der Sachverständigen zutreffen. Wir haben uns eingestellt auf 5,5 Prozent. Dies ist unser Erwartungshorizont. Hoffentlich wird er unterschritten und nicht überschritten.

ZDF: Der öffentliche Arbeitgeber lehnt Festgeldbeträge ab. Sie müssen mit hartem Widerstand rechnen. Ist Ihre Organisation bereit, auf einen Kompromiß einzugehen, der vielleicht auf eine Kombination von Sockelbetrag und Prozentsatz ausgeht?

Kluncker: Öffentliche Arbeitgeber haben unseren Forderungen noch immer Widerstand entgegengesetzt. Im vergangenen Jahr haben sie sich gegen die Sockelei gewandt. Sie wollen von sozialen Komponenten überhaupt nichts wissen. Sie haben offenbar keine sozialen Empfindungen. Wir werden darum sehr stark für den Festbetrag eintreten. Auch deshalb, weil es keine andere denkbare Komponente gibt, die die sozialen Gesichtspunkte so berücksichtigt wie unsere Forderung.

Deutsche Postgewerkschaft

Die Kreisdelegiertenversammlungen der Deutschen Postgewerkschaft in **Westberlin** und in **Hamburg** haben die Forderung 135 DM Festgeld beschlossen. Am Paketpostamt Hamburg wurden in zwei Tagen über 800 Unterschriften gesammelt für die Forderung nach 135 DM. In **Braunschweig** hat die Vertrauensleutevollversammlung des Fernmeldeamtes die Forderung beschlossen: 7,5 Prozent, mindestens 135 DM. In **Freiburg** hat die Mitgliederversammlung des Fernmeldeamtes die Forderung aufgestellt nach 99 DM Sockelbetrag und 2 Prozent. Der DPG-Bezirksvorstand **Südbaden** hat die Forderung 81 DM und 3 Prozent beschlossen. Die Vertrauensleuteversammlung der DPG am Fernmeldeamt in **Wiesbaden** hat am 7. Januar die Forderung aufgestellt nach 60 DM und 4,2 Prozent. In **Frankfurt** haben am 30. Dezember über 100 Vertrauensleute des Postamtes 4 mehrheitlich die Forderung 135 DM Festgeld erhoben.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Frankfurt. Der Bezirksvorstand Frankfurt der GEW hat am 13. Januar einen Beschluß gefaßt, in dem der „Beschluß der Großen Tarifkommission der ÖTV und der Postgewerkschaft, bei den anstehenden Tarifverhandlungen für alle Einkommensgruppen eine einheitliche Lohnerhöhung (Festbetrag) zu fordern, als grundsätzlich richtig und auch auf die Beamtengehälter anwendbar“ begrüßt wird. Der Bezirksvorstand fordert in dem Beschluß den hessischen Landesvorstand und den Bundesvorstand der GEW sowie den Beamtenausschuß des DGB auf, „entsprechende eigene Forderungen gegenüber den Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes zu stellen und die Einzelgewerkschaften ÖTV, Bahn und Post energisch im Tarifkampf zu unterstützen“.

Hamburg. Die Betriebsgruppe der GEW an den Gymnasien Koppel und Waldörfer haben die Unterstützung der 135-DM-Festgeldforderung beschlossen. In einer Resolution fordert die Betriebsgruppe IZHD/Universität Hamburg die Aufstellung der 135-DM-Forderung.

Osnabrück. Der Ausschuß Lehrerarbeitslosigkeit der GEW Osnabrück-Stadt hat am 6. Januar sich für die Unterstützung der Forderung nach 135 DM ausgesprochen. Insbesondere will der Ausschuß Lehrerarbeitslosigkeit damit all denjenigen entgegentreten, „die behaupten, bei der derzeitigen Wirtschaftslage müsse man den ‚Gürtel enger schnallen‘ und dies käme dann auch den arbeitslosen Kollegen zugute. Als gewerkschaftliches Organ der arbeitslosen Lehrer am Ort lehnt der Ausschuß eine derartige Argumentation ab und betont vielmehr die Notwendigkeit eines einheitlichen gewerkschaftlichen Vorgehens aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten in bezug auf die Tarifverhandlungen.

Wilhelmshaven. Am Studienseminar Wilhelmshaven hat sich die GEW-Referendargruppe mit der 135-DM-Forderung solidarisch erklärt und fordert Streikrecht für Beamte.

Hannover. Bereits Ende Oktober hat der Ausschuß angestellter und nebenberuflicher Lehrkräfte der GEW in Hannover einen Beschluß gefaßt, in dem der Ausschuß sich für eine Festbetragsforderung ausspricht, nicht unterhalb der Inflationsrate und für die aktive Beteiligung der Lehrer an den notwendigen Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung der Forderung.

3,4 Prozent und 37 DM für die Kollegen der Bremer Straßenbahn AG

Bremen. Am 23. Dezember wurde den Kollegen per Rundschreiben die von Personalrat und Geschäftsleitung ausgehandelte Lohnerhöhung bekannt gemacht: 3,5 Prozent und 37 DM. Bei 1 500 DM brutto sind das 89,50 DM. Die aufgestellte Forderung war 6 Prozent und 50 DM mehr. Dies hätte bei 1 500 DM 140 DM mehr bedeutet.

Schülerversammlung in Hannover ruft zu Streiks auf

Die Sparerlasse des Kultusministeriums müssen fallen / Kapitulantentum ermutigt nur die Reaktion

Hannover. Am Montag, dem 12. Januar, haben sich in Hannover 160 Schüler von über dreißig Schulen aus Hannover und der Umgebung getroffen. Es ging darum, wie die Erlasse des Kultusministeriums endlich zu Fall gebracht werden können, mit denen die Lehrer zu weiterer Mehrarbeit gezwungen, die Klassen noch voller und die Unterrichtsstunden noch weiter gekürzt werden sollen. Unter dem Druck zahlreicher Proteste in ganz Niedersachsen (am 12. November hatten in Hannover z.B. 8 000 Menschen demonstriert) hatte das Kultusministerium einen Teil der Erlasse, die alle zum 1. Februar in Kraft treten sollten, zwar zurückgestellt und auf den 1. August verschoben. Die Erlasse waren aber nicht zu Fall gebracht. Die Schülervertretung der Integrierten Gesamtschule Roderbruch und Schüler aus anderen Schulen hatten deshalb zu einer Veranstaltung eingeladen und eine Resolution vorgelegt, in der Streiks und weitere Kampfschritte vorgeschlagen werden. Schon am Montag hatten die Schüler der Sekundarstufe II an der Roderbruchschule durch Unterschriften und Abstimmungen in den Kursen den Streikvorschlag unterstützt. Auch an anderen Schulen war es gelungen, Klassenmehrheiten für Streik zu gewinnen.

Trotz dieser ermutigenden Ergebnisse innerhalb weniger Tage hat sich der Stadtschülerrat bisher geweigert, den Streikaufruf zu unterstützen. Ein Streik sei nicht durchführbar und müsse deshalb prinzipiell abgelehnt werden. Nach den Ferien hatte der Stadtschülerrat dann sogar die Forderung „Weg mit den Erlassen!" fallengelassen, um sich mit dem Stadtelternrat, der von der CDU beherrscht wird, verbünden zu können. Die Aufgabe der Forderung bedeutet praktisch, daß der Stadtschülerrat, mehrheitlich Jusos und SDAJ, den Kampf aufgegeben hat, denn mit einer solch nichtssagenden Forderung wie „Für eine Besserung der Ausbildungslage an den Schulen" ist den ganz konkreten Angriffen der Landesregierung nicht beizukommen. Im Gegenteil, die Landesregierung kann durch solches Kapitulantentum nur ermutigt werden, weiter vorzustoßen. Diese Haltung des Schülerrats hat schon einigen Schaden angerichtet. An der Tellkampschule hatte der Streik schon Zustimmung gefunden. Als die Haltung des Stadtschülerrats aber bekannt wurde, ließen sich viele verunsichern. Der Streik sei doch nicht möglich.

Dabei sind die Bedingungen für die Vorbereitung eines Streiks günstig, denn die Verhältnisse an den Schulen stoßen jeden Schüler darauf, daß etwas getan werden muß.

Die Teilnehmer auf der Veranstaltung am Montag haben deshalb eine Resolution verabschiedet, in der es u.a. heißt: „Die Folge dieser Erlasse ist unvermeidlich ein höherer Leistungsdruck und eine erhöhte Auslese unter den Schülern. Konkurrenz und Spaltung der Schüler werden noch mehr als bisher die Lage an den Schulen ausmachen. Wir lehnen die Erlasse daher entschieden ab." Alle Schüler werden aufgefordert, sich in der Zeit vom 26. bis 29. Januar an Streiks und Protestaktionen zu beteiligen und solche vorzubereiten. Die Eltern und Lehrer werden aufgefordert, die Protestaktionen zu unterstützen und selbst Protestaktionen durchzuführen. Weg mit den Erlassen! Für die Einstellung aller Lehrer! Keine Sparmaßnahmen zu Lasten der Schüler, Eltern und Lehrer! lauten die Forderungen der Versammelten. Für den 28. Januar wird zu einer Demonstration aufgerufen.

Der Vorstand des Stadtschülerrats und die Schülervertretungen an den einzelnen Schulen werden aufgefordert, auf einer außerordentlichen Hauptversammlung des Stadtschülerrats die Vorschläge zu diskutieren und sich ihnen anzuschließen.



Frankenthal: Demonstration gegen die Schließung des Jugendhauses

Gegen Bevormundung gewehrt

Renovierung als Vorwand für eine Säuberung

Frankenthal. Etwa 50 Jugendliche demonstrierten am 10.1. gegen eine fünfwöchige Schließung des Jugendhauses und gegen die Jugendpolitik der Stadtverwaltung. Die SDAJ und der KBW beteiligten sich daran. Das Jugendhaus soll ausgerechnet mitten im Winter, wo die Jugendlichen besonders auf das Jugendhaus angewiesen sind, für fünf Wochen geschlossen werden. Angeblich wegen Renovierung. Schon am 22.12. hatten die Jugendlichen gegen den über ihre Köpfe hinweg gefällten Beschluß protestiert. Oberbürgermeister Kahlberg hatte sich ihren Fragen im Rathaus durch die Hintertür entzogen. Am 29.12. war Kahlberg auf einer Versammlung im Jugendhaus erschienen und hatte sehen müssen, daß keiner der Jugendlichen für seine Pläne zu gewinnen war. Am 10. Januar hat der Oberbürgermeister dann in einer Erklärung in der Lokalpresse bestätigt, worum es der Stadtverwaltung bei der Renovierung tatsächlich geht. Mit der Anstellung eines Heimleiters will die Stadtverwaltung das „Haus der Jugend" wieder „in den Griff" bekommen. Nachdem schon vor einiger Zeit politische Veranstaltungen verbotn wurden, soll durch die Schließung „eine Denkpause" erzwungen werden, damit die Hauptamtlichen sich ein paar Leute aussuchen können, mit denen sie die Arbeit zum Wohlgefallen der Stadtverwaltung „wieder ausrichten" können. Die „linksradikalen Interessengruppen", die versuchten, „die Jugendlichen mit ihrer, unserer demokratischen und staatspolitischen Grundauffassung nicht entsprechenden Meinung zu infiltrieren", sollen aus dem Haus rausgeworfen werden. So die Rechnung des Oberbürgermeisters. „Keine Bevormundung und Gängelung der Jugendlichen durch die Stadtverwaltung! Für freie politische Betätigung im Haus der Jugend!", hieß die Antwort der Jugendlichen auf der Demonstration. – In dieser Woche soll eine Unterschriftensammlung gegen die Entscheidung der Stadtverwaltung begonnen werden.

‚areal' von Polizei geräumt

Die bürgerliche Presse hatte ihre Hetzartikel schon fertig

Gaggenau. Am Freitag früh hat die Polizei das seit mehreren Wochen besetzte Jugendzentrum „areal" geräumt. Zu dieser Zeit waren nur sieben Jugendliche im Haus und eine Verteidigung nicht möglich. Zu der Räumung erreichte uns ein Brief eines Jugendlichen aus Gaggenau, in dem es heißt:

Morgens um 6.45 Uhr wurde das besetzte Jugendzentrum „areal" geräumt – um Aufsehen zu vermeiden. Die Presse war gut vorbereitet. Sowohl das „Badische Tagblatt" als die „Badische Neueste Nachrichten" hatten am Freitag lügnerische Hetzartikel à la Bild-Zeitung, um die Räumung zu rechtfertigen.

Die Räumung mußte aus Sicht der Stadt jetzt erfolgen, weil sich abzeichnete, daß sich die Jugendlichen bemühen, ein eigenes Programm für ein Jugendzentrum zu erstellen.

Nichts scheinen die Herren im Rathaus mehr zu fürchten, als daß sich die Jugendlichen von ihnen lösen; daß sie selbständig auftreten. Schicken sie Polizei, um die Jugendlichen zu schützen? Vor wem? Nein, sie zeigen mit ihrer Politik, daß sie mehr Bevormundung und Kontrolle wollen.

Man muß sich fragen, was das für eine Gesellschaft ist, in der Jugendliche für ein Jugendzentrum kämpfen müssen! Welcher Reichtum wird z.B. bei Benz jeden Tag in unserer Gesellschaft geschaffen? Und für die Jugendlichen ist nicht einmal ein Platz da, wo sie unter sich sein können.

Was ist das für eine Gesellschaft, die lieber in Kauf nimmt, daß die Jugendlichen in Kneipen oder auf den Straßen verlottern, als daß sie hinnimmt, daß sie sich zusammentun!

Für die Jugendlichen wird es nur einen Weg geben: sich noch fester zusammenschließen. – (r., Gaggenau)

Griechische Eltern kämpfen gegen Unterrichtsausfall

Düsseldorf. Gegen den ständigen Unterrichtsausfall an der Gemeinschaftsschule Schillstraße haben 300 griechische Eltern in einem offenen Brief an die Schulbehörde, die griechische Botschaft und den DGB Protest eingelegt. In den Klassen 2 bis 4 fielen seit September wöchentlich 38 Stunden aus. Musische Fächer und Sport gab es überhaupt nicht. Schulrat Voigt mußte den Eltern ein Treffen zusagen und versprechen, die Situation bis zum 1.2.76 zu verbessern. Die Schulpflegschaft hat in einer Erklärung die Erfüllung der Stundenpläne und die Zuteilung zusätzlicher Lehrer gefordert.

Kündigung aufgehoben

Essen. Der Dozent Volker Wild muß von der Westfalen-Akademie in Essen weiter beschäftigt werden, so lautet das Urteil in dem Arbeitsgerichtsverfahren zwischen dem Dozenten und dem Schulkapitalisten Blindow. Blindow hatte den Dozenten im Oktober fristlos und ohne Angabe von Gründen gekündigt. Drei Tage, nachdem die Dozenten erklärt hatten, einen Betriebsrat zu wählen. Gegen die Entlassung hatten die Studierenden mit einem Unterrichtsboykott protestiert. Blindow hatte vor Gericht erklärt, Wilds kommunistische Aktivitäten seien mit den „Bildungszielen der Schule" unvereinbar (Wild ist presserechtlich verantwortlich für die Ortsbeilage der KVZ in Essen).

Berichtigung

In der KVZ Nr. 1/76 ist in der Bildunterschrift auf der Seite 8 eine falsche Ortsangabe angegeben. Die Demonstration fand nicht in Kassel, sondern in Karlsruhe statt.

Auf Seite 4 ist durch einen Satzfehler in dem Artikel „Welche Rechte die Schüler unbedingt brauchen" ein Abschnitt herausgefallen. In der Mitte des Artikels muß es heißen:

„Dagegen wehren sich die Schüler, **am meisten bisher in Hessen, wo die Darmstädter Schülerschaft bereits einen mehrtägigen Streik durchgeführt hat und die Landesschülervertretung Protestmaßnahmen beschlossen hat. Noch besser wehren können werden sich die Schüler,** wenn sie aufgrund notwendiger und gerechter Forderungen zum Angriff auf den bürgerlichen Staat übergehen . . ."

Immer häufiger Widerstand gegen die staatliche Ausplünderung

Das Jahr hat in zahlreichen Städten gleich mit handfesten Verteuerungen der öffentlichen Tarife für den Nahverkehr, für Strom, Gas und Wasser und andere öffentliche Gebühren angefangen. Überall fallen die Stadtverwaltungen über den Geldbeutel der arbeitenden Bevölkerung her wie die Straßenräuber. Was diesen Beutelschneidern weniger gefällt: In immer mehr Städten lassen sich die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten, die Hausfrauen, Rentner, Schüler und Studenten das nicht mehr gefallen. Beraten und beschlossen wird regelmäßig unter Polizeischutz. In zahlreichen Städten finden Protestaktionen und Demonstrationen statt und den Verantwortlichen für die Ausplünderung des Volkes wird keine Ruhe mehr gelassen.

In **Wuppertal** beteiligten sich über 400 Menschen, meist Lehrlinge, Schüler und Studenten, an einer Protestkundgebung gegen Fahrpreiserhöhungen zwischen 17 und 30 Prozent. Aufgerufen hatte das Komitee gegen die Fahrpreiserhöhungen, in dem sich hauptsächlich unorganisierte Jugendliche, einige Mitglieder der „Roten Garde" und der Kommunistischen Gruppe Wuppertal zusammengeschlosen haben. Mit aufgerufen hatte das Wuppertaler Schülerparlament und das Studentenparlament der Gesamthochschule Wuppertal. Die Teilnehmer an der Kundgebung beschlossen, anschließend durch die Innenstadt zu demonstrieren. Als die Demonstranten die Schienen besetzten, um ihrem Protest Nachdruck zu geben, prügelte die Polizei auf die Demonstranten ein und nahm eine Reihe von ihnen fest. Selbst auf Kinder wurde eingeschlagen. Die Demonstranten erklärten der Bevölkerung, daß der Stadtrat offenbar seine Politik nur mit dem Polizeiknüppel durchsetzen könne. Es wurde gefordert „Sofortige Freilassung aller Festgenommenen!" und beschlossen, zum Polizeipräsidium zu marschieren. Wieder prügelte die Polizei drauflos. Sie mußte aber sehen, daß die Bevölkerung ihr abscheuliches Vorgehen überall verurteilte und mußte damit aufhören. Die Demonstranten beharrten vor dem Polizeipräsidium solange auf ihrer Forderung, bis die Festgenommenen unter großem Jubel freigelassen wurden. Noch am selben Abend wurde in einer großen Versammlung beschlossen, für den 17.1. zu einer erneuten Demonstration aufzurufen.



Wuppertal: Blockadeaktion



Kiel: 350 demonstrierten gegen Fahrpreiserhöhung

In **Bielefeld** demonstrierten am 10.1. 250 Menschen gegen die Verteuerung der Fahrpreise und von Gas und Wasser. Aufgerufen hatten das Arbeiterjugendzentrum, die Schülermitverwaltung der Carl-Severing-Berufsschule (Metall) und die Ortsgruppe des KBW.

In **Essen** nahmen am 6 Januar über 50 Menschen an einer Protestkundgebung gegen die am 1. Januar in Kraft getretene Erhöhung der Fahrpreise teil.

In **Kiel** demonstrierten am 10.1. 350 Menschen gegen die Fahrpreiserhöhungen bei der Kieler Verkehrs AG. Entlang des Demonstrationszuges wurden Plakate gegen die Tariferhöhungen an Gebäude und an die Busse geklebt. Die Demonstration, die Flugblätter und Plakate fanden bei der Bevölkerung viel Zustimmung.

In **Hamburg** demonstrierten am 2. Januar im Anschluß an eine Kundgebung des KBW am Hauptbahnhof 500 Menschen durch die Innenstadt, um gegen die Fahrpreiserhöhungen beim Hamburger Verkehrsverbund zu protestieren. Nachdem Anfang des Jahres 1975 die Fahrpreise schon wieder um 18 % erhöht worden waren, sollen die Hamburger jetzt noch einmal 10 % mehr bezahlen. Zahlreiche betriebliche und gewerkschaftliche Körperschaften haben dagegen schon protestiert, so die Betriebsversammlung der Gesamthafenbetriebsgesellschaft und die DGB-Kreisjugenddelegiertenkonferenz. Am Bahnhof Hoheluft meinte eine Frau: „Ja also, ich würde protestieren, ich würde mich auf die Schienen setzen und da sitzen bleiben. Ich bin sonst kein so'n Typ, sonst bin ich eher zurückhaltend. Aber das würde ich mir nicht gefallen lassen. Da würde ich mitmachen." So denken jetzt immer mehr. – (Red., nach Berichten)

§ 218 – Neue Parlamentsmanöver in Sicht

Seit Mitte des Sommers macht sich in Kreisen bürgerlicher Politiker eine stumme Hektik bemerkbar. Die „Rechtsunsicherheit" hinsichtlich des § 218 müsse endlich und zügig beseitigt werden, und je mehr diese endliche und zügige Beseitigung beschworen wird, um so deutlicher kommt heraus, daß für die Reaktion größere Schwierigkeiten entstanden sind, den verhaßten Paragraphen endgültig und zügig zu befestigen.

Die „Rechtsunsicherheit" hinsichtlich 218 ist tatsächlich stark entwickelt. Als in Darmstadt ein Prozeß auf Grundlage des § 218 angesetzt wurde und das Komitee gegen den § 218 dazu aufrief, diesen platzen zu lassen, entstand eine solche „Rechtsunsicherheit", daß seitens der Bourgeoisie ausgemacht wurde, diesen Strafprozeß lieber abzusetzen.

So eine „Rechtsunsicherheit" ist etwas Erfreuliches. Sie äußert sich vielfältig. Oft schon hat man gehört, daß Bundestagsabgeordnete, die sich im Bade des Volksjubels erquicken wollten, schleunigst ihre Sachen packten oder vorbeugend krank wurden, wenn sie hörten, es ginge um § 218.

Staatsanwälte schweben in der schrecklichsten Unsicherheit, ob sie nun Anklage erheben sollen, was ihnen die Gesetze erlauben und vorschreiben, oder ob es nicht staatstragender ist, zu zögern.

Richter werden unsicher, weil sie wissen, daß ihre Urteilsbegründung nicht einfach als ein „Spruch" hingenommen wird, sondern als politische Äußerung von den Massen bekämpft wird.

Schließlich entsteht auch noch bei den Beraterausschüssen und Ärzten Rechtsunsicherheit, weil die Enthüllungen über polizeimäßig freche Bevormundungen schmerzlich sind für jene Hüter des abendländischen Moralsortimentes.

Diese Situation ist für die Reaktionäre unerträglich wie erfreulich für die Volksmassen.

Während auf seiten der Reaktionäre sowie des staatlichen Unterdrückungsapparates Unsicherheit einreißt, ob und wie man den § 218 behaupten kann, breitet sich auf seiten der Volksmassen Sicherheit aus. Darüber, daß der § 218 durch und durch ungerecht und reaktionär ist und, das ist fast noch wichtiger, daß der Kampf gegen diesen Paragraphen mit dem Ziele seiner Beseitigung erfolgreich geführt werden kann.

In den bürgerlichen Rechtsverhältnissen ist es gewöhnlich so, daß der Staatsapparat geschlossen dasteht und sich der Gesetze, die diese Unterdrückungstätigkeit ordnen, sicher ist. Die Massen hingegen, die die Unterdrückung erleiden, sind rechtlos und der Willkür dieses Apparates einzeln preisgegeben.

Der wesentliche Erfolg der Bewegung gegen den § 218 besteht darin, daß schon jetzt bewiesen ist, daß es auch andersherum gehen kann. Dann nämlich, wenn sich die Massen unter den richtigen Forderungen zusammenschließen, sich nicht vom Blendspiegel der parlamentarischen Betrugsmaschinerie irritieren lassen, sondern ihre Interessen in selbständigen Aktionen hochhalten.

Nun ist es bald ein Jahr her, daß die Reaktion das Bundesverfassungsgericht als schweres Geschütz gegen die Volksbewegung für Streichung des § 218 in Stellung gebracht hgat. Das hohe Gericht hat die Granaten „Recht auf Leben" und „Menschenwürde" verschossen.

Das hat durch einen großen Knall alle erschrecken sollen. Dieses war auch gelungen, und wir haben damals schon festgestellt, daß es sich um eine glatte Unterschätzung handelt, wenn man dieses Urteil als die Fürze einiger alter Männer begreift. Diejenigen Kräfte, die unter der Losung der „Fristenregelung" in den Kampf gezogen waren und die Volksmassen zur Rücksichtnahme auf die Bourgeoisie aufgefordert hatten, gingen gänzlich auf die Linie der Rücksichtnahme auf die Bourgeoisie über und gaben die Ziele der Bewegung gegen den § 218 auf.

Ihnen stand der „Rechtsstaat" höher als das Recht der Volksmassen, das Abtreibungsverbot abzuschaffen und mit der staatlichen Bevormundung, Schikane und Verfolgung in dieser Sache Schluß zu machen.

Indessen hat sich im Kampf um den Paragraphen 218 erwiesen, daß die Volksmassen, wenn sie sich um klare Forderungen scharen, den parlamentarischen und staatsrechtlichen Spiegeleien der herrschenden Klassen widerstehen können und ihre Interessen in selbständigen Aktionen geltend machen können gegen den staatlichen Unterdrückungsapparat.

Das ganze vergangene Jahr über sind die Aktionen gegen den Paragraphen 218 nicht abgerissen, sondern haben zugenommen. Als im Herbst die Koalitionsparteien einen Entwurf vorlegten, war es schon so weit, daß sich auf diesen Entwurf niemand mehr einlassen wollte.



Hannover: Die Forderung nach Volksentscheid gegen den § 218 wird weithin sichtbar aufgemalt

So wurde erreicht, daß das Bundesverfassungsgericht seine Granaten zwar mit großem Knall abgeschossen hat, diese aber nunmehr fast ein Jahr lang nicht einschlagen konnten in Gestalt eines Gesetzes, das den Unterdrückungscharakter dieses Urteils in Gesetzesform umgießen und unterparlamentarisch segnen hätte müssen.

Die Bewegung gegen den § 218 kann mit einigem Stolz auf dieses Ergebnis zurückblicken.

Die Reaktionäre sind in dieser Frage ernstlich angeschlagen, aber keineswegs handlungsunfähig! Weil sie angeschlagen sind, werden und müssen sie jetzt ziemlich fieberhaft tätig werden.

Zu erwarten ist, daß die Parlamentarier unbedingt den § 218 „vom Tisch", also bestätigt haben wollen, bevor sich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts jährt.

Die herrschende Klasse muß mit dem Paragraphen vor das Parlament gehen. Anders kommt sie nicht zu ihrem Gesetz, und wenn sie nicht zu einer gesetzlichen Festlegung kommt, gilt zwar förmlich noch der alte Paragraph, aber die „Rechtsunsicherheit", von der vorher die Rede war, wird verstärkt um sich greifen.

Die herrschende Klasse muß versuchen, mit dem Mittel der parlamentarischen Verabschiedung den Volksmassen ihre Ohnmacht hinsichtlich des Kampfes um die Beseitigung des § 218 zu demonstrieren. Sie erwartet noch einigen Krawall bei der Behandlung und Verabschiedung im Bundestag, wo man dann verbittert vor dem Fernseheapparat sitzt und vielleicht noch eine Demonstration besucht. Dann, so meinen diese Lumpen, wird es einschlafen.

Wir möchten darauf hinweisen, daß nichts dafür spricht, daß es so ausgehen wird. Im Unterschied zu der Situation vor einem Jahre ist es heute erreicht, daß sich ein bedeutender Teil der Bewegung freigeschwommen hat von der Bindung an die parlamentarischen Instanzen und daß die Massen, die gegen den § 218 aufgetreten sind, heute sehen können, daß die Aktionen, die sie durchführen, durchaus eine Wirkung auf den bürgerlichen Staatsapparat haben, wenn auch die überregionale bürgerliche Presse sie sorgfältig totschweigt, um nicht etwa der Bewegung Nahrung zu geben.

Wir meinen, daß jetzt die Aufgabe der Bewegung gegen den § 218 in folgendem besteht: Erstens muß man es ausnutzen, daß mit der bisher erkämpften Verzögerung das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes immer mehr zu einem Popanz wird, den man anstechen kann und an dem nichts mehr würdig bleibt, wenn man es angreift. Zweitens, daß man die verstärkte parlamentarische Aktivität, die in den nächsten Wochen hinsichtlich 218 zu verzeichnen sein wird, ausnutzt, um durch die geeigneten Aktionen klarzustellen, daß der Standpunkt der Volksmassen in dieser Frage sich durch Parlamentsintrigen nicht mehr ändern läßt, sowie zur Vertiefung der „Rechtsunsicherheit" bei den verzweigten Stellen des Staatsapparates.

Die Verstärkung der parlamentarischen Betrugsversuche kann man hervorragend zur Verstärkung des Kampfes nutzen.

Gewöhnlich finden Parlamentsverhandlungen statt, damit den Volksmassen ihre Ohnmacht gezeigt wird gegenüber der Politik der herrschenden Klasse. Wenn die gegenwärtige Lage richtig genutzt wird, kann der Rummel um die neuerliche Behandlung des § 218 im Parlamente leicht zeigen, daß es in Wirklichkeit umgekehrt werden kann.

Die Komitees gegen den § 218 haben beschlossen, am 21. Februar, wenn sich das BVG-Urteil jährt, Demonstrationen in möglichst vielen Städten des Landes durchzuführen. Diese Aktionen müssen richtig vorbereitet werden, so daß es unübersehbar wird, daß die herrschende Klasse, falls sie den § 218 wirklich zu bestätigen wagt, nicht nur einen hohen Preis zahlt, indem das Vertrauen der Massen in den bürgerlichen Staat weiter erschüttert wird, sondern vor allem auch überhaupt nicht damit rechnen kann, den konkreten Kampf und die Bewegung, die sich unter den Forderungen: Weg mit dem Paragraphen 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218! zusammengeschlossen hat, vom Halse zu haben. Damit die herrschende Klasse weiß, daß sie mit einer erbitterten Fortsetzung des Kampfes rechnen muß, in dem sie von Anfang an schlecht dastehen wird. – **(mf)**

Presseerklärung des Ausschusses der Komitees und Initiativen gegen den § 218

Am Dienstag, dem 13. Januar, fanden Verhandlungen statt über gemeinsame Demonstrationen gegen die geplante Neuregelung des § 218 durch das Parlament zwischen dem Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218 und dem Sekretariat der Aktion gegen das Abtreibungsverbot. Der Ausschuß der Komitees und Initiativen hatte als Grundlage für eine Vereinbarung folgenden Vorschlag eingebracht:

1. Die Delegiertenkonferenz der Komitees und Initiativen gegen den § 218 und die Nationale Arbeitstagung der Aktion gegen das Abtreibungsverbot haben jeweils Demonstrationen zur dritten Lesung des § 218 im Parlament beschlossen. Ob und wann jedoch der § 218 in zweiter und dritter Lesung behandelt wird, wird von den Parteien bis heute im Unklaren gelassen. Der Kampf gegen den § 218 läßt sich durch Parlamentsmanöver nicht binden. Deshalb beschließen die Vertreter der genannten Organisationen, aus Anlaß der Jährung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts am Samstag, den 21. Februar, in allen Städten gemeinsame Demonstrationen für die ersatzlose Streichung des § 218 durchzuführen.

2. Für die Mobilisierung und Durchführung der Demonstrationen wird vereinbart:
a) Zeitpunkt und Ablauf der Demonstrationen werden in örtlichen Verhandlungen von den Vertretern der Komitees bzw. der Initiative gegen den § 218 und der örtlichen Gruppe der Aktion gegen das Abtreibungsverbot festgelegt.
b) Jede Organisation ruft zur Demonstration auf unter ihren Forderungen.
c) Es werden gemeinsame Kundgebungen durchgeführt, auf der beide Organisationen Rederecht haben. Über die Zeitdauer der Redebeiträge soll eine Vereinbarung getroffen werden.
d) In den Kundgebungsreden werden die beteiligten Organisationen gegenseitige Angriffe unterlassen.
e) Andere zur Demonstration aufrufende Organisationen erhalten nur Rederecht, wenn dies von beiden Organisationen gewünscht wird.
f) Sollte die zweite und dritte Lesung vor dem vereinbarten Demonstrationstermin liegen, so werden die Komitees und Initiativen und die Aktion gegen das Abtreibungsverbot diese Tage in Aktionstage gegen den § 218 verwandeln und zur Mobilisierung für die Demonstrationen am 21. Februar 1976 nutzen.

In den Verhandlungen konnte Einigkeit über alle in Punkt 2 vorgeschlagenen Regelungen erzielt werden. Die Aktion weigerte sich jedoch, die Demonstration auf das Ziel der ersatzlosen Streichung des § 218 festzulegen. Gegenüber dem Vorschlag des Ausschusses der Komitees und Initiativen, „in allen Städten gemeinsame Demonstrationen **für die ersatzlose Streichung des § 218** durchzuführen", sollte nach dem Willen der Aktion „Grundlage dieser gemeinsamen Demonstrationen ... die **Ablehnung des Abtreibungsverbotes** und dementsprechend ... des neuen § 218" sein. Unterstrichen wurde das durch die Erklärung der Aktion, eine eindeutige Festlegung müsse man vermeiden, um keinen „Gegner des Abtreibungsverbotes" abzuschrecken. Gemeint waren damit Organisationen, die den Kampf des Volkes gegen das staatliche Abtreibungsverbot auf bloße Reformen des § 218, wie etwa die Fristenregelung, beschränken wollen.

Fristenregelung bedeutet Aufrechterhaltung des staatlichen Abtreibungsverbotes. Man kann nicht gleichzeitig für und gegen den § 218 sein. Das aber versucht die Aktion. Daher mußten die Verhandlungen scheitern.

Gezeigt hat sich: Nicht die Forderung nach Volksentscheid gegen den § 218 ist der Trennungsstrich zwischen den Komitees und Initiativen gegen den § 218 und der Aktion gegen das Abtreibungsverbot, sondern die klare Forderung „Weg mit dem § 218!. Nur die Worte sind dieselben. Sie lehnt es ab, zu fordern und dafür den Kampf zu organisieren, daß Schluß sein muß mit der Bevormundung und Unterdrückung des Volkes durch den bürgerlichen Staat mittels des § 218. Sie lehnt es ab, daß sich das Volk das Recht auf Abtreibung erkämpft. Das ist der Grund, daß sie die Forderung der Komitees und Initiativen ablehnt, die dieses Recht für das Volk ausdrücklich fordern und angeben, wie es durchzusetzen ist: **Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!**

Die Linie der Aktion ist schädlich. Die Gegner des 1 218 müssen diese Linie bekämpfen. Der über hundertjährige Kampf gegen den § 218 hat schon mehrmals dazu geführt, daß „ein bißchen weniger § 218" durchgesetzt wurde. Das aber ist nicht sein Ziel. Es entspricht nicht dem Interesse des Volkes. Der § 218 muß abgeschafft werden. Nicht geht es um seine Reform. Das sollte die Aktion gegen das Abtreibungsverbot erkennen.

Der Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218 ruft alle Gegner des § 218 auf, sich an den Demonstrationen am 21. Februar zu beteiligen unter den Forderungen:
Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!
Mannheim, den 13. Januar 1976
Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218

Presseerklärung des Ausschusses der Komitees und Initiativen gegen den § 218 zum geplanten § 130 A (88 a)

Der Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218, der über 170 Komitees und Initiativen in der Bundesrepublik und Westberlin vertritt, protestiert schärfstens gegen die Pläne der Parlamentsparteien, durch die Verabschiedung eines neuen Strafgesetzes die Meinungs-, Informations- und Koalitionsfreiheit entscheidend zu beschneiden und damit demokratische Rechte durch Beschluß abzuschaffen, die das Volk für die Durchsetzung seiner Interessen notwendig braucht.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das den über hundertjährigen Kampf des Volkes für die Beseitigung des Unterdrückungsparagrafen 218 außerhalb der Verfassung gestellt hat und den § 218 in den Rang eines ewigen Wertes erhoben hat, haben die Komitees und Initiativen den Kampf gegen den § 218 weitergeführt unter den Forderungen:

Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes!
Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!

Für diese Forderungen sind die Komitees und Initiativen öffentlich eingetreten. Über den § 218 haben sie die Menschen informiert mit Ständen, auf Kundgebungen, in Veranstaltungen, bei Hausbesuchen. Mit Kollegen, Kommilitonen, Mitschülern, Mitbewohnern wurden Kampfschritte beraten, um die Forderung durchzusetzen: Dieser Paragraf muß weg! Unterschriften wurden gesammelt für die Unterstützung dieses Kampfes. Aufgerufen wurde zu Aktionen und Demonstrationen anläßlich der Lesungen des § 218 im Parlament.

Alle diese Schritte sind richtig und notwendig. Sie entsprechen den Interessen des Volkes. Es muß gegen den bürgerlichen Staat das Recht auf Abtreibung durchsetzen.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Forderung „Weg mit dem § 218" als verfassungsfeindlich erklärt. Der bürgerliche Staat rüstet sich, nach der Verabschiedung des § 218 im Parlament, seinen Willen durchzusetzen. Schon jetzt wird die Polizei auf Gegner des § 218 gehetzt und durch allerhand Schikanen ihre Tätigkeit behindert, um den Kampf zu unterdrücken. Sind erst Aktionen, Kundgebungen, Demonstrationen gegen den § 218 verboten, soll der geplante § 130 a (88 a) das Recht schaffen, bereits den Aufruf zum weiteren Kampf gegen dieses Unterdrückungsinstrument durch die Justiz verfolgen zu lassen.

Der geplante §130 a (88) ist die „würdige" Ergänzung zur geplanten Neuregelung des § 218: Beide dienen sie der Unterdrückung und Bespitzelung des Volkes durch den bürgerlichen Staat. Beide sollen die staatliche Willkür rechtfertigen. Weil überall der Widerstand des Volkes geen Ausplünderung und Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat wächst, soll ihm der Widerstand verboten werden. Die Komitees und Initiativen gegen den § 218 werden gegen dieses Maulkorbgesetz kämpfen, wie sie gegen den § 218 kämpfen.
Weg mit dem § 130 a (88 a)! Weg mit dem § 218!
Mannheim, den 12.1.1976 **Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218**

Urabstimmung für Streik vom Unipräsidenten für „rechtswidrig" erklärt

Tübingen. Vom 12.1. bis 21.1. findet an der Tübinger Universität eine Urabstimmung statt, in der entschieden wird, ob die Tübinger Studenten vom 26.1. bis 30.1. in den Streik treten. Diese Urabstimmung wurde während der Aktionstage im Dezember von den Studenten beschlossen. Sie richtet sich gegen die Rechtsaufsicht des Universitätspräsidenten, die politische Bespitzelung an der Universität und den Schießerlaß und gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen und materiellen Lage der BAFöG-Empfänger.

Der Präsident der Universität hat inzwischen die Durchführung der Urabstimmung und des Streiks als „rechtswidrig" verboten, die Urabstimmung dürfe nicht in den Räumen der Universität durchgefürt werden. Die Urabstimmung wurde dennoch bisher in den Räumen der Universität durchgeführt.

BAFöG-Umfrage

Karlsruhe. Im Zusammenhang mit den Aktionstagen des VDS führte die Arbeitsgruppe Soziales Anfang Dezember eine BAFöG-Umfrage durch. Es wurden 250 von 2200 Studenten befragt. Die wichtigsten Ergebnisse sind: 58 % der Studenten sind BAFöG-Empfänger (im Bundesdurchschnitt 28 %). Der durchschnittliche BAFöG-Empfänger bekommt 340 DM im Monat. Nicht berücksichtigt sind die, die diesmal überhaupt nichts mehr bekommen! Etwa die Hälfte kriegt weniger als im letzten Förderungszeitraum. Im Durchschnitt sind es 70 DM weniger. Ursache für die Kürzung ist in den meisten Fällen eine Erhöhung des Einkommens der Eltern! 25 % erhalten den Höchstbetrag von 500 bzw. 420 DM, was noch erheblich unter dem Existenzminimum von 600 DM liegt. 10 % arbeiten regelmäßig **während** des Studiums. 2/3 der Befragten wohnen nicht mehr zu Hause. Für sie beträgt die durchschnittliche Miete 155 DM. Viele Studenten konnten keine Angabe machen, da sie noch keinen Bescheid erhalten haben. Die Ergebnisse der Umfrage waren eine gute Hilfe bei der Diskussion und zeigen, wie berechtigt die Forderung der Studenten nach Erhöhung des Förderungsbetrages auf 600 DM und des Elternfreibetrages auf 1200 DM ist. – **(a)**

Resolution gegen den § 130 a (88 a)

Resolution gegen den § 130 a (88 a)

Frankfurt. Die Fachbereichskonferenz Sozialpädagogik der Fachhochschule Frankfurt (M.) verabschiedete mit 2 Enthaltungen am 22.12.75 folgende Resolution, die von der „Roten Listen" eingebracht worden war.

„Die geplante 13. Strafrechtsänderung soll ohne breite Öffentlichkeit eiligst vom Bundestag verabschiedet werden.

Sie beinhaltet eine Neuformulierung des § 126 StGB (Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten) und den neuen darauf abgestimmten § 88 a (bzw. 130 a).

Dieses Gesetz (wie auch das KPD-Verbot, Notstandsgesetze und Ministerpräsidentenbeschluß gegen Radikale im öffentlichen Dienst) bedeutet einen weiteren Schritt zur Einschränkung der elementaren Rechte der Bevölkerung:
- nehmen Schüler und Studenten die Verschlechterung von Ausbildungsbedingungen nicht hin,
- treten Arbeitnehmer aktiv gegen die Verschlechterung ihrer Situation am Arbeitsplatz ein,
- werden Beiträge veröffentlicht oder Diskussionen geführt, die *'die Propagierung der Gewalt'* so formulieren, *'als handele es sich um eine theoretische Abhandlung über den Ablauf von Revolutionen und der dabei anzuwendenden Methoden'* (aus der Begründung des Regierungsentwurfs), so ist das Gewalt und wird mit bis zu drei Jahren Freiheitsentzug (oder Geldstrafe) bestraft.

Die Fachbereichskonferenz des Fachbereichs Sozialpädagogik an der Fachhochschule Frankfurt (M.) verurteilt die geplanten Zensurmaßnahmen! Besonders im Hinblick auf das eigene Arbeitsgebiet protestiert die Fachbereichskonferenz gegen den geplanten § 88 a (130 a), der eine kritische Gesellschaftsanalyse ebenso unmöglich machen soll, wie eine veränderte Praxis der Sozialarbeit und Sozialpädagogik."

Die Auflösung des AStA wird nicht hingenommen

Urabstimmung und Streik der Mainzer Fachhochschulstudenten

Mainz. Am Mittwoch, dem 14.1., rief der AStA der Fachhochschule Rheinland-Pfalz Abt. Mainz 1 die Studenten zum Streik auf. Es war dies die Antwort der Studenten auf die Amtsenthebung des AStA durch das Kultusministerium im Dezember letzten Jahres.

Dem am 20.11.75 von den Studenten gewählte AStA wurde am 9.12. durch das Kultusministerium mitgeteilt, er sei nicht rechtmäßig zustandegekommen, da eine genehmigte Satzung und Wahlordnung fehle. Die finanziellen Mittel des AStA wurden gleichzeitig gesperrt und damit die durch die Studenten für ihre Interessenvertretung aufgebrachten Beiträge. Den AStA-Mitgliedern wurden strafrechtliche Schritte angedroht, sollten sie sich dieser Anordnung nicht fügen.

Was hat es mit der nichtvorhandenen Satzung auf sich? Sage und schreibe seit 1972 liegt dem Kultusministerium eine von der Studentenschaft gebilligte Satzung vor, in der das politische und imperative Mandat des AStA festgelegt ist. 4 Jahre lang hat sich das Ministerium zu dieser Satzung, auf deren Grundlage der AStA arbeitete, nicht geäußert, und jetzt will es mit dem Argument, eine Satzung wäre nicht da, den AStA auflösen.

In einer Vollversammlung beschlossen die Studenten daraufhin, eine Urabstimmung durchzuführen, in der über den Gegenschlag der Studenten gegenüber diesem Angriff des Kultusministeriums entschieden werden sollte. Bei der Diskussion, in welcher Form der Gegenschlag geführt werden sollte, z.B. Streik jetzt oder Streik erst im nächsten Semester, zeigte sich die schwierige Situation der Studenten. Einerseits existierte eine breite Bereitschaft, den AStA mit imperativem und politischem Mandat als Interessenvertretung zu verteidigen. Andererseits führt der ungeheuerliche Klausuren- und Prüfungsdruck (bis zu 15 Klausuren am Ende eines Semesters sind keine Seltenheit) dazu, daß viele Studenten nur noch von Klausur zu Klausur rennen, um am Semesterabschluß ihre Scheine zu erhalten.

Das Ergebnis der Urabstimmung zeigte aber, daß gerade in dieser Situation immer mehr Studenten erkennen, wie notwendig für sie eine starke Interessenvertretung ist. Trotz ungünstiger Bedingungen – 10 Prüfungssemester waren kaum oder gar nicht an der Fachhochschule – wurde eine Wahlbeteiligung von 39,9 % erzielt. Davon sprachen sich 64 % für einen Streik noch in diesem Semester aus und 81,5 % traten dafür ein, die Beträge an den AStA bereits in diesem Semester auf ein nur dem gewählten AStA zugängliches Konto zu überweisen. Das Ergebnis der Urabstimmung zeigt die Kampfbereitschaft der Studenten, sich mit einem Streik gegen den Schlag des Kultusministeriums zur Wehr zu setzen.

Auch die Landesastenkonferenz begrüßte in einer Resolution dieses Vorgehen der Mainzer Studenten. Sie forderte weiterhin die Studenten von Rheinland-Pfalz auf, sich – sollte das Kultusministerium die für 15.1. angedrohte Diktierung einer Wahlordnung wahr machen – durch die Durchführung von Warnstreiks dagegen zur Wehr zu setzen. Weiterhin beschloß die Landesastenkonferenz: „Sollte das Kultusministerium von Rheinland-Pfalz in seinen Angriffen gegen die Verfaßte Studentenschaft nicht zurückstecken, beschließt die Landesastenkonferenz bereits heute die Vorbereitung von Kampfaktionen im Sommersemester 1976."

Der Geheimerlaß muß vom Tisch!

Ein Erlaß, der das Ausmaß der Bespitzelung an der Hochschule offenbart

Kassel. Im Oktober beschloß das hessische Kultusministerium einen Erlaß, der die Einstellungsbedingungen für die Anwärter des öffentlichen Dienstes des Landes Hessen betrifft. Recht aufschlußreich ist dieser Geheimerlaß, der vom AStA der Gesamthochschule Kassel veröffentlicht wurde, weil er zeigt, wie umfassend das staatliche Bespitzelungs- und Überwachungssystem im öffentlichen Dienst ausgebaut wird.

In ihrer Sitzung am 17.12.1975 befaßte sich die Konferenz der Organisationseinheit Kunst an der Gesamthochschule Kassel mit dem sogenannten „Geheimerlaß" des hessischen Kultusministeriums im Zusammenhang mit dem gegenwärtig in der Bundesregierung diskutierten § 130 a (88 a).

So bekamen z.B. die nebenamtlichen Studienberater an der Gesamthochschule Kassel (GHK), die für dieses Semester angestellt werden (10 Stunden in der Woche), einen Vertrag vorgelegt, in dem sie sich in einer „Zusatzvereinbarung" (§ 9) einverstanden erklären sollten, daß ihre Einstellung vorbehaltlich der Überprüfung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz erfolge.

Nach längerer Diskussion einigte sich die Konferenz der Organisationseinheit Kunst auf folgende Resolution:

„Bezugnehmend auf die diesbezügliche Veröffentlichung des AStA der GHK und der Stellungnahme des Gründungsbeirates fordert die Organisationseinheit Kunst die sofortige

liche Veröffentlichung des AStA der GHK und der Stellungnahme des Gründungsbeirates fordert die Organisationseinheit Kunst die sofortige

Rücknahme des Erlasses und damit die Beendigung der politischen Überprüfung und Bespitzelung aller Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die Rücknahme der Einsetzung von Geheimschutzbeauftragten und der Führung von Listen.

1. Die Organisationseinheit Kunst beschließt, beim Gründungsbeirat nachzufragen, ob für die GHK ein Geheimschutzbeauftragter bestellt wurde, bzw. Dienststellenleiter beauftragt wurden.
2. Die Mitglieder der Organisationseinheit Kunst lehnen es prinzipiell ab, solche Aufgaben zu übernehmen und Kontrollen durchzuführen.
3. Die Organisationseinheit Kunst unterstützt Aktivitäten von betroffenen Mitgliedern der Hochschule, die sich gegen diese Maßnahmen richten.
4. In der Organisationseinheit Kunst vom 7.1.1976 wird die Diskussion um diesen Erlaß noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt. Der Organisationseinheits-Leiter wird gebeten, bis dahin die nötigen Informationen zu besorgen."

Die Versammlung der Mitarbeiter des Modellversuchs Studienberatung an der Gesamthochschule Kassel forderten ebenfalls einstimmig die Rücknahme dieses Erlasses sowie die Einstellung der vom Kultusministerium aus politischen Gründen nicht eingestellten Mitarbeiterin Christine Fischer-Defoy. (Nach: Ortsbeilage Kassel, Nr. 51/75)

aus politischen Gründen nicht eingestellten Mitarbeiterin Christine Fischer-Defoy. (Nach: Ortsbeilage Kassel, Nr. 51/75)

Der Geheimerlaß

Ab sofort ist nach folgenden Bestimmungen strikt zu verfahren:

1. Vor jeder Ein- bzw. Anstellung in den hessischen Landesdienst ist für den vorgesehenen Bewerber ohne Rücksicht auf Art, Dauer und Umfang des beabsichtigten Beschäftigungsverhältnisses die Auskunft des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen ... einzuholen. Dies gilt auch
- für alle Bewerber, die von öffentlichen Dienstherren in der Bundesrepublik ... übernommen werden sollen;
- bei Wechsel eines Bediensteten zu einer anderen Dienststelle innerhalb des hessischen Landesdienstes;
- für alle Bewerber auf Ausbildungsplätze gleich welcher Art (z.B. Beamtenanwärter, Praktikanten, Lehrlinge o.ä.);
- für alle Ausländer.

1.4 Bei der Berufung von Professoren, Dozenten und Fachhochschullehrern haben die Präsidenten und Rektoren der Hochschule für alle vorgeschlagenen Bewerber den Antrag auf Erteilung einer Auskunft (PZD-Belege) ausgefüllt mit dem Berufsvorschlag vorzulegen. Als „auftraggebende Behörde" ist einzutragen: „Hess. Kultusministerium"; Aktenzeichen und Datum sind offen zu lassen.

2. Die Ein- bzw. Anstellung von Bewerbern in den hessischen Landesdienst darf erst erfolgen, wenn deren Überprüfung durch das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen abgeschlossen ist und diese keine Hinderungsgründe ergeben hat.

4. Kontrolle der Anfrage

Die Anfragen und Auskünfte sind in einer besonderen Liste zu registrieren, die vom Geheimschutzbeauftragten zu führen und entsprechend den Bestimmungen der VS-Anweisungen zu verwahren ist. Ist kein Geheimschutzbeauftragter bestellt, hat der Dienststellenleiter diese Aufgabe wahrzunehmen.

4.1 Der Geheimschutzbeauftragte oder, falls kein Geheimschutzbeauftragter bestellt ist, der Dienststellenleiter kann die Führung dieser Liste nur auf einen Bediensteten delegieren, der gemäß den Bestimmungen der VS-Anweisungen für das Land Hessen vom 1.10.56 mindestens zum Umgang mit Verschlußsachen bis zum Geheimhaltungsgrad „VS-vertraulich" ermächtigt und verpflichtet worden ist.

4.2 Nach Registrieren der Auskünfte sind diese zu vernichten. Eventuelle Entwürfe von Anfragen sind bei Eingang der Auskunft ebenfalls zu vernichten.

4.3 In die Personalakten sind keine Hinweise auf den Schriftwechsel mit dem Landesamt für Verfassungsschutz aufzunehmen.

sind offen zu lassen.
2. Die Ein- bzw. Anstellung von Bewerbern in den hessischen Lan-
keine Hinweise auf den Schriftwechsel mit dem Landesamt für Verfassungsschutz aufzunehmen.

Mensaboykott gegen staatliche Ausplünderung

Geschäftsführer des Studentenwerks zur Rede gestellt

Karlsruhe. Zum 7.1.1976 wurden die Mensapreise für die Studenten der Universität, der Pädagogischen Hochschule und Fachhochschule Karlsruhe um 30 Pfennig von 1,50 DM auf 1,80 DM erhöht. Die Mensa der Pädagogischen Hochschule und Fachhochschule uwrde daraufhin von den Studenten am 7.1. und 8.1. boykottiert und eine Notmensa eingerichtet.

Durch den Boykott, an dem sich etwa 60 % der Studenten beteiligten, und eine Unterschriftensammlung war der Geschäftsführer des Studentenwerks gezwungen, am 12.1. auf einer Veranstaltung vor den Studenten Rede und Antwort zu stehen.

Der Geschäftsführer des Studentenwerkes versuchte die Mensapreiserhöhung von 30 Pfennig durch allmächtige Sachzwänge zu rechtfertigen. Da 10 Pfennig von seiten des Landes auferlegt wurden, müsse der Verwaltungsrat des Studentenwerkes uns diese aus der Tasche ziehen. Obwohl er versuchte, mit einem *„mir persönlich tut es leid, ich bin ja gar nicht schuld ..."* uns zu besänftigen, bekannte er sich klar zu seiner Aufgabe als ausführende Hand des Staates, indem er sich weigerte, öffentlich für die Rücknahme der Mensapreiserhöhung einzutreten.

Auch wollte er uns davon überzeugen, daß wir die gestiegenen Kosten für die Einkaufspreise selbstverständlich noch mal mit einer Erhöhung von 20 Pfennig zu bezahlen hätten. Doch da waren wir anderer Meinung. Die Bundesregierung kürzt uns die Ausbildungsförderung und die Landesregierung die Zuschüsse zum Mensaessen.

Bis vor kurzem, bevor durch das neue Studentenwerksgesetz ein solcher Verwaltungsrat eingeführt worden war, hatten die Länderregierungen erhebliche Schwierigkeiten, Mensapreise und Wohnheimmieterhöhungen durchzusetzen. Zu oft hatten sich dazu die von den Studenten selbst verwalteten Studentenwerke hierzu nicht gewinnen lassen.

Diesen Stein im Weg der Ausplünderung der Studenten haben nun auch alle Landesregierungen durch die Einsetzung eines staatshörigen Verwaltungsrat aus dem Weg geräumt. Doch offensichtlich geriet die Landesregierung damit vom Regen in die Traufe. Fast überall werden Mensen wegen Preiserhöhungen boykottiert. Das Treiben der Verwaltungsräte wird an's Tageslicht gezerrt.

Auf der Veranstaltung gab es großen Beifall als die Forderung erhoben wurde: **Recht auf Selbstverwaltung aller studentischen Sozialeinrichtungen und ihre Finanzierung durch den Staat.**

Vor den Augen des Geschäftsführers wurden noch auf der Versammlung beschlossen, daß der schon seit drei Tagen durchgeführte Mensaboykott in der PH bis zum Ende der Woche fortgesetzt wird. Es wird darauf hingearbeitet, daß von den Studenten auf der nächsten Sitzung des Verwaltungsrates die Forderung nach Zurücknahme der Mensapreiserhöhung genügend laut wird. – **(e, Karlsruhe)**

Universität Marburg Streik der Zahnmedizinstudenten

Marburg. Die Marburger Zahnklinikstudenten sind in den unbefristeten Streik getreten. Anlaß dazu war, daß 27 von ihnen die Mitteilung erhielten, sie könnten nicht weiter ausgebildet werden.

Die Sparmaßnahmen der hessischen Landesregierung, dreimonatige Stellenbesetzungssperre und Stellenreduzierung, Streichungen von Urlaubsvertretungen, hatten die Arbeitshetze für die Bediensteten der Marburger Zahnklinik drastisch verschärft.

Auch auf die Ausbildung der Zahnmedizinstudenten, die besonders bei der praktischen Behandlungstätigkeit am Patienten auf die wissenschaftlichen Angestellten und Professoren angewiesen sind, haben sich diese Einsparungen ausgewirkt.

Bereits im Juni letzten Jahres hatten die wissenschaftlichen Angestellten erklärt, daß sie nicht bereit seien, den bevorstehenden Personalabbau durch noch größere Lehrbelastung aufzufangen. Die Landesregierung hat ihre Sparmaßnahmen trotzdem durchgeführt, so daß jetzt, als vier wissenschaftliche Angestellten-Stellen gestrichen wurden, für 27 der Zahnmedizinstudenten keine Ausbildungsmöglichkeiten mehr vorhanden sind.

Die 350 Studenten der Zahnklinik erklärten sich daraufhin mit ihren 27 Kommilitonen solidarisch. Auf einer Vollversammlung beschlossen sie bei nur vier Enthaltungen, ab 7. Januar in einen unbefristeten Streik zu treten, der immer noch andauert. Der Streik richtet sich gegen die Sparmaßnahmen der Regierung und gegen den Ausschluß der 27 Kommilitonen vom Studium. In Flugblättern, Wandzeitungen, Informationsständen in der Stadt und in Presseerklärungen fordern die Studenten: Unverzügliche Wiederbesetzung der leerstehenden Personalstellen in der Klinik! Die wissenschaftlichen Angestellten und Professoren an der Zahnklinik sowie viele Patienten und Passanten unterschrieben die Forderung der Studenten. – **(b., Zahnklinik Marburg)**



Freispruch im Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung

Braunschweig. Am 6.1.1976 wurde der vor der Dritten Großen Strafkammer des Landgerichts Braunschweig – Staatsschutzkammer – wegen Wehrkraftzersetzung angeklagte Genosse und ehemalige Soldat U. Probst freigesprochen.

Der Genosse war angeklagt, „auf Angehörige der Bundeswehr planmäßig eingewirkt zu haben, um deren pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und der verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben und sich dadurch absichtlich für Bestrebungen gegen die Sicherheit der BRD eingesetzt zu haben" (aus der Anklageschrift). Die Anklage bezieht sich auf folgende „Tatbestände": Der ehemalige Panzerkanonier hat auf der Gründungsversammlung des Soldaten- und Reservistenkomitees Braunschweig (SRK) im Oktober 1974 die Zustände bei der Bundeswehr anhand eigener Erfahrungen geschildert. Außerdem hat er innerhalb der Kaserne einem Kameraden im September 1975 eine „Militärzeitung" (Organ des Soldaten- und Reservistenkomitees Braunschweig) gegeben.

Die ganze Prozeßführung war darauf angelegt, die politischen Ziele des Angeklagten in die Ecke der Kriminalität zu drängen. Der Angeklagte ist Mitglied im KBW und im Soldaten- und Reservistenkomitee. Um seine Tätigkeit im Soldaten- und Reservistenkomitee ging es in diesem Verfahren in erster Linie. Die Forderung nach Zersetzung der bürgerlichen Armee und nach ihrer Ersetzung durch die allgemeine Volksbewaffnung widerspreche der Verfassung, und derjenige, der auf Grundlage dieser Forderung arbeitet, müsse strafrechtlich verfolgt werden. Davon ging die Staatsanwaltschaft aus.

Deshalb beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten und – falls das Gericht sie zur Bewährung auszusetzen gedenke – zusätzlich eine Geldbuße von 1000 DM.

Das Gericht dagegen sprach den Angeklagten frei. Ein „planmäßiges Einwirken auf Angehörige der Bundeswehr" sei dem Angeklagten nicht nachzuweisen gewesen, da gar nicht sicher sei, daß überhaupt Soldaten auf der Veranstaltung gewesen seien. Im Falle der Weiterverbreitung der Militärzeitung in der Kaserne sei zwar ein „planmäßiges Einwirken" vorhanden, die „Verfassungsfeindlichkeit" also erwiesen, aber da der Angeklagte im KBW Mitglied sei und als KBW-Mitglied im Soldaten- und Reservistenkomitee fraktionsmäßig gearbeitet habe, hätte der Angeklagte das Interesse des – nicht verbotenen – KBW vertreten und deshalb gelte für den Angeklagten das „Parteienprivileg".

Auch funktionierten die von der Staatsanwaltschaft aufgebotenen Zeugen überhaupt nicht in ihrem Sinn:

Ein als Zeuge geladener Soldat berichtete, daß er vom Sicherheitsoffizier (S 2) den **Befehl** bekommen hatte, als Spitzel zur Gründungsversammlung des Soldaten- und Reservistenkomitees zu gehen. Da er aber kein sonderlich großes Interesse an dieser Art von Dienst hatte, konnte er dem Gericht nicht viel vom Ablauf der Veranstaltung berichten.

Der ehemalige Kompaniechef des Angeklagten mußte zugeben, daß er bei dem Angeklagten eine rechtswidrige Spinddurchsuchung im Wertfach mit anschließender Beschlagnahme von Materialien durchgeführt hatte.

Der ehemalige Spieß des Angeklagten mußte zugeben, daß er aus reiner Bequemlichkeit den Angeklagten damals „gebeten" hate, seine vom Manöver her dreckigen Stiefel zu putzen, während er selbst in der Unteroffizierskantine Bier getrunken hat.

Gibt es ein besseres Beweisstück für die Behauptung, daß in der Bundeswehr Schikane und Unterdrückung herrscht? Oder wie soll man die dort geschilderten Verhältnisse beim Bund sonst werten? Den Beweis für die Gerechtigkeit des Vorgehens des Angeklagten lieferte somit das Verfahren selbst. (SRK Braunschweig)



Ein solches Lasergewehr, mit dem der US-Soldat Zielübungen durchführt, soll bei der US-Armee eingeführt werden. Es dient zum Anvisieren von Zielen für Projektile aller Art.

Anzeige wegen Verunglimpfung



Bremen. Zwei Mitglieder des Soldaten- und Reservistenkomitees Bremen bekamen Anzeige nach § 90 a StGB wegen Verunglimpfung. Sie hatten mit schwarz-rot-goldenen Lettern auf ein Stellschild „BUNDESWEHR" geschrieben und den Charakter der Bundeswehr mit dem Bundesadler dargestellt, indem sie ihm in die eine Kralle einen Arbeiter und in die andere ein erdölförderndes Land zeichneten. Auf dem Gelände des Berufsschulzentrums Bremen, in dem der größte Teil der Arbeiterjugendlichen ihren wöchentlichen Berufsschultag hat, machten wir vom Soldaten- und Reservistenkomitee einen Stand mit diesen Stellschildern. Ziel war, während der Schulpause die Jugendlichen über die Bundeswehr zu informieren. Das führte zu breiten Diskussionen unter den Berufsschülern, so daß der Direktor den Stand weghaben wollte. Als wir nach zweimaliger Aufforderung, fernzubleiben, in der nächsten Pause wiederkamen, hetzte er eine Polizeistreife auf uns und erstattete Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Gegen dieses Vorgehen wandten sich die 700 Jugendlichen, die kürzlich am „Jugendtribunal" teilnahmen.

Festnahme – Weil ein Soldat sich nicht waschen wollte

Kürzlich ereignete sich in einer Kompanie meiner Kaserne folgendes:

Kurz nach dem Wecken ging der Unteroffizier vom Dienst (UvD) durch die Stuben. Dabei traf er auf einen Soldaten, der gerade beim Anziehen war und – noch schlaftrunken und wohl auch etwas „verkatert" – auf seinen Anruf nicht weiter reagierte. Daraufhin befahl der UvD diesem Soldaten, sich sofort zu waschen. Der Soldat ließ sich auch durch den wiederholten Befehl beim Anziehen nicht weiter stören. Ende vom Lied: der UvD nahm den Kameraden vorläufig fest und lieferte ihn im „Bau" ab!

Eigentlich ganz schön lächerlich von diesem UvD, sollte man meinen. Tatsache ist, der Unteroffizier hat nichts getan, wozu er nicht laut Vorschrift verpflichtet gewesen wäre!

Gemäß der „zentralen Dienstvorschrift für den inneren Dienst" (ZDV 10/5) ist der UvD verpflichtet:
(ZDV 10/5) ist der UvD verpflichtet:
– 5 Minuten nach dem Wecken einen Durchgang durch alle Mannschaftsstuben zu machen, um das Aufstehen zu kontrollieren.
– Anschließend zu überwachen, daß sich die Mannschaften vorschriftsmässig waschen.

Die Mannschaften ihrerseits sind verpflichtet:
– binnen 5 Minuten nach dem Wecken aufzustehen. Wer dann noch im Bett liegt, begeht bereits ein Dienstvergehen und kann dafür bestraft werden;
– sich unverzüglich nach dem Aufstehen mit bloßem Oberkörper zu waschen. Wer sich im Unterhemd wäscht, kann ebenfalls bestraft werden!

Des weiteren heißt es im § 17 der Wehrdisziplinarordnung: „Jeder Disziplinarvorgesetzte kann Soldaten, die seiner Disziplinargewalt unterstehen, wegen eines Dienstvergehens vorläufig festnehmen, wenn es die Aufrechterhaltung der Disziplin gebietet."

Man sieht also, es ging bei dem geschilderten Vorfall alles mit „rechten Dingen" zu. Bleibt die Frage, wozu solche Vorschriften, wozu diese kleinliche Kontrolle und Überwachung selbst der geringfügigsten Tätigkeiten? Es ist an sich ja doch offensichtlich gleichgültig, ob ein Soldat in 5 oder 15 Minuten aufsteht (in meiner Kompanie z.B. ist Wecken um 5.45, Dienstbeginn aber erst um 7 Uhr), es ist genauso gleich-
erst um 7 Uhr), es ist genauso gleichgültig, ob man sich morgens im Unterhemd wäscht (und meinetwegen dafür abends duscht) oder nicht.

„Der Soldat muß seinen Vorgesetzten gehorchen", (§ 11 des Soldatengesetzes). Befehl und Gehorsam – das jämmerliche Glaubensbekenntnis noch jeder bürgerlichen Armee. Und wie heißt es doch so „treffend" im Taschenbuch für Wehrausbildung: „Damit der Soldat im Krieg bestehen kann, sind schon im Frieden erforderlich:
– die Einsicht in die Notwendigkeit des Gehorsams;
– ... „Der Gehorsam im Frieden ist der Schlüssel zum Erfolg im Krieg"!

Mit anderen Worten: wer heute nicht dazu erzogen wird, blind zu gehorchen, blind für Sinn und Zweck der Befehle, der wird sich im Kriegsfall eben nicht widerstandslos für die imperialistischen Ziele der westdeutschen Bourgeoisie auf die Schlachtbank führen lassen.

Diesem Zweck des blinden Kadavergehorsams dient letztlich die **systematische** Ausweitung der Kontrolle und Entrechtung, des Prinzips von Befehl und Gehorsam auf jede noch so geringfügige Tätigkeit im Tagesablauf des Soldaten. Wecken auf Befehl, Aufstehen auf Befehl, Waschen auf Befehl, Anziehen auf Befehl, Essen auf Befehl, Stubenreinigen auf Befehl, Dienstbeginn auf Befehl, Zigarettenpause auf Befehl, Zigaretten aus auf Befehl, Mütze ab auf Befehl, ... Der Soldat ist nichts, hat nichts, darf nichts – außer gehorchen. Keine Minute am Tag soll dies in Vergessenheit geraten.

Zu solchen Methoden ist eine Armeeführung gezwungen, die weiß, daß die Masse der Soldaten mit Auftrag und Zweck dieser Armee nichts im Sinne hat. Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Zimmermann, hat dies in seinem Schlußwort auf der 20. Kommandeurstagung mit erfreulicher Offenheit ausgesagt. Die hierarchische Struktur der Bundeswehr, so Zimmermann, sei notwendig, um die politische Loyalität sicherzustellen! Im Klartext: Der Herr Admiral geht davon aus, daß das Volk gegen die Bundeswehr ist und daß man deshalb die „Loyalität" der jungen Arbeiter, Schüler und Studenten, die per Gesetz zum Dienst in dieser Armee verpflichtet werden, mit Gewalt erzwingen muß!

– Es ist an der Zeit, mit solchen Herren und einer solchen Armee Schluß zu machen. – (**hd,** Wolfhagen)

Politische Zensur an der Berufsschule: Thema: „Unsere Bundeswehr"

Bremen. Das Thema der Klassenarbeit war: „Unsere Bundeswehr". Die Klassenarbeit sollte feststellen, was wir nach zwei Monaten Gemeinschaftskundeunterricht über dieses Thema gelernt haben. Eigentlich war der Unterricht nicht schlecht. Wir hatten einen Soldaten vom Soldaten- und Reservistenkomitee und einen Werbeoffizier der Bundeswehr eingeladen und mit ihnen über den Bund diskutiert. Der Offizier hat dabei keine gute Figur gemacht. Unser Lehrer, Herr Vaumund, war vor allem um „Ausgewogenheit" bemüht, was nicht leicht ist bei diesem Thema.

Bei der Bewertung der Klassenarbeit konnte dem Staatsauftrag zur Erziehung der Jugend Genüge getan werden. Frage in der Klassenarbeit: „Was ist eine imperialistische Zielsetzung?" Meine Antwort: „Als imperialistische Politik bezeichnet man eine Politik, die darauf aus ist, andere Staaten, Völker, Nationen zu unterwerfen." Ich habe dann weiter geschrieben: „In den imperialistischen Staaten ist die Konzentration und Zentralisation des Kapitals soweit fortgeschritten, daß die Monopole zur vorherrschenden wirtschaftlichen Macht geworden sind, daß das Industriekapital und das Bankkapital zum Finanzkapital verwachsen sind. Der Export von Kapital wird auf immer höherer Stufenleiter durchgeführt. Auf der Ebene der Politik bedeutet der Imperialismus nach innen die Tendenz zur Reaktion und Abschaffung aller demokratischen Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes. Nach außen bedeutet er Aggression gegen kleinere und schwächere Nationen, insbesondere gegen Länder der Dritten Welt."

Dieser Absatz ist rot angestrichen und mit einem Ausrufungszeichen versehen. Als ich den Lehrer fragte warum, war die Antwort: „Wissenschaftlichen Sozialismus gibt's nicht! Die Monopole sind nicht zur vorherrschenden ökonomischen Macht geworden." Deswegen gab es einen Punkt Abzug.

Eine andere Frage war: „Nennen Sie mindestens zwei Argumente für ein Berufsheer und zwei für die allgemeine Wehrpflicht." Ich habe geschrieben: „Nur durch die allgemeine Wehrpflicht kann sich die Arbeiterklasse und das Volk im Waffenhandwerk üben, so daß es sich in die Lage versetzt, den bewaffneten Aufstand durchzuführen." „Gewalt ist kein Argument; solange ich hier Lehrer bin, wird Gewalt als Argument nicht akzeptiert", schrieb mein Lehrer dazu. Zwei Punkte Abzug gab es deswegen. – (**rb**, Bremen)

Flutkatastrophe: Wie die Bundeswehr geholfen hat ...

Kollegen aus der 3. Kompanie des Jägerbataillons 162, Wentorf, haben uns folgenden Sachverhalt geschildert:

Die dritte Kompanie hatte eigentlich bis zum 6. Januar Neujahrsdienstbefreiung. Aber natürlich war auch diese Einheit von der Mobilmachung der Soldaten aus Norddeutschland betroffen: Über ein Dutzend Kollegen trafen bis Samstagabend in der Kompanie ein. Nun fragt man sich, was für volksverbundene und lebensrettende Einsätze warteten auf diese Kameraden?! Wofür haben sie ihren Urlaub abgebrochen?

Die meisten Kollegen haben bloß alarmbereit warten müssen. Irgendwo hat man noch einen Bergepanzer hingeschickt.

Der einzige Einsatz der dritten Kompanie ging kurz vor Mitternacht los. Zwei Soldaten und ein Unteroffizier wurden mit einem – extra von der Fahrschule ausgeliehenen – Mannschaftstransportwagen auf Anweisung der Bataillonsführung in Marsch gesetzt.

Wohin? Nach Wedel. In die Gegend beim Jachthafen. Zu wem? Zu einem Hauptmann der Bundeswehr!

Diesem Offizier haben sie dann „die Bäume, die im Garten rumlagen, beiseite geräumt" und versucht, seinen Keller leerzupumpen, wo „Möbel weggeschwemmt" waren.

Nach dem, was wir hörten, haben sie nur dort geholfen – in der Umgegend waren die Feuerwehr und andere beschäftigt.

Wie kommt der Kommandeur des Jägerbataillons 162 dazu, drei Soldaten mit einem gepanzerten Mannschaftstransportwagen von Wentorf nach Wedel zu schicken, über eine Entfernung von 40 Kilometern, zu einem Hauptmann, einem Offizierskumpan? **Nur** drei Soldaten – **nur** für jenen Hauptmann!

Wie die Katastrophenhilfe der Bundeswehr auch aussehen kann, wenn sie in einer „schlechten" Gegend stattfindet und die Herren Offiziere persönlich ins Volk „hinabsteigen", haben wir am Fischmarkt selbst erlebt.

Am Sonntag war der traditionelle Fischmarkt wegen der Überschwemmung ausgefallen. Als wir uns die Schäden anguckten, sahen wir, daß ein Bananenverkäufer trotzdem gekommen war, um etwas Geld zu verdienen – er hat dort keinen gestört, weil er sich am Rand, am Pinnasberg, aufgebaut hatte.

Es haben auch eine Menge Leute rumgestanden und sich über die Ereignisse des Tages unterhalten.

Da kamen drei junge Leutnants in ihrem Privatauto dahergefahren, stiegen aus und trafen Anordnungen: Der Bananenhändler mußte seinen Stand dichtmachen!

Nach dieser erfolgreichen Hilfsmaßnahme verabschiedeten sich die Herren Jungoffiziere wieder, nicht ohne noch einen altklugen Spruch zu machen, daß sie ja nun die Nacht durch aktiv gewesen wären und der nun nicht einfach seinen Handel treiben könne ...

Ansonsten war von unserem Heer dort nichts zu sehen, und da keine weitere Hilfe zu erwarten war, machte der Bananenmann seinen Stand wieder auf. Die Leute kauften und diskutierten weiter. (aus: „Hamburger Militärzeitung")

Streichung von finanziellen Ködern

Im Rahmen der Sparmaßnahmen der Regierung soll auch die Bundeswehr sparen. Und natürlich spart sie nicht an teuren Waffensystemen, sondern – wie könnte es auch anders sein – an den Personalkosten. Die Einsparungen treffen hauptsächlich Zeitsoldaten.

- Soldaten auf Zeit erhalten künftig erst nach sechs Monaten Dienstbezüge. Vorher bekommen sie lediglich Wehrsold.
- Die Verpflichtungsprämie für Zeitsoldaten wird herabgesetzt. Nur solche Soldaten erhalten sie in verkürzter Form, die sich für vier bzw. acht Jahre verpflichten. Am 1. Januar 1977 fallen alle Verpflichtungsprämien aufgrund gesetzlicher Bestimmungen fort.
- Die Übergangsbeihilfe für Zeitsoldaten wird auf das Anderthalbfache bis Vierfache (bisher das Sieben- bis Vierzehnfache) der Dienstbezüge vermindert.

Hatten es der Staat und die Bundeswehrführung noch in den vergangenen Jahren nötig, durch finanzielle Köder überhaupt Soldaten dazu zu bewegen, sich als Zeitsoldaten zu verpflichten, so nimmt ihnen heute das die Krise ab. Viele Arbeiter und Angestellten sind heute aufgrund der Arbeitslosigkeit gezwungen, sich als Zeitsoldaten zu verpflichten, um nicht völlig mittellos dazustehen. Die Bundeswehrführung braucht sich also nicht über einen Mangel an Zeitsoldaten zu beklagen. – (aus: Rührt euch, Zeitung des Initiativkomitees für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Augustdorf/Paderborn)

BRD-Imperialismus: Polizeimacht in Europa

Als Schritt des US-Imperialismus in Südeuropa / Geschäfte auf eigene Rechnung

In der letzten Woche hat der neue Außenminister des spanischen Faschismus in Bonn seinen Antrittsbesuch gemacht. Es war dies der erste Staatsbesuch von de Areilza, Graf von Montrico, seit Amtsantritt. Es ist kein Zufall, daß er gerade Bonn galt. Das faschistische Regime in Spanien ist vom BRD-Imperialismus ökonomisch abhängig. Politisch kann sich das Regime nur mit ausländischer Hilfe im Sattel halten. Während der Kapitalexport anderer imperialistischen Länder nach Spanien seit 1973 zurückgegangen ist, hat das westdeutsche Kapital seinen Export nach Spanien von 1,9 Milliarden 619 737 Peseten (1973) auf 2,2 Milliarden im Jahr 1974 gesteigert. Befriedigt stellt „Die Welt" am 9. Januar in einer Beilage „Kapital für Spanien" fest: „Damit rückte die Bundesrepublik vom dritten auf den zweiten Rang unter den Investoren vor." Den ersten Rang hält noch der US-Imperialismus. Der BRD-Imperialismus will jetzt dafür sorgen, daß Spanien möglichst bald in die EG aufgenommen wird. Auf dieses Weise will er seinen Einfluß auf die inneren Verhältnisse Spaniens verstärken. Die Hauptsorge der Bundesregierung ist, daß das spanische Volk unter Führung der Arbeiterklasse das faschistische Regime stürzen könnte. Dann wäre es bald aus mit den paradiesischen Zuständen für die Imperialisten. Diese sehen gegenwärtig so aus: Steuererleichterungen bis zu 95 Prozent für ausländische Kapitalisten, Abschreibungsfreiheit in den ersten fünf Jahren der Investition. „Attraktiv ist Spanien aber auch wegen der niedrigen Löhne", wie „Die Welt" schreibt. Im Frühjahr fährt eine Delegation des Kapitalistenverbandes BDI nach Spanien. Es ist verständlich, daß das westdeutsche Finanzkapital alles tut, um das herrschende Regime im Sattel zu halten. Die „Liberalisierung" des Regimes soll diesem Zweck dienen und gleichzeitig die Politik der Bundesregierung und anderer imperialistischer Staaten vor der Empörung der Volksmassen im eigenen Land schützen.

„Portugiesische Zustände verhindern"

Der BRD-Imperialismus will für Spanien von vornherein verhindern, was ihm in Portugal passiert ist. Durch den Sturz des Caetano-Regimes wurde sein politischer Einfluß in diesem Land erschüttert. Sofort haben sich die Regierung und alle bürgerlichen Parteien ins Zeug gelegt, um diesen Einfluß wieder herzustellen. Erpressung und Bestechung sind die Mittel. Zweck ist auch hier, Portugal als Paradies für westdeutsches Kapital zu erhalten. In Portugal ist das westdeutsche Finanzkapital führend, und es muß mit Hilfe der Regierung und der Parteien alles tun, damit die Volksmassen dort keine revolutionäre Macht errichten, die das ausländische Kapital enteignet. Heute hat der Imperialismus die politische Macht in Portugal zunächst wieder fest in der Hand. Er wird diese Lage nutzen, um Volk und Land erbarmungslos auszupressen. Dazu dient das jetzige Regime, das fest an der Leine des US-Kapitals und des EG-Kapitals mit der BRD an der Spitze liegt.

„Die italienische Krankheit beseitigen"

Auch zu Italien entwickeln sich die Beziehungen der BRD zunehmend wie die einer imperialistischen Schutzmacht gegenüber einem abhängigen Land. Lange Zeit war Italien ein bevorzugtes Land für westdeutschen Kapitalexport. Der entscheidende Einfluß, den der BRD-Imperialismus auf Italien ausübt, wurde zuletzt durch einen Zwei-Milliarden-Dollar-Kredit gegen Verpfändung des italienischen Goldschatzes und durch die Übernahme des PAL-Systems von seiten Italiens gestärkt.

Voll Sorge blickt das westdeutsche Finanzkapital auf die Entwicklung der Klassenkämpfe in Italien. Die Korrespondenten im Fernsehen berichten aus Italien schon wie Kriegsberichterstatter in die Heimat. In diesen Berichten ist viel von „Krankheit" die Rede. Deutlich hört man heraus, wer dort als Arzt die notwendigen Operationen durchführen soll: der BRD-Imperialismus. Auch in Griechenland hat der BRD-Imperialismus große Interessen. Auf welche Klasse sich die Bundesregierung dabei stützt, hat Schmidt selbst noch im verlängerten Weihnachtsurlaub verdeutlicht. Er hat ihn in der Villa eines griechischen Milliardärs verbracht.

„Durch Aufbau der EG die Einmischungsmöglichkeiten vergrößern"

Der BRD-Imperialismus hat heute in diesen europäischen Ländern, in denen sich der Klassenkampf trotz der revisionistischen Parteien schwungvoll entwickelt, sehr handfeste Interessen, und er tut alles, um diese Interessen zu verteidigen. Vorläufig bedient er sich dabei des ökonomischen und diplomatischen Drucks. Aber solcher Druck wirkt nur, wenn er von einer tatsächlichen Macht gestützt wird, wenn hinter diesem Druck eine Armee steht. Dies ist einer der Gründe, warum die Bundesregierung sich nicht groß genug tun kann mit der angeblichen Disziplin in der Bundeswehr. Dies Imponiergehabe soll Stärke demonstrieren. Keineswegs nur gegenüber dem Sozialimperialismus, dessen Angriff die BRD fürchten muß und gegen den sie sich eng mit den USA verbündet. Die Bundeswehr und ihr Herausputzen dient auch dazu, den Machtansprüchen in Westeuropa Nachdruck zu verleihen.

Immer offener tritt die Bundesrepublik, die sich gern als Ordnungsfaktor bezeichnet, als mögliche Polizeimacht und Interventionsmacht hervor. Wenn die BRD heute als treibender Faktor für die Herstellung der Europäischen Union und für die Beschränkung der Souveränitätsrechte der Mitgliedsländer eintritt, wenn die BRD heute für die Mitgliedschaft Portugals, Spaniens und Griechenlands in der EG eintritt, dann hat sie dabei nicht nur die Erleichterung der wirtschaftlichen Vorherrschaft des BRD-Imperialismus in Westeuropa im Auge. Sie hat die Möglichkeiten im Auge für politische Vorherrschaft und polizeimäßige Intervention, die eine solche Europäische Union bieten würde.

In ihren Aktionen genießt die BRD das Wohlwollen des US-Imperialismus: Nicht nur gegenüber dem Sozialimperialismus, mit dem die USA um die Vorherrschaft über Europa heftig rivalisieren, braucht der US-Imperialismus einen Festlandsdegen, der ihm den Aufmarschplatz sichert. Auch gegenüber der Arbeiterklasse der westeuropäischen Länder, gegen die Volksmassen Europas, die sich erneut gegen Kapitalismus und Imperialismus erheben, braucht der US-Imperialismus einen einheimischen Sheriff. Dafür ist ihm der BRD-Imperialismus gut, auch wenn dieser seine eigenen Pläne verfolgt. - **(js)**

Kambodscha hat eine neue Verfassung

Am 3. Januar hat eine Sitzung des kambodschanischen Ministerrats unter Vorsitz von Prinz Sihanouk die neue Verfassung Kambodschas, die im Dezember vom 1000 Mitglieder umfassenden Nationalkongress der Volksvertreter angenommen worden war, ratifiziert. Die neue Verfassung formuliert die mit dem vollständigen Sieg vom 17. April 1975 im ganzen Land errichtete neue Staatsmacht, die revolutionäre Volksmacht von Arbeitern, Bauern und Soldaten.

Der Text im einzelnen ist noch nicht zugänglich, aber zusammenfassende Darstellungen der einzelnen Artikel. Das neue Kambodscha nennt sich Demokratischer Staat von Kambodscha, erster Präsident ist Prinz Norodom Sihanouk. Die Verfassung hat 16 Kapitel und 21 Artikel. Der erste Artikel legt fest, daß Kambodscha ein Staat ist, „der unabhängig, demokratisch ist. Er ist ein Arbeiter- und Bauernstaat." (Le Monde, 7.1.)

Das und die Feststellung in Artikel 21, nach der „verboten ist, auf kambodschanischem Boden fremde Stützpunkte zu errichten; der Staat gegen ausländische Intervention und jede Form von Aggression verteidigt werden muß", dokumentiert erneut die Lächerlichkeit der imperialistischen Lüge vom angeblichen Vasallenstaat der VR China. Die Gerichtsbarkeit liegt in den Händen des Volkes. Nach Artikel 9 wird die Rechtsprechung von Volksgerichten ausgeübt, deren Mitglieder werden von der Volksversammlung gewählt. Die neue Verfassung garantiert den Frauen die gleichen Rechte wie den Männern, dem Volk ein angemessenes Lebensniveau, die Arbeitslosigkeit ist abgeschafft und jedem Arbeit garantiert und die Arbeiter sind die Herren der Fabriken.

An dieser revolutionären Verfassung zerschellen die Lügen der Imperialisten von einem angeblichen Terrorregime einer kleinen Clique über die Volksmassen, wie schon das Märchen von der riesigen Hungersnot, das Kissinger verbreitete. Vor wenigen Wochen schickte Kambodscha 5000 Tonnen Reis als Geschenk nach Laos, um bei den Schwierigkeiten zu helfen, die vorübergehend durch eine von Thailand verhängte und inzwischen wieder aufgehobene Blockade eingetreten waren.

Daß Prinz Sihanouk als Präsident bestätigt worden ist, zeigt, daß die Gerüchte darüber, er sei über die Verhältnisse in Kambodscha enttäuscht und desillusioniert, falsch sind. Tatsächlich erklärte er: „Die Nationale Einheitsfront, der ich vorsitze, ist ein Beispiel an monolithischer Einheit. Khieu Samphan und andere Rote Khmer Führer sind echte Nationalisten und treten konsequent ein für die vollständige Unabhängigkeit unseres Landes. Es gibt welche, die nennen mich eine ‚Marionette Chinas', weil ich in Peking mein Hauptquartier hatte, eine ‚Marionette der Vietnamesen', wenn ich Hanoi besuchte. Tatsächlich sind wir niemandes Marionetten; was uns vereint, ist, daß wir alle Kambodschaner sind und konsequent für Kambodscha." Und zur neuen Verfassung erklärte er: „Ich bin zufrieden mit der neuen Verfassung, die vom Volk angenommen wurde. Sie ist klar, unzweideutig, leicht zu verstehen und die Stimme der Revolution und der Demokratie." (Le Monde, 7.1.). Nur unverbesserliche Parasiten am Volk, die sich hartnäckig weigern von ihrer eigenen Arbeit zu leben und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen fortsetzen wollen, können mit solchen Verhältnissen nicht einverstanden sein. – **(hl)**

Krise und Regierungskrise in Italien

Programm gegen die Arbeiterklasse vorgelegt

Der Rücktritt der Regierung Moró, die 37. Regierungskrise in Italien nach dem Krieg, hat im bürgerlichen Lager große Sorgen ausgelöst: Von der US-Regierung, über die eben bekannt wurde, daß sie die großen rechtsbürgerlichen Parteien Italiens regelmäßig mit Dollars schmiert, über das westdeutsche Finanzkapital, den italienischen Kapitalistenverband Confindustria bis hin zur revisionistischen KPI sind sich alle einig: Die Regierungskrise ist gefährlich und die kleine Sozialistische Partei, die sie auslöste, handelte verantwortungslos, als sie der Regierung Rumor die parlamentarische Unterstützung entzog.

Schon länger als 18 Monate steckt Italien in einer tiefen kapitalistischen Wirtschaftskrise. Die industrielle Produktionskapazität war Ende November nur zu zwei Dritteln (68 %) ausgelastet. (Neue Zürcher Zeitung, 27.28.12.1975) Die Industrieproduktion lag 1975 bei 11 bis 12 % unter der des Vorjahres. Zeichen für eine Belebung sind nirgends zu erblicken: „Aus einer Jahresübersicht der Union der italienischen Handelskammern ergibt sich, daß sich die Wirtschaftslage in 79 von den insgesamt 95 Provinzen des Landes gegenüber dem Vorjahr verschlechtert hat, in 16 Provinzen hielt sie sich verhältnismäßig stabil . . . eine Zunahme war nirgends zu verzeichnen." (Nachrichten für Außenhandel, 5.1.76) Immer wieder kommt es zu Pleiten und Stillegungen, zu großen Entlassungswellen: Durch Rationalisierungen und durch Vernichtung von Kapital suchen die Kapitalisten der Krise Herr zu werden. Der Druck auf die Löhne wächst: „Die Realeinkommen immer breiterer Kreise entwickeln sich . . . rückläufig." (Nachrichten für den Außenhandel S. 1)

Streiks der Arbeiter

Die italienische Arbeiterbewegung nimmt diese Versuche der Kapitalisten, ihr alle Lasten der Krise aufzubürden, nicht kampflos hin. Allein vom September auf den Oktober sind die Streiktage im Jahr 1975 um die Hälfte gestiegen. (Neue Zürcher Zeitung, 27./28.12.) Und am 8. Januar fiel der Rücktritt der Regierung Moro zusammen mit einem 24-stündigen Streik der Staatsbeamten und Angestellten, an dem sich auch die Eisenbahner, die Transportarbeiter, die Postbeamten, Industrie- und Landarbeiter, insgesamt 12 Millionen Lohnabhängige beteiligten. (Neue Zürcher Zeitung, 10.1.76) Mit besonderem Ärger reagierte das einheimische und ausländische Finanzkapital auf Streiks, die ihnen Stillegungen und Massenentlassungen unmöglich machen, wie kürzlich bei Pirelli und beim italienischen Zweigwerk der Singer-Werke.

Das internationale Finanzkapital erhöht den Druck

Je schärfer die Krise wird, um so mehr drängt das internationale Finanzkapital und drängt die italienische Bourgeoisie auf durchgreifende Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse. Im September 1974 mußte die italienische Staatsbank bei der Deutschen Bundesbank wegen akuter Devisenknappheit einen Kredit von 2 Milliarden Dollar über 6 Monate Laufzeit aufnehmen. Die italienische Staatsbank mußte dafür einen Großteil ihrer Goldreserven verpfänden. Zum Fälligkeitstermin Ende März 1975 hat sie erst 0,5 Milliarden Dollar zurückzahlen können. (45. Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, S. 120) Die italienische Bourgeoisie wird also als Schuldner an ziemlich kurzer Leine geführt und gedrängt, etwas zur Verbesserung ihrer Lage zu tun.

Dafür war von der Regierung Moro alles auch schon ausgeheckt. Die Regierung hatte einen Gesetzesentwurf „zur Umstrukturierung, Reorganisation und Umstellung der Industrie und des Bergbaus" vorgelegt. 25 000 Milliarden Lire oder knapp 8 Milliarden Mark sollten dafür bereitgestellt werden. Allein im Haushaltsplan für 1976 würde sich dadurch das Defizit auf 11,5 Milliarden Lire gegenüber dem Vorjahr fast verdreifachen. Allein das Defizit im Staatshaushalt würde damit 8,8 % des gesamten Bruttosozialprodukts Italiens umfassen. (Neue Zürcher Zeitung, 20./21.12.) Finanziert werden soll es über Erhöhung der Staatsschuld. Scheinheilig heißt es dazu in der „Neuen Zürcher Zeitung" (16.12.): „Dem Vorhaben, auf breitester Front die industrielle Rekonversion (Umgestaltung) in Angriff zu nehmen, könnte, wie in Finanzkreisen erwogen wird, die derzeit überquellende Liquidität der Banken dienstbar gemacht werden."

Das Programm der Regierung Moro: diktiert vom Finanzkapital

Umgekehrt wird ein Schuh draus: Die Banken schwimmen in Geld, sie haben „Schwierigkeiten . . . bei der Plazierung ihrer liquiden Mittel". In dieser Lage versucht „das Banksystem" sich „auf breitester Front" den Staatsapparat dienstbar zu machen: Es leiht ihm die fehlenden Milliarden gegen hohen Zins und diktiert zugleich den Verwendungszweck.

Als Verwendungszweck sind im Reorganisationsprogramm der Regierung Rumor für die Industrie drei Maßnahmen vorgesehen: Erstens werden aus einem Fonds für die Finanzierung der industriellen Umstrukturierung verbilligte Kredite an die Kapitalisten gewährt. (Neue Zürcher Zeitung, 16.12.) Zweitens sollen Aktienpakete von privaten Unternehmen aufgekauft werden, um diesen Unternehmen dadurch Kapital zuzuführen. Aufgekauft werden diese Aktienpakete von den Banken, die als öffentlich-rechtliche Körperschaften organisiert sind. Und die Banken bekommen den Aufkauf über den Fonds per Billigstkredit finanziert. (Neue Zürcher Zeitung, 12.12.) Sie machen also nicht nur das direkte Geschäft mit der Staatsschuld, sondern kaufen mit den Geldern, die sie dem Staat geliehen und von ihm gegen niedrigste Zinsen zurückerhalten, Beteiligungen an verschiedenen Firmen auf.

Das Ganze ist ein Programm, um eine gigantische Bereicherung des Finanzkapitals in die Wege zu leiten. Gerechtfertigt wird es vor allem damit, der notleidenden Kleinindustrie müsse geholfen werden. Tatsächlich sind als Beihilfen für die kleinen und mittleren Kapitalisten, die zum Beispiel in der Metallindustrie 92 % der 8 000 Unternehmen ausmachen, ganze 600 Milliarden Lire oder gut 2 % der Gesamtsumme vorgesehen. (Neue Zürcher Zeitung, 27./28.12.)

Das Umstrukturierungsprogramm der Industrie soll die Betriebe „rentabler" machen, wie es heißt. Mit anderen Worten: Durch Rationalisierung sollen Arbeiter eingespart und entlassen werden. Das ist der nicht einmal verhehlte nächste Zweck des Programms. Um dieses Ziel gegenüber der Arbeiterbewegung durchsetzen zu können, hat der Industrieminister den Vorschlag eingebracht, solche Arbeiter, die aus Betrieben entlassen werden, welche Mittel aus dem staatlichen Fonds beziehen, sollten für fünf Jahre ein Arbeitslosengeld von 80 Prozent gezahlt bekommen. Daß damit die heute geführten Kämpfe der Arbeiter gegen Stillegungen unterlaufen werden sollen, wird an der Warnung des Industrieministers greifbar, man solle nicht versuchen, die Arbeitsplätze in jedem einzelnen Betrieb zu verteidigen. (Neue Zürcher Zeitung, 16.1.)

Widersprüche im bürgerlichen Lager

Ein solches Regierungsprogramm, wo die arbeitenden Massen schließlich über die Steuern die Fütterung der Kapitalisten von Staats wegen finanzieren sollen, ein solches Programm braucht Ruhe. Das muß man möglichst still über die Bühne bringen, wozu man verantwortungsbewußte Politiker braucht. Ruhe gehalten haben denn auch die regierenden Christdemokraten und Republikaner. Ruhe gehalten hat ebenfalls die revisionistische KPI. Allerdings drängt diese darauf, daß wenn sie schon Ruhe hält und die Arbeiterbewegung der Bourgeoisie gefesselt zu Füßen legt, etwas für sie dabei herausspringen muß. Sie will das oder ähnliche Rettungsprogramme in der Regierung mitverantworten.

Soweit ging also alles gut und die italienische und westeuropäische Bourgeoisie sah ihr Programm und die Milliarden fast schon durchs Parlament gekommen und im Sack. Da begann angsichts der stillen Zusammenarbeit zwischen Christdemokraten und Revisionisten von der KPI bei der Führung der kleinen Sozialistischen Partei die Sorge übermächtig zu werden: sie könnte überflüssig werden für die Erhaltung der bürgerlichen Herrschaft in Italien. Sie stürzte die Regierung Moro, die selber keine ausreichende Mehrheit im Parlament besitzt. Man kann sich lebhaft vorstellen, warum da **alle** bürgerlichen Kräfte über Verantwortungslosigkeit sich entrüsten. – **(wm)**

Sammlung für Druckmaschine zur Unterstützung der PFLO kann erfolgreich abgeschlossen werden

Anfang Dezember hatte das Zentrale Komitee des KBW dazu aufgerufen, die Mittel für eine Druckmaschine zu sammeln, die der Befreiungsbewegung von Oman (PFLO) übergeben werden soll. Bis zum 8. Januar 1976 sind auf dem Konto des KBW durch 83 Einzel- und Gruppenüberweisungen bisher 25 151,84 DM eingegangen. Verschiedene Überweisungen sind angekündigt, aber noch nicht eingegangen. Wir bitten, daß alle Spenden innerhalb der nächsten Woche überwiesen werden, damit die Druckmaschine (Preis zirka 40 000 DM) rasch beschafft und an ihren Bestimmunsort transportiert werden kann.

Das Zentrale Komitee dankt allen Spendern für ihre Unterstützung des Volkes von Oman, seiner Befreiungsorganisation, der PFLO, und ihres gerechten Befreiungskampfes gegen Feudalismus und Imperialismus.

Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
gez. Joscha Schmierer

Portugal

Regierung will die Agrarreform rückgängig machen

Wie ich in der letzten Woche schrieb, wurden sich die Regierungsparteien PPD (Volksdemokraten), PS (Sozialisten) und PCP (Revisionisten) einig in dem, was sie „Agrarreform" nennen.

Worum geht es bei dieser Neufassung der Agrarreform? Als 1975 das Agrarreformdekret Nr. 406 A verkündet wurde, da tat die bürgerliche Regierung so, als treffe sie eine „revolutionäre Maßnahme". Die Revisionisten feierten dieses Gesetzesdekret über alle Maßen und bewiesen mit diesem Gesetz, daß die Interessen des Volkes bei der bürgerlichen Regierung gut aufgehoben seien. Tatsächlich war dem Erlaß des Gesetzes eine Massenbewegung großen Ausmaßes unter den Landarbeitern des Südens vorausgegangen, die viele Ländereien der faschistischen Großgrundbesitzer besetzt hatten. Die bürgerliche Regierung war gezwungen, ein Agrarreformgesetz zu erlassen. Entsprechend war der Charakter dieses Gesetzes, das versuchte, den Kampf der Besitzlosen um Erde und Brot sofort zu kanalisieren und einzuschnüren, ihn an die Zustimmung des Staates zu binden. Natürlich gingen die Landarbeiter nicht darauf ein und fuhren in ihren eigenständigen Aktionen fort.

Heute hat sich die herrschende Klasse durch die Niederschlagung der demokratischen Soldatenbewegung in die Lage versetzt, dem Einhalt zu gebieten. Landwirtschaftsminister Cardoso meinte, das Agrarreformgesetz könnte jetzt durchgesetzt werden, weil jetzt, nach dem 25. November, „die Voraussetzungen dafür günstiger sind". Nicht nur, daß die in der Vergangenheit von den Landarbeitern begangenen „Exzesse" rückgängig gemacht werden sollen. Das Agrarreformgesetz selber ist neu gefaßt, oder besser: Man hat sich nun darüber geeinigt, was unter „Agrarreform" zu verstehen sei.

Die „Exzesse" festzustellen hat man eine Untersuchungskommission eingesetzt. Bevor sie jedoch ihre Arbeit beginnt, steht ihr Ergebnis bereits fest. Der Landwirtschaftsminister stellte nämlich fest, daß „das Gebiet, das nach dem Gesetz Gegenstand von Enteignungen ist, 300 000 Hektar nicht überschreitet". Die Kommission wird also an ihren Schreibtischen zu dem Ergebnis kommen, daß alle Besetzungen über 300 000 Hektar hinaus „Exzesse" sind.

Die Regierung schätzt, daß heute im ganzen Land etwa eine Million Hektar besetzt sind, also 700 000 „widerrechtlich". Nach dem alten Gesetz sollte aller Besitz über 500 Hektar enteignet werden. Selbst bürgerliche Experten kamen dabei auf ein Gebiet von 1 050 000 Hektar, das enteignet werden müßte. Diese Zahl hält sogar heute noch die Zeitung „Diario de Noticias", die jetzt in Händen der PPD ist, für gesichert. Demnach sollen also jetzt 750 000 Hektar Großgrundbesitz geschont werden.

Untersuchen wir aber die Sache genauer. Die Distrikte Evora, Beja und Portalegre, d.h. das Gebiet des östlichen Alentejo, machen nur einen Teil der Bodenfläche Portugals aus, auf der Großgrundbesitz besteht. Im Norden, z.B. im Minho oder in Mittelportugal oder auch im Ribatejo, dort gibt es auch Großgrundbesitz. Betrachten wir aber nur die drei genannten Distrikte, so gibt es hier insgesamt 791 Güter über 500 Hektar mit einer Gesamtfläche von 1 025 000 Hektar. Heute sind von diesen 791 Gütern etwa 300 von den Landarbeitern besetzt und in Kooperativen verwandelt. Das entspricht einer Gesamtfläche von 500 000 Hektar. Die Landarbeiter haben also in diesen drei Distrikten noch nicht einmal die Hälfte des feudalen Berges abgetragen. Das ist aber schon um 200 000 Hektar mehr, als nach dem Willen der bürgerlichen Regierung für ganz Portugal gesetzlich sein soll. So wird also zu erwarten sein, daß in den drei Distrikten demnächst 300 000 Hektar den Großgrundbesitzern zurückerstattet werden sollen. Den Arbeitern des Alentejo wäre damit gesetzlich lediglich gestattet, ein Fünftel des Großgrundbesitzes in diesem Gebiet zu liquidieren. Eben das nennen die Regierungsparteien heute „Agrarreform".

Es gibt mehrere Gründe dafür, warum die Regierung diese neue „Größenordnung" für Enteignungen festgesetzt hat:

Erstens beruht die Macht der herrschenden Klasse in Portugal auf dem Großgrundbesitz, und je näher die Wahlen rücken, desto mehr beginnen auch die Sozialdemokraten mit den Mächtigen und Kaziken (Dorfvorstehern) auf dem Land zu rechnen.

Zweitens hat sich der Staat verpflichtet und das auch jetzt wieder bekräftigt, daß alle Enteignungen entschädigt werden. Soviel Geld hat aber dieser Staat gar nicht, um all das zu bezahlen, was die Massen enteignen müssen, wenn sie sich von der Last des Imperialismus, der Monopole und des Großgrundbesitzes befreien wollen.

Drittens haben inzwischen mit Sicherheit viele Großgrundbesitzer ihre Güter umgeschrieben. Der Tante ein Stückchen, dem Neffen ein anderes usw., bis eine Fläche von 4 000 Hektar juristisch in lauter Einzelelemente zerlegt ist. Besetzen die Arbeiter das Land der Tante, so ist das ein Verstoß gegen das Gesetz.

Viertens ist eine weitere „kleine" Änderung des Agrarreformgesetzes vorgenommen worden, die ebenfalls gestattet, die Größenordnung zu reduzieren. Ehemals hatte der Großgrundbesitzer nur dann ein Recht, für sich 50 Hektar einzubehalten, wenn er diese 50 Hektar mit eigenen Händen bearbeiten wollte. Heute hat er dieses Recht generell.

Gegen solche Winkelzüge der bürgerlichen Agrarreform haben die Massen immer die Forderung nach einer radikalen Agrarreform erhoben: Entschädigungslose Enteignung! Das Land denen, die es bebauen! Vollständige Beseitigung des feudalen Großgrundbesitzes! Diese radikale Agrarreform ist von den Massen lediglich im Süden, kaum in Zentralportugal und überhaupt nicht im Norden in Angriff genommen worden. Das kommt der Reaktion gelegen, um jetzt in derNeufassung ihrer Agrarreform selbst diese überhaupt nur noch auf den Süden Portugals zu beschränken. Die Bauern und Pächter des Nordens haben keine Agrarreform zu erwarten, wenn sie sie nicht selber erkämpfen. Die Neufassung der Agrarreform will etwas, was durch staatlichen Boykott und Intrige eh schon auf halbem Weg ins Stocken geriet, wieder vollends rückgängig machen und annullieren.

Methoden der Reaktion

Einige Großgrundbesitzer haben am 15. Dezember in Canha die „Kooperative der Zukunft" mit bewaffneten Haufen angegriffen. Nur die Solidarität der Landarbeiter konnte verhindern, daß sie sich ihr Land wieder aneigneten. Die Großgrundbesitzer wollen zur Liquidierung der Errungenschaften der armen Klassen des Landes die Methode des blutigen Terrors anwenden. Hier gehen allerdings die Auffassungen der bürgerlichen Parteien auseinander. Der PS-Landwirtschaftsminister Lopez Cardoso setzt mehr auf die Methode des Erstickens. Er plädiert im Gegensatz von vor einigen Monaten, wo er noch strenge staatliche Aufsicht und Kontrolle forderte, heute für eine „weitgehende Autonomie der Kooperativen und für eine Vermeidung staatlicher ökonomischer Eingriffe".

Was heißt das in einer Lage, in der die Zwischenhändler über die Kooperativen herfallen, die Preise für Geräte, Maschinen und Dünger immens steigen, der Staat die Kredite verknappt? In einer solchen Lage heißt das, daß der Staat die Kooperativen den Großgrundbesitzern, Nahrungsmittelkonzernen und Banken zum Aushungern freigibt. Schnell wird es dahin kommen, daß die Kooperative ihren Mitgliedern den Lohn zusammenstreichen muß, während der nächste Großgrundbesitzer solange einen besseren Lohn zahlt, bis die Kooperative am Boden liegt. Hinter der so schön klingenden weitgehenden Autonomie, die der Landwirtschaftsminister vorschlägt, steckt nur, daß der Staat als Organ der Großgrundbesitzer, Imperialisten und Monopolisten natürlich nicht die Errungenschaften des Volkes verteidigen will, sondern es fördert, wenn sie erstickt werden.

Alle diese Neufassungen der Agrarreform hat die revisionistische PCP unterschrieben. Sie gibt für „Taktik" aus, was ein vollständiger Verrat an der Revolution ist. Die Landarbeiter sind sich der Gefahr bewußt, die auf sie zukommt. Am 23. Dezember schon trafen sich in Alcacer do Sal etwa 2 000 Arbeiter von 75 Kooperativen des Distrikts Setubal. Sie beschlossen:

Gegenwehr der Landarbeiter

„In Erwägung, daß die im Vormarsch begriffene reaktionäre Offensive nach dem 25. November zur Verhaftung von Antifaschisten, zur Räumung von Kooperativen, Häusern usw. geführt hat; in Erwägung der faschistischen Angriffe auf die ‚Kooperative der Zukunft', die ‚Kooperative des Roten Kanals' und andere; in Erwägung, daß die Regierung und die darin vertretenen Parteien sich rüsten, die landwirtschaftlichen Kooperativen anzugreifen, daß sie schon begonnen haben, die Leitung des regionalen Agrarreformzentrums des Distrikts von Setubal, die immer unsere Entscheidungen unterstützte, abzusetzen, machen wir den Vorschlag:

Erstens, daß die landwirtschaftlichen Kooperativen zur Verteidigung und Herstellung der Einheit der verschiedenen Kooperativen auf der Ebene der Gemeinden jeweils ein Sekretariat bilden. Zweitens, daß dieses Sekretariat von einem oder zwei Mitgliedern jeder Kooperative der Gemeinde gebildet wird, die auf Versammlungen der Mitglieder jeder Kooperative gewählt werden. Drittens, daß die Funktionen dieses Sekretariats sind: a. Ausarbeitung und Leitung der Verteidigung der Kooperative gegen Angriffe der Faschisten, b. Organisierung des Verkaufs der Gemeindekooperativen, indem mit Organen des Volkswillens, den Einwohner- und Arbeiterkommissionen, den Gewerkschaften der Städte Kontakt aufgenommen wird. c. Organisierung der gegenseitigen Hilfe zwischen den Kooperativen durch Austausch von Arbeitern, Maschinen und Dienstleistungen. Viertens, daß dieser Vorschlag in allen Kooperativen vorgelegt und diskutiert wird, damit es möglich wird, bis zum 15. Januar eine Versammlung der Kooperativen durchzuführen und ihre Vertreter für das Sekretariat der Gemeinde gewählt zu haben."

Wie ich in der vorigen KVZ berichtete, ist es zum Kontakt einiger Kooperativen mit Arbeiter- und Einwohnerkommissionen in Lissabon gekommen. Auch in Porto haben sich über 40 Kommissionen versammelt und beginnen, gemeinsam mit den Kooperativen der Region den direkten Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in den Arbeitervierteln zu organisieren. Die heutige Lage zwingt die Landarbeiter und Bauern politisch und materiell zu einer engen Verbindung mit den Arbeitern in der Stadt.

Arbeiter-Bauern-Bündnis: Kern der Einheitsfront des Volkes

Die Marxisten-Leninisten, die sich jetzt zur PCP/R zusammengeschlossen haben, gehen davon aus, daß nur der Aufbau einer breiten antifaschistischen und antiimperialistischen Front des Volkes den Vormarsch der Reaktion aufhalten und den Sieg der Volksdemokratie sichern kann. Kern dieser Front ist das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern, das seinerseits nur in dem Maße zuwege gebracht wird, in dem die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse erkämpft wird. In der von der Organisationskommission dem Gründungskongreß der PCP/R vorgelegten These über die „demokratische Revolution des Volkes" heißt es:

„Die Allianz der Arbeiter und Bauern ist zugleich mit der Einheit der Arbeiterklasse die einzig sichere Grundlage, auf der sich die Einheitsfront des ganzen Volkes herstellen läßt. Aufgrund ihrer Lage haben die Bauern und vor allem die armen Bauern eine revolutionäre Kraft, die, einmal in Gang gesetzt, unaufhaltbar ist . . . Die opportunistischen Tendenzen in der Führung der alten Kommunistischen Partei Portugals haben immer das Bündnis der Arbeiter mit den Bauern gering geschätzt. Sie sind immer abgeglitten entweder zu einem Bündnis mit dem radikalen Kleinbürgertum mit der Konsequenz eines putschistischen und abenteuerlichen ‚Links'opportunismus, durch den die Arbeiteravantgarde in bewaffneten Aufständen zerrieben wurde, oder zum Bündnis mit der liberalen Bourgeoisie, mit der Folge eines versöhnlerischen und pazifistischen Rechtsopportunismus, der das Proletariat seiner revolutionären Ziele entledigte, um die bürgerlichen Verbündeten nicht zu erschrecken. Die revisionistische Partei mit ihrer Linie der Verhinderung der Revolution gibt heute die ausgebeuteten Bauernmassen vollständig preis und tut nichts mehr dafür, daß sie sich gegen ihre Unterdrücker erheben. Die marxistisch-leninistischen Organisationen haben es bis heute nicht geschafft, ernsthafte Wurzeln auf dem Land zu schlagen. Unsere Partei muß dieser Lage entschieden entgegentreten. Nur die Tätigkeit derjenigen Partei . . ., die den breiten Bauernmassen dazu verhilft, sich zu vereinen, sich von der bürgerlichen Schirmherrschaft zu befreien, den Weg des Kampfes für ihre Interessen zu finden sowie das Ziel einer radikalen Agrarreform, nur die Partei kann das Arbeiter-Bauern-Bündnis herstellen. Bei der Herstellung dieses Bündnisses sind die praktische und tägliche Arbeit und die Bildung von Organisationen, die für die Massen zugänglich sind, alles und Proklamationen fast gar nichts. Das ist eine Aufgabe, der wir ab sofort viele Kräfte widmen müssen. Keine andere Partei wird es an unserer Stelle tun." (Aus: Tribuna de Congresso Nr. 7, 10. Dezember 1975) – (**kkw**, 12. Januar, Lissabon)



Die Landarbeiter im Alentejo halten an der Forderung nach Landreform fest.

Ost-Timor: FRETILIN kontrolliert größten Teil des Territoriums

Der indonesische Außenminister soll in der vorigen Woche in Timor-Ost von etwa 3 000 Menschen „jubelnd" begrüßt worden sein. Die Hälfte der Jubelnden waren nach portugiesischen Zeitungsberichten portugiesische Soldaten, die die andere Hälfte unter Drohungen zur Begrüßungszeremonie geschleift hatten. Die von den indonesischen Aggressoren in Dili eingerichtete Marionettenregierung soll sogar an die FRETILIN einen Aufruf gerichtet haben, sich zu ergeben. Die militärische Lage in Timor-Ost sieht allerdings anders aus. Noch immer sind in Aileu Teile der indonesischen Truppen eingekreist. Sie haben dort inzwischen große Verluste hinnehmen müssen. Eine Rettungsaktion durch Helikopter wurde durch die Bevölkerung vereitelt. Wie die FRETILIN weiter mitteilt, kontrollieren die indonesischen Truppen lediglich den nördlichen Küstenstreifen, wo sie aber in Atabae, Maubara, Liquica, Dili und Bau Cau mit zahlreichen Guerilla-Aktionen konfrontiert sind. Der größte Teil des Territoriums wird nach wie vor von der FRETILIN kontrolliert. Am 9.1. konnte die FALINTIL (der bewaffnete Arm der FRETILIN) 50 Prozent des Gebietes von Manatuto zurückerobern, das in der letzten Woche massiv von indonesischen Truppen bombardiert worden war. An der Südküste in Viqueque konnte ein Landemanöver der Indonesier zurückgeschlagen werden, wobei reichlich Kriegsmaterial erbeutet wurde. Die portugiesische Regierung, eine der Hauptschuldigen an der indonesischen Invasion, schlug derweil vor, eine UNO-Truppe möge unter Leitung portugiesischer Einheiten auf Timor-Ost intervenieren. Unter dem Deckmantel einer Friedensstiftung soll so dem Volk von Timor-Ost eine weitere Invasion zugefügt werden. Die FRETILIN hat dieses Ansinnen der portugiesischen Regierung schon seit langem entlarvt. – (**kkw**)

Libanon:
Die Angriffe der Phalangisten treiben die Revolution hervor

Im Libanon sind Truppen der Phalangisten direkt zum Angriff auf Lager des palästinensischen Volkes übergegangen. Sie haben die Lager Tel-Zaatar und Jirs-el-Bache umzingelt und eingeschlossen. Sie schießen mit Mörsern direkt in die Lager. Durch eine Blockade, die nun über eine Woche dauert, wollen sie verhindern, daß Lebensmittel in die Lager gelangen. Durch Waffengewalt und Hunger sollen die Massen niedergekämpft werden. Ausdrücklich haben sie erklärt, daß jetzt der „Todesstoß für die palästinensische Revolution" erfolgen müsse. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Januar)

Die Lager jedoch werden von den Massen verteidigt, die Truppen der Reichen holen sich blutige Nasen. Nach Berichten der „Süddeutschen Zeitung" haben die libanesischen und palästinensischen Kämpfer ein „Warenlager der Christen besetzt, Lebensmittel im Wert von rund fünf Millionen Mark ‚konfisziert' und diese in die Flüchtlingslager gebracht. Dies sei der Ersatz für die 60 Tonnen Mehl, Reis, Zucker und Trockenmilch", der durch die Blockade die Lager nicht erreicht hat.

Die Phalangetruppen haben mit ihrer Blockade erneut ein Waffenstillstandsabkommen zunichte gemacht und gebrochen. Immer wieder haben die nationalen und fortschrittlichen Kräfte im Libanon, unterstützt von der PLO, Waffenstillstandsabkommen geschlossen, um die Probleme friedlich zu lösen, den imperialistischen Mächten die Möglichkeit zu versperren, im Libanon Spaltung zu betreiben, im Trüben zu fischen und den Libanon im Kampf gegen den Zionistenstaat Israel zu schwächen. Umgekehrt haben die USA durch Waffenlieferungen stets sichergestellt, daß die Phalange ihre Angriffe fortsetzen kann und nicht ins Hintertreffen gerät. Auch auf die anderen Imperialisten können sie sich verlassen: Frankreich hat seinen „Vermittler" Couve de Murville entsandt, auch die BRD ist hineinverwickelt: „Mehrere Beiruter Zeitungen hatten am Freitag Erklärungen des libanesischen Sozialistenführers Kamal Dschublat wiedergegeben, wonach die christliche Rechte Libanons Waffen aus der Bundesrepublik erhalten habe." (Süddeutsche Zeitung, 10. Januar)

Angriffe wie jetzt auf Tel-Zaatar und Jirs-el-Bache haben die Phalangisten in den letzten Jahren wiederholt unternommen. Von April bis Oktober 1969, im Mai 1973. Immer zielten diese Angriffe auf Zerschlagung des palästinensischen Befreiungskampfes, auf Vertreibung der palästinensischen Massen aus dem Libanon. Sie fürchten die palästinensischen Massen und die palästinensische Revolution, die für die gesamte arabische Nation ein Vorbild im Kampf gegen Zionismus und Imperialismus ist. Sie fürchten die Wirkung dieses Vorbilds auf die Massen im Libanon. Die Reichen wollen den Libanon aus dem Kampf gegen Zionimus und Imperialismus heraushalten. Ihre Existenz ist eng mit der Unterstützung durch den US-Imperialismus verknüpft, ihren Reichtum und Luxus verdanken sie nichts anderem als der Beteiligung an den Finanzgeschäften des amerikanischen und europäischen Finanzkapitals. Von den 96 Banken in Beirut sind gerade zehn mit ausschließlich libanesischem Kapital. Insofern die herrschenden Klassen im Libanon verlängerter Arm des US-Imperialismus sind, waren und sind sie immer bereit gewesen, die Existenz des zionistischen Staates anzuerkennen und haben sie sich daran beteiligt, die palästinensische Revolution niederzuhalten.

Im April 1975 haben die Phalange-Truppen erneut ihre Angriffe aufgenommen. Sie fanden jedoch in einer veränderten Situation statt: Sie konnten die Palästinenser nicht isoliert angreifen, wie sie es sich wünschten. Durch vereinten Kampf von libanesischem und palästinensischem Volk wurden die Angriffe zurückgeschlagen.

Vor allem aber trafen sie auf die Lage, daß die libanesischen Massen den Kampf für ihre eigene nationale und soziale Befreiung gegen diese Reaktionäre und Kettenhunde des ausländischen Imperialismus aufgenommen haben. Deshalb konnten die Phalangisten ihre Ziele nicht durchsetzen, die Lage blieb unentschieden. Sodann versuchten sie die Kräfteverhältnisse durch einen Militärputsch zu verändern: eine Militärregierung wurde gebildet. Diese stellte einen Rekord auf: nach zwei Tagen trat sie zurück. Zurückgetreten wurde sie durch den dreitägigen Streik in der Industrie und im Dienstleistungsbereich. Die Phalangisten gaben sich nicht geschlagen, sondern versuchten in der Folgezeit beständig das Blatt zu ihren Gunsten zu wenden. Unterstützung erhielten sie durch die israelischen Zionisten, die mit massiven Bombardements den Libanon angriffen und so ihr Teil beitragen wollten, den Libanon sturmreif für die Reaktion zu machen.

War zuerst Ziel der Phalangisten Zerschlagung des palästinensischen Widerstands und Vertreibung der Palästinenser aus dem Libanon, so hat ihr Angriff zu nichts anderem geführt, als daß er die Kampftätigkeit der libanesischen Arbeiter, Bauern, der Fischer und der Jugend für die Stärkung der nationalen Souveränität, für Demokratie und sozialen Fortschritt auf den Plan gerufen hat. So mußten die Phalangisten darauf hinaus, diesen Kampf insgesamt zu zerschlagen. Dies ist ihnen ebenfalls nicht gelungen. Im Gegenteil, im Herbst 1975 haben sie erfahren müssen, daß sie mit militärischen Mitteln nicht siegen können. Der von ihnen entfesselte Bürgerkrieg, den sie nicht rasch zu ihren Gunsten entscheiden konnten, hat für sie ein bitteres Ergebnis gebracht: Viele Banken haben ihre Stützpunkte außer Landes verlegt, das Touristengeschäft ging zurück, die Geschäfte der Reichen sind ernstlich gefährdet.

Offensichtlich haben sie jetzt ihre Ziele und ihre Taktik erneut geändert: Sie konzentrieren sich erneut auf die Palästinenserlager, in der Absicht und Hoffnung, daß sie es durch diese Taktik insgesamt mit der libanesischen Massenbewegung zu tun bekommen. Sie wollen erneut das Chaos herstellen und damit die Möglichkeit der Intervention schaffen. Eine Intervention, über die die israelischen Zionisten laut und öffentlich nachdenken. Zugleich scheinen sie ihre Ziele geändert zu haben: Sie haben es aufgegeben, sich dem Gesamtstaat zu unterwerfen. Sie sprechen offen von der Spaltung des Libanon und der Gründung einer „Republik der Zedern". – **(hjh)**

Ein Angehöriger der palästinensischen Volksmiliz in einem Lager im Libanon



Vorbereitung der europäischen Revisionistenkonferenz:
Sowjetunion muß Zugeständnisse machen

Erneut hat die sowjetische Revisionistenclique eine taktische Wendung vollzogen, um das seit langem geplante Treffen der europäischen revisionistischen Parteien doch noch in diesem Jahr über die Bühne zu bringen. Der Clique um Breschnew liegt viel daran, dieses Treffen zustandezubringen, denn in ihren Vorherrschaftsplänen gegenüber Europa spielen die revisionistischen Parteien eine große Rolle

munistischen Parteien Westeuropas vor der imperialistischen Bourgeoisie des eigenen Landes und vor den US-Imperialisten als Oberherrn der imperialistischen Bourgeoisie.

Heute hat sich die Sowjetunion durch die revisionistische Entartung der KPdSU und durch die Machtergreifung der Bourgeoisie aus einem sozialistischen Land der Diktatur des Proletariats in einen sozialimperialisti-

auszusuchen, das ist ihr Programm, und sie will es durch keinerlei gemeinsames Papier irgendeines europäischen Revisionistenkongresses in Frage stellen lassen. Dieses Programm widerspricht jedoch dem Bedürfnis und der Absicht der Sozialimperialisten, die revisionistischen Parteien Westeuropas als ihre fünfte Kolonne einzusetzen.

Um so schlimmer für sie, daß jetzt auch die KPF der KPI ausdrücklich

chergestellt, daß die Phalange ihre Angriffe fortsetzen kann und nicht ins Hintertreffen gerät. Auch auf die anderen Imperialisten können sie sich verlassen: Frankreich hat seinen „Vermittler" Couve de Murville entsandt, auch die BRD ist hineinverwickelt: „Mehrere Beiruter Zeitungen hatten am Freitag Erklärungen des libanesischen Sozialistenführers Kamal Dschublat wiedergegeben, wonach die christliche Rechte Libanons Waffen aus der Bundesrepublik erhalten habe." (Süddeutsche Zeitung, 10. Januar)

Angriffe wie jetzt auf Tel-Zaatar und Jirs-el-Bache haben die Phalangi-

men haben. Deshalb konnten die Phalangisten ihre Ziele nicht durchsetzen, die Lage blieb unentschieden. Sodann versuchten sie die Kräfteverhältnisse durch einen Militärputsch zu verändern: eine Militärregierung wurde gebildet. Diese stellte einen Rekord auf: nach zwei Tagen trat sie zurück. Zurückgetreten wurde sie durch den dreitägigen Streik in der Industrie und im Dienstleistungsbereich. Die Phalangisten gaben sich nicht geschlagen, sondern versuchten in der Folgezeit beständig das Blatt zu ihren Gunsten zu wenden. Unterstützung erhielten sie durch die israelischen Zionisten, die mit massiven Bombardements den Li-



Vorbereitung der europäischen Revisionistenkonferenz:
Sowjetunion muß Zugeständnisse machen

Erneut hat die sowjetische Revisionistenclique eine taktische Wendung vollzogen, um das seit langem geplante Treffen der europäischen revisionistischen Parteien doch noch in diesem Jahr über die Bühne zu bringen. Der Clique um Breschnew liegt viel daran, dieses Treffen zustandezubringen, denn in ihren Vorherrschaftsplänen gegenüber Europa spielen die revisionistischen Parteien eine große Rolle

In den revisionistischen Ländern braucht die Sowjetunion diese Parteien direkt als Instrument ihrer imperialistischen Ausbeutungs- und Unterdrükkungspolitik. Notfalls braucht sie auch Leute, die die russische Armee ins Land rufen wie 1968 in der CSSR. Einen Kongreß aller europäischen revisionistischen Parteien will die Sowjetunion jedoch vor allem zustandebringen, um die westeuropäischen revisionistischen Parteien wieder fester an die Leine zu legen und sie besser als Instrument sowjetischer Hegemoniepolitik nutzen zu können.

Unter dem Druck der KPdSU haben diese Parteien in den fünfziger und sechziger Jahren sämtlich die Revolution verraten, den Kampf für die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats ausdrücklich aufgegeben und den „friedlichen Weg zum Sozialismus" eingeschlagen. Unter dem Druck der KPdSU haben sie sich also ausdrücklich der imperialistischen Bourgeoisie unterworfen. Daran war die Sowjetunion interessiert, um mit den Imperialisten und vor allem mit dem US-Imperialismus ins Geschäft zu kommen. Der Kapitulation der KPdSU vor der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion und vor dem US-Imperialismus in der internationalen Politik entsprach die Kapitulation der kom-

munistischen Parteien Westeuropas vor der imperialistischen Bourgeoisie des eigenen Landes und vor den US-Imperialisten als Oberherrn der imperialistischen Bourgeoisie.

Heute hat sich die Sowjetunion durch die revisionistische Entartung der KPdSU und durch die Machtergreifung der Bourgeoisie aus einem sozialistischen Land der Diktatur des Proletariats in einen sozialimperialisti-
schen Staat verwandelt. Diese neue Supermacht ist in ein unversöhnliches Ringen um die Weltherrschaft mit der anderen Supermacht eingetreten. Dieses Ringen spitzt sich zu im Kampf um Europa. Die sozialimperialistische Sowjetunion braucht jetzt die revisionistischen Parteien Westeuropas gerade für diesen Kampf, um sie als fünfte Kolonne ihrer Hegemonialbestrebungen einzusetzen. Einige der revisionistischen Parteien haben sich aber inzwischen so fest mit der Bourgeoisie des eigenen Landes verbunden und verschmolzen, sind so sehr auf die Aussöhnung mit dieser Bourgeoisie versessen, daß sie sich dem Druck der Sowjetunion nicht beugen und lieber mit Haut und Haar der eigenen Bourgeoisie dienen wollen als dem Sozialimperialismus in seinem Kampf mit der anderen Supermacht zur Hand zu gehen. So hat sich für die Breschnew-Clique Unerfreuliches seit ein paar Jahren in diesen Parteien zugetragen. Diese Widersprüche zwischen der Breschnew-Clique und einigen der revisionistischen Parteien Westeuropas machen die Konferenz für die Sowjetunion so wichtig und ihre Vorbereitung so schwer.

Bereits mehrere Entwürfe für ein gemeinsames Abschlußpapier sind verfaßt worden, doch nie konnte eine Einheit erzielt werden, die die Einberufung der Konferenz erlaubt hätte. Einige der westeuropäischen revisionistischen Parteien weichen heute auch dem Sozialimperialismus zuliebe nicht mehr von dem einmal eingeschlagenen Weg ab: Aussöhnung mit der eigenen Bourgeoisie und Aussöhnung mit dem US-Imperialismus. Die KP Italiens ist der Sprecher dieser revisionistischen Parteien: bedingungslose Anerkennung der bürgerlichen Demokratie, bedingungslose Verherrlichung des parlamentarischen Weges, keine Verurteilung der EG und der NATO, Freiheit der einzelnen Parteien, sich ihre bürgerlichen Bündnispartner selber

auszusuchen, das ist ihr Programm, und sie will es durch keinerlei gemeinsames Papier irgendeines europäischen Revisionistenkongresses in Frage stellen lassen. Dieses Programm widerspricht jedoch dem Bedürfnis und der Absicht der Sozialimperialisten, die revisionistischen Parteien Westeuropas als ihre fünfte Kolonne einzusetzen.

Um so schlimmer für sie, daß jetzt auch die KPF der KPI ausdrücklich
folgt. Marchais hat bereits vor dem Parteitag der KPF im Fernsehen verkündet, die Diktatur des Proletariats aus dem Statut streichen zu wollen. Dieses Überbleibsel stört die KPF beim Bruderkuß mit der französischen Bourgeoisie. Von der Sowjetunion dagegen versucht sich die KPF abzusetzen wie jüngst aus Anlaß eines Films über russische Gefangenenlager. All das gefährdet den Zugriff der Sowjetunion auf die revisionistischen Parteien.

Vor die Entscheidung gestellt, entscheidende Abstriche machen zu müssen oder die Konferenz nicht zustandezubringen, hat sich die Breschnew-Clique jetzt offensichtlich zu ersterem entschlossen. Besser ist es, die revisionistischen Parteien Westeuropas überhaupt an der Leine zu halten, wenn auch locker, als überhaupt den Bruch zu riskieren. So hat Breschnew in der ersten Dezemberhälfte einen Spezialbeauftragten, Sagladin, nach Italien geschickt und hat ihn dort mit Berlinguer, dem italienischen Revisionistenhäuptling, verhandeln lassen. Diese Verhandlungen haben wohl Erfolg gehabt. Jedenfalls haben sich die revisionistischen Parteien auf ihrem letzten Vorbereitungstreffen vom 16. bis 19. Dezember vorläufig verständigt, nachdem die sowjetische Verhandlungsdelegation ihre Position vom November wieder aufgegeben hat und auf die Verurteilung der Hegemoniebestrebungen der USA in Europa und die Verurteilung der NATO als Gefahr für die „europäische sozialistische Gemeinschaft" verzichtet zu haben scheint. Die revisionistischen Parteien haben sich inzwischen an die Ausarbeitung eines neuen, mindestens des dritten Entwurfs gemacht für eine gemeinsame Erklärung zu Ende der Konferenz. Im Januar soll wieder ein Vorbereitungstreffen stattfinden, und noch vor dem Parteitag der KPdSU, Ende Februar, soll endgültig das Datum für die Konferenz der europäischen revisionistischen Parteien festgesetzt werden.

Gromykos erfolgloser Japan-Besuch

Der Außenminister der Sozialimperialisten stieß mit seinem „Freundschaftswerben" auf schroffe Ablehnung in Japan. Der japanische Ministerpräsident Miki bezeichnete das Projekt eines „kollektiven Sicherheitssystems" für Asien unter der Aufsicht der Sowjetunion als „völlig unangebracht" und der Ministerpräsident lehnte eine Einladung in die Sowjetunion ab. Der Außenminister der Sozialimperialisten war nicht bereit, mit der japanischen Regierung über eine Lösung der territorialen Fragen, die zwischen der UdSSR und Japan bestehen, zu verhandeln: Weder wollen die Sozialimperialisten die Kurilen, eine zu Japan gehörende Inselgruppe, die sie seit dem Zweiten Weltkrieg besetzt halten, endlich herausgeben noch wollen sie in Zukunft die Verfolgung, das Kapern und Versenken der japanischen Fischerboote einstellen, die ihr Recht behaupten, in den Gewässern dieser Inseln zu fischen. Lediglich wurde versprochen, 32 gefangengenommene Fischer „demnächst" freizulassen! Erfolglos war der Außenminister der Sozialimperialisten schließlich auch bei dem Versuch, den bevorstehenden Abschluß eines japanisch-chinesischen Friedens- und Freundschaftsvertrages zu hintertreiben. Die Sowjetrevisionisten verlangten von Japan, einer im Vertrag enthaltenen „Anti-Hegemonie-Klausel" nicht zuzustimmen, da sich diese Klausel gegen die Sowjetunion richte! Die japanische Regierung ging auf diese Forderung überhaupt nicht ein, hatte sie doch mit dem Verhalten des Außenministers der Sowjetunion den besten Beweis für eine imperialistische Macht, die nach Hegemonie strebt. (nach Süddeutsche Zeitung, 13.1.76)

Sowjetunion: Zerstörung politischer Gegner in Nervenheilanstalten

Das sozialimperialistische Regime der Sowjetunion entließ am vergangenen Wochenende einen seiner politischen Häftlinge und ließ ihn nach Österreich auswandern. Der Mathematiker Leonid Pljuschtsch war 1972 verhaftet worden, weil er Artikel für Untergrundzeitungen verfaßt und sich an der Gründung einer Vereinigung zum Schutz der Menschenrechte beteiligt hatte. Weil er an „messianischen und reformerischen" Vorstellungen litt, wurde er in eine Nervenheilanstalt gebracht und dort unter anderem mit Insulinschocks „behandelt". Diese Behandlung politischer Gegner durch die Revisionistenclique, die in der Sowjetunion die Macht ausübt, erinnert an die Verbrechen des Faschismus. Sie ist kein Einzelfall. Leonid Pljuschtsch wurde entlassen, weil sein „Zustand sich gebessert" habe, erklärte TASS in zynischer Weise. Mit ihren Verbrechen versucht die bürgerliche Clique, die in der Sowjetunion sich an die Macht gebracht hat, den Sozialismus in den Schmutz zu ziehen, indem sie ihre Taten als sozialistisch bezeichnet. Aber außer den Revisionisten selbst glaubt kaum einer mehr, daß in der Sowjetunion der Sozialismus herrscht.

Vietnam unterstützt den gerechten Kampf des Volkes von Sahara

General Giap, der nordvietnamesische Verteidigungsminister, versicherte bei einem kürzlichen Treffen mit der Führung der FPOLISARIO anläßlich seines Besuchs in Algerien die feste Unterstützung des vietnamesischen Volkes für den gerechten Kampf des Volkes von Sahara.

Tagung des Internationalen Währungsfonds in Jamaika

Das Weltwährungssystem der Imperialisten gerät unter den Druck der Länder der Dritten Welt

Letzten Freitag haben Vertreter der westlichen imperialistischen Länder und der Entwicklungsländer in Jamaika wichtige Änderungen des Statuts des Internationalen Währungsfonds beschlossen. „Die Armen werden mächtig", kommentierte die Kapitalistenseele des „Handelsblatt" dazu letzten Montag.

Um das Geheimnis des Weltwährungssystems zu lüften und die Beschlüsse von Jamaika zu verstehen, genügt es, sich den Unterschied zwischen Gold und Dollars klar zu machen. Zwar scheint für den Arbeiter der Unterschied belanglos: er besitzt weder Gold noch Dollars. Und doch bedeutet dieser Unterschied doppelte Knechtschaft für die Völker der Welt.

Der internationale Handel schafft das Weltgeld

Über den Weltmarkt werden heute mehr als doppelt soviele Waren gehandelt als insgesamt innerhalb der BRD, die bekanntlich in der Welt das drittgrößte Bruttosozialprodukt zählt. Will beispielsweise die BRD Waren aus Italien kaufen, so kann sie der westdeutsche Käufer nicht in DM bezahlen. Der italienische Händler oder Fabrikant will italienische Lire und nicht DM für seine Ware. Damit der Handel zustandekommt, muß also der westdeutsche Käufer zuerst bei seiner Zentralbank DM in Lire tauschen. Und die Bundesbank muß beständig eine ausreichende Reserve in international gültigen Zahlungsmitteln halten, damit der Handel mit dem Ausland nicht ins Stocken gerät. Und jedes Land muß genauso verfahren. Es verhält sich damit ähnlich wie mit der Geldbörse. Im Durchschnitt des Monats werden immer ein paar Mark drin sein, weil man nie genau weiß, wann welche Zahlung fällig ist. Es ist eine beständige Reserve notwendig.

Nun treibt die BRD natürlich nicht nur mit Italien Handel und hält deshalb ihre internationalen Reserven nicht bloß in Lire, wie sie sie überhaupt nicht in bestimmter Währung hält. Es hat ja auch kein Mensch Münzen, mit denen er nur beim Bäcker einkauft, andere für den Metzger, eine dritte Sorte für die Kneipe usw. Überall gilt eine einheitliche Währung. So auch im Weltmaßstab. Mit dem Geld, das der italienische Verkäufer erhalten hat, kauft er jetzt vielleicht Waren in Honduras, der Verkäufer dort wiederum kauft vielleicht in Japan usw. Gleichzeitig verkauft der italienische Händler nicht nur in die BRD, sondern liefert noch in fünfzig oder mehr Länder. Und das Ganze spielt sich wiederum nicht zwischen einzelnen Käufern und Verkäufern ab, sondern zwischen Ländern. Der Warenhandel verläßt die engen nationalen Grenzen, und die Waren entfalten ihren Wert universell, d.h. für die ganze Welt. Der Welthandel verlangt daher einheitliches Weltgeld.

Der Unterschied zwischen Gold und Dollar

Als Weltgeld fungiert heute neben Gold vor allem der US-Dollar. 1958 bestanden noch 66 Prozent der internationalen Reserven aus Gold, 1967 noch 54 Prozent, Ende 1974 waren es noch 19 Prozent. Trotzdem hat das Gold jetzt den Dollar gestürzt.

Gold muß produziert werden wie jede andere Ware auch, und sein Wert regelt sich daher wie bei jeder anderen Ware auch durch die durchschnittliche Menge Arbeit oder Arbeitszeit, die darauf verwandt werden müßte.

Anders mit dem Dollar. Sein Wert entsteht nicht durch die Produktion der Dollar-Note, sondern sozusagen mit dem Aufdruck der Ziffer „10" oder „100". Könnte man dafür nicht eine bestimmte Menge Waren kaufen, so wäre er gerade ein paar Pfennige wert. Es läßt sich leicht sehen, daß es einen großen Unterschied macht, ob die USA ihre in fremden Ländern gekauften Waren mit Gold oder mit Papier-Dollars bezahlen. Würden sie mit Gold bezahlen, so müßten sie es tatsächlich mit demselben Aufwand produzieren wie es (im Durchschnitt) überall produziert wird und wie sie selbst ihre restlichen Waren auch produzieren müssen. Das Gold gilt allgemein als Maß der Werte, weshalb es auch das ursprüngliche Weltgeld ist. Der Welthandel hat sich das Weltgeld in Form des Goldes geschaffen.

Dagegen ist der Dollar ursprünglich nationale Währung der USA. Man kann in der BRD nicht mit Dollars einkaufen gehen. Ihr Wert besteht für den Susländer letztlich in dem Versprechen, daß er für eine 100-Dollar-Note tatsächlich Waren für 100 Dollar kaufen kann – in den USA. Dabei ist es natürlich gleichgültig, ob er die Dollars als Banknoten, also als Geldscheine, oder als Schuldschein auf Dollars erhält. Solange der Ausländer mit seinen Dollars nicht in den USA einkaufen geht, bekommt er dafür natürlich auch nichts. Er hat bloß den USA ermöglicht, von ihm Waren zu kaufen. Sein Land hat den USA einen Kredit eingeräumt.

Kauft eine US-Firma in der BRD eine Fabrik auf, so gibt sie dem westdeutschen Eigentümer einen Dollar-Schein über 1 Million US-Dollar. Der westdeutsche Kapitalist wird zwar diesen Schein zwecks Verflüssigung über seine Hausbank in DM umtauschen, der Dollar-Schein wird dann eben bei der Bundesbank liegen. Die Fabrik ist in die USA gewandert, aber solange der Dollar-Schein nicht in den USA gegen Waren eingelöst ist, wandern keine Waren in die Bundesrepublik zurück. Werden Waren, die ein Land – hier die USA – in einem anderen Land kauft, nicht unmittelbar mit anderen Waren oder mit Gold bezahlt, sondern in der Währung des Käuferlandes (US-Dollar), so wird damit internationales Kreditgeld geschaffen. Der Kredit besteht, solange die Zahlungsmittel nicht in ihr Heimatland zurückwandern. Deshalb sind alle außerhalb der USA befindlichen Dollars Kredite der anderen Länder an die USA.

Natürlich gilt diese Überlegung für jede Währung. Aber sie wird nur Wirklichkeit, sofern es einer nationalen Währung gelingt, an der Seite und anstelle des Goldes als Weltgeld zu fungieren. Nur dann zirkuliert sie außerhalb ihres Heimatlandes und wird als Reserve gehalten.

Durch die Einsetzung des Dollar als Weltgeld hat der US-Imperialismus die ganze Welt ausgeplündert

Das ist das ganze Geheimnis des Weltwährungssystems. 1944 gelang es den USA im Abkommen von Bretton Woods, die Stellung des Dollar als Weltgeld vertraglich garantieren und mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank institutionell absichern zu lassen.

Grundlage des Systems war der Aufstieg der USA zur imperialistischen Supermacht und zum Weltpolizisten gegen die Völker. Ihre imperialistischen Konkurrenten waren entweder besiegt oder völlig an die USA verschuldet, wobei sich die USA gleichzeitig den größten Teil des Goldes unter den Nagel rissen. Bereits 1913 bis 1920 verloren die fünf wichtigsten europäischen Länder über ein Drittel ihrer Goldbestände vor allem an die USA, so daß diese 1920 nahezu gleich viel Gold besaßen wie jene fünf Länder zusammen. 1938 besaßen die USA 55 Prozent aller staatlichen Goldvorräte in der Welt, 1949 waren es 70 Prozent (BIZ-Jahresberichte). Einer ganzen Generation von Kriminalschriftstellern haben bekanntlich die Goldlager von Fort Knox die Phantasie beflügelt.

Gläubigerstatus und Goldbesitz bildeten die ökonomische Grundlage der als „Dollar-Imperium" bekannten Vorherrschaft der USA.

Eine *nationale* Währung kann nie selbst *Welt*geld sein. Sie kann nur als Weltgeld fungieren, an Goldes statt. Andererseits: Wenn nationale Währung als Weltgeld gilt, so wird die Eigenschaft des Weltgeldes, universelles Maß der Werte zu sein, zum Monopolbesitz eines Landes. Wie jeder andere Monopolist streichen die USA daraus im Handel mit anderen Ländern einen Extraprofit ein, indem sie den Preis für Dollars über seinen Wert drücken, das heißt seinen Wechselkurs gegen die anderen Währungen und gegen Gold künstlich hoch halten (früher 1 Dollar gleich 4 DM, jetzt 1 Dollar gleich 2 DM). Das geht nur, weil die USA das Goldmonopol hatten und so den Goldpreis manipulieren konnten. Seit 1934 setzten sie diesen Preis auf 35 Dollar je Unze Feingold. In Bretton Woods garantierten sie, jeden vorgelegten Dollar entsprechend in Gold einzulösen. Diese scheinbare Großzügigkeit bedeutete in Wirklichkeit ein Festschreiben des Goldpreises in Dollar. Was eine Flucht ins Gold verhindern sollte, auch wenn der Wert des Dollars real stark abgesunken war. Andererseits wurde dadurch mit der Zeit das Goldmonopol der USA und damit die Stellung des Dollar zerstört.

Das System freier Wechselkurse ergänzte den Dollar-Imperialismus

Nach der Goldbindung des Dollar waren die festen, auf den Dollar bezogenen Wechselkurse der zweite Eckpfeiler des Bretton-Woods-Systems. Drohte der Kurs des Dollar am Devisenmarkt zu fallen, so mußte z.B. die westdeutsche Bundesbank Dollars aufkaufen, um den Kurs zu halten. Je weniger der Dollar wert wurde, um so mehr mußten die ausländischen Zentralbanken diese wertlosen Papiere gegen gute eigene Währung aufkaufen und sie im Keller horten. Und solange sie dort lagerten, bedeuteten sie zinslosen Kredit an die USA, zudem seinen Wert durch laufende Inflation verlierend. Die USA ihrerseits waren von solchen Stützungsaktionen befreit.

Zahlen mußte den Schwindel die Dritte Welt

Fast drei Jahrzehnte lang haben die USA auf diese Art und Weise ihr Zahlungsbilanzdefizit durch andere bezahlen lassen. Sie haben in der ganzen Welt billig eingekauft und noch nicht einmal andere Ware geliefert, sondern auf ewigen Pump gekauft. Die Menge der Dollars, die sich außerhalb der USA befinden, geht heute in die hunderte Milliarden. Allein über 100 Milliarden lagern als Währungsreserven bei den Zentralbanken, weitere 156 Milliarden lagern als Einlagen bei den Euro-Dollar-Banken im Ausland. Allein das ist wesentlich mehr, als allen Arbeitern und Angestellten der Bundesrepublik 1974 an Bruttolöhnen ausgezahlt wurde. Es ist, als hätte die BRD ein Jahr umsonst für die USA gearbeitet.

Freilich soll dies Beispiel nur die Größenordnung der Gaunerei klar machen. Die imperialistischen Konkurrenten der USA zahlten den Dollar-Tribut gerne, solange sie unter dem Waffenschirm der Supermacht und mit Hilfe des Währungssystems die Völker ausbeuten konnten. Nutznießer sind die Imperialisten, die der Dritten Welt die Rohstoffe rauben und mit Papiergeld bezahlen, das hinterher nichts wert ist. Deshalb haben sich ja auch die zehn größten westlichen Imperialisten im Zehner-Club extra zusammengeschlossen, um mittels des Internationalen Währungsfonds, in dem sie Stimmenmehrheit haben, die Schuldherrschaft über die Dritte Welt auszuüben. Die USA haben den Dollar als Weltgeld eingesetzt, um damit Schwindel zu treiben. Der Schwindel mußte auffliegen, sowie die Autorität des Schwindlers als Weltpolizist im Befreiungskampf und Unabhängigkeitsstreben der unterdrückten Völker aufflog.

So wie Lügen kurze Beine haben, so auch der Schwindel. Die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, die die Imperialisten durch Ersatz von Weltgeld durch Dollars zu überlisten versuchten, verschafften sich gewaltsam Geltung. Der Dollar wurde wieder auf den Boden zurückgeholt, und die Landung erschütterte die ganze imperialistische Welt.

Sie erfolgte als Währungskrise 1971 und drohte eine Welthandelskrise nach sich zu ziehen.

Von den einst 70 Prozent Anteil an den Welt-Goldvorräten waren den USA 1971 gerade noch 25 Prozent geblieben. Die Goldbindung des Dollars mußte aufgehoben werden, die imperialistischen Konkurrenten lösten sich aus dem System der festen Wechselkurse, und die USA wurden gezwungen, den Dollar selbst zu stützen. Dies war das Ende des Systems von Bretton Woods.

Das Weltwährungssystem der Imperialisten unter Druck. Die Beschlüsse von Jamaika

Was wurde nun in Jamaika beschlossen? Das System der festen Wechselkurse wird endgültig beseitigt, womit die Imperialisten die Dritte Welt zu beständiger Inflationierung ihrer Währungen treiben werden. Dazu wird der Goldpreis freigegeben, und ein Teil des beim Internationalen Währungsfonds lagernden Goldes wird dort abgezogen. Die Entwicklungsländer setzten eine Erhöhung der Kreditlinien des Fonds durch.

Diese Beschlüsse bedeuten erstens, daß die Bedeutung des Goldes steigen wird, und zweitens, daß die Dritte Welt nun auch den bisher ungestörten Hort imperialistischer Herrschaft, den Internationalen Währungsfonds, zu zersetzen beginnt.

Der Kommentator des „Handelsblatt" vom 12. Januar schreibt dazu: „Nach dreijährigem Hickhack um die Weltwährungsreform besteht das Gros des Reformpakets aus alten Ladenhütern. Was nun war neu und bedeutsam in Jamaika? Zweifelsohne die eskalierende Konfrontation auf der Nord-Süd-Achse, der sich selbst der mit Zentralbankgeldern arbeitende Eliteclub IWF nicht mehr entziehen kann. Auf den Internationalen Währungsfonds als Notenbank der Notenbanken schießen sich die Entwicklungsländer mehr und mehr ein."

Der ganzen Lumpenjournaille des westdeutschen Blätterwaldes läuft es kalt den Buckel runter, da sie den Wind durch die Burg und nun sogar durch das Allerheiligste pfeifen hört. Und die „Welt" fordert in blinder Wut gleich den Kopf des IWF-Präsidenten Witteveen, da er ihr die imperialistischen Interessen ungenügend vertritt.

Freilich mischt sich auch eine gute Portion Scheinheiligkeit darein. Denn ganz so belanglos sind die beschlossenen „Ladenhüter" nicht. Faktisch abgeschafft sind seit 1971 die festen Wechselkurse zum Dollar. Doch trotz Aufhebung der Verpflichtung der USA, Dollars in Gold einzulösen, galt weiterhin unter den Notenbanken ein offizieller Goldpreis von 44 Dollars die Unze sowie das Verbot, Gold am freien Markt zu kaufen oder zu anderem als dem offiziellen Preis zu verkaufen. Andererseits bildete sich am Goldmarkt ein zweiter, vom Diktat der USA jetzt weitgehend freier Gold-Dollar-Preis.

Am 1. Mai 1972 stieg er in London erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg über 50 Dollar pro Unze. Innerhalb von zwei Jahren stieg er auf zeitweise das Vierfache und liegt derzeit bei etwa 150 Dollar. Dies kommt einer Abwertung des Pseudo-Weltgeldes Dollar um runde 400 Prozent gleich und läßt nochmals das Ausmaß erkennen, mit dem die USA mittels des Bretton-Woods-Systems die Menschheit ausgeplündert haben und ausplündern. In Zukunft wird es also nur noch **einen** Preis (von jetzt 150 Dollar) geben.

90 Prozent des Goldes besitzen die imperialistischen Länder. Sie werden über Nacht durch die Neubewertung des Goldes Profite einstreichen, die mehr wert sind als die Hälfte der gesamten Produktionsanlagen Westdeutschlands zusammengenommen: 100 Milliarden US-Dollar.

Der Kampf ums Gold nimmt an Heftigkeit zu

Der Dollar konnte nur Weltgeld sein, insofern er für Gold stand. Wenn er jetzt seine Stellung zu einem guten Teil verliert, so ist klar, daß das Gold an Bedeutung gewinnt. Die Goldbeschlüsse geben den Goldhandel der Zentralbanken und unter den Ländern frei. Das Goldfieber wird ganze Staaten und Staatengruppen aufeinander hetzen. Und man kann im übrigen sicher sein, daß sich auch die andere Supermacht, die Sowjetunion, als zweitgrößter Goldproduzent nach Südafrika an der Hetzjagd beteiligen wird. Sie baut derzeit durch Verkauf eines Gold-Rubels ihren Ruf an den internationalen Finanzmärkten aus.

An dem Geschwafel der Währungspropheten, die Rolle des Goldes solle verringert – demonetisiert – werden, ist bloß soviel richtig, daß in der Epoche des Imperialismus immer jeder Imperialist versuchen wird, seine nationale Währung zum Weltgeld zu machen. Insofern wird das Gold seine „alte Rolle" tatsächlich nicht wieder erlangen. Aber es hört nicht auf, als Weltgeld zu wirken. Die Krisen werden furchtbarer sein und das Aufeinanderprallen der Konkurrenten gewaltsamer.

Finanzminister Apel soll gesagt haben, was das Wechselkursabkommen wert ist, würde sich erst zeigen, wenn der Dollar einmal stark unter Druck geraten sollte. Und: „Langsam wird jeder begreifen, daß Gold als einziges immer wertbeständig bleibt." (Nachrichten für Außenhandel vom 8. Januar und Der Spiegel Nr. 2/76)

Der Besitz des Goldes wird entscheidend für die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen sein. Und 90 Prozent des Goldes haben die Imperialisten, 10 Prozent haben die unterdrückten Länder, die weit mehr als zwei Drittel der Menschheit umfassen. Aus den Wölfen sind keine Lämmer geworden, bloß weil sie allerorten jetzt Hiebe einstecken müssen. Im Gegenteil. Die Gold-Beschlüsse zeigen, wie sich die Imperialisten weiterhin des Währungssystems bedienen wollen. Darüber zu täuschen ist die Scheinheiligkeit der Lumpenjournalisten.

Die Imperialisten bringen die Goldreserven der Dritten Welt an sich

Das Gold soll seine Bedeutung verlieren – sagen die Imperialisten: Deshalb laßt uns das Gold, das die Mitglieder in den IWF einzahlen mußten, dort herausnehmen. – Und wohin geht es? Ein Sechstel bekommen die einzahlenden Notenbanken – also vor allem die Imperialisten – einfach so zurück. Ein weiteres Sechstel soll verkauft werden, und der Erlös von etwa 4,5 Milliarden DM soll den Entwicklungsländern als Kredit vergeben werden (in Papiergeld natürlich). Und wohin wird dieses Gold gehen? Teils werden es die Finanzmagnaten persönlich kaufen, zum anderen haben die Zentralbanken bereits angekündigt, daß sie die „Bank für internationalen Zahlungsausgleich" (BIZ), eine Gemeinschaftsbank der Imperialisten, ins Feld schicken wollen. Insgesamt wird durch die Transaktionen mehr Gold in die imperialistischen Länder wandern als die Dritte Welt insgesamt besitzt.

Die Imperialisten bringen das Gold an sich, um die Dritte Welt weiterhin mit Papierwährung abzuspeisen und ihre Reichtümer unter Wert an sich zu bringen. Das wirkt lautlos und verheerend zugleich.

Die Ausbeutung durch die Imperialisten bringt es mit sich, daß die Entwicklungsländer ein chronisches Zahlungsbilanzdefizit haben. Deshalb forderten sie eine Erhöhung der Kreditlinien des Fonds um die Hälfte. 45 Prozent mußten ihnen die Imperialisten zugestehen, wollten sie nicht ihr ganzes „Reformpaket" auffliegen lassen. Die Kredite des IWF werden in vier Tranchen (Stufen) vergeben. Bei jeder Stufe werden schärfere Auflagen erteilt, was den Imperialisten die Möglichkeit gibt, verschuldete Länder direkt unter die Knute zu nehmen. Die Dritte-Welt-Länder forderten die Beseitigung dieser finanziellen Kanonenbootklauseln. Die USA und die BRD wollten beim alten bleiben, „um die kreditsuchenden Staaten härteren Auflagen und einer strikten Überwachung durch den IWF zu unterwerfen" (Nachrichten für den Außenhandel, 8. Januar).

Noch einmal habe man den großen Angriff auf die „Grundlagen des IWF" abschlagen können, zitiert das „Handelsblatt" vom 12. Januar den Vizepräsidenten der Bundesbank Emminger. Doch „um ein Haar", schreibt das „Handelsblatt", wäre daran die ganze Statutenänderung geplatzt. Die Dritte Welt wird jetzt als nächstes die Quoten- und Stimmrechtsverhältnisse angreifen. Ruhe wird es für die Imperialisten nicht geben. Empfangen für die Konferenz in Jamaika wurden ihre Finanzminister und Notenbankchefs von Tausenden von Demonstranten. Und US-Vertreter Reuss meinte zum Ende: „Das Gegenteil der eigentlichen Weltwährungsreform ist erreicht." – **(fb)**

Das neue Jugendarbeitsschutzgesetz:

Gesetz zur Freigabe der jugendlichen Arbeitskraft

Am 16. Januar soll im Bundestag ein jetzt bekannt gewordener Entwurf für das neue Jugendarbeitsschutzgesetz verabschiedet werden.

Eingeführt und gesetzlich abgesichert werden soll jetzt (aus: Bericht und Antrag des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung, 5. Januar):

- **die bisher verbotene Kinderarbeit.** *„Die Frage einer leichten Beschäftigung von Kindern wurde eingehend im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung ... beraten ... und auf die Landwirtschaft, das Austragen von Zeitungen und Zeitschriften und die Handreichungen beim Sport*" beschränkt. Festgehalten wurde weiter, daß Kinder drei Stunden arbeiten sollen, in der Landwirtschaft ist *„bei unvorhergesehenen Wetterumstürzen ... auch eine längere Beschäftigung im Rahmen des sog. übergesetzlichen Notstandes*" erlaubt.
- **die bisher verbotene Schichtarbeit für Jugendliche.** *„Den jugendlichen Arbeitnehmern müßte dagegen die Möglichkeit erhalten bleiben, sowohl in der Frühschicht ab 6 Uhr morgens als auch in der Spätschicht bis 23 Uhr abends tätig zu sein. Anderenfalls würde man in arbeitsmarktpolitisch unvertretbarer Weise die Einstellung jugendlicher Arbeitnehmer in mehrschichtigen Betrieben erheblich erschweren."*
- **die bisher verbotene Akkordarbeit für Jugendliche,** *„soweit dies zur Erreichung ihres Ausbildungszieles erforderlich ist, wenn sie eine Berufsausbildung für diese Beschäftigung abgeschlossen haben und ihr Schutz durch die Aufsicht eines Fachkundigen gewährleistet ist*".
- Weiterhin sieht der Entwurf die Regelungen vor, die die Bundesregierung in ihrem Entwurf 1974 schon einführen wollte, nämlich die Festschreibung der schon in der Wirklichkeit vorherrschenden Bedingungen wie Fünftagewoche, tarifliche Urlaubsbestimmungen für Jugendliche usw.

Der jetzt zur Verabschiedung vorgelegte Entwurf zum Jugendarbeitsschutzgesetz stellt eine Provokation der gesamten Arbeiterklasse und ihrer Jugend durch die sozialdemokratisch geführte Regierung dar. Er soll der schrankenlosen Ausbeutung der gesamten Arbeiterklasse durch die Kapitalisten Tür und Tor öffnen. Er entspricht haargenau den Interessen der Kapitalisten. Angekündigt als großes Reformwerk für die arbeitende Jugend durch die Bundesregierung und die Sozialdemokraten, stellt sich jetzt das Jugendarbeitsschutzgesetz, nachdem es Jahre in den Schubladen der Ausschüsse gelegen hat, direkt als finstere Reaktion heraus. Hemmungslose Ausbeutung und Rechtlosigkeit der jugendlichen Arbeitskraft, das ist geblieben von den angeblichen Reformen.

Die Kapitalisten können jubeln. Die Industrie und ihre Verbände, wie die ganze Kapitalistenklasse haben seit Jahren ihren uneingeschränkten Anspruch auf die „Ausbildung" der jugendlichen Arbeitskraft, worunter sie deren Ausbeutung verstehen, allen Bestrebungen der Volksmassen, allen reformistischen Vorhaben zum Trotz geltend gemacht und immer wieder zu verstehen gegeben, daß es daran nichts zu rütteln gibt. Das will die Bundesregierung ihnen jetzt als gesetzlich geschützten Anspruch bescheinigen und gleich noch ein bißchen mehr.

Die herrschende Klasse meint, daß Massenarbeitslosigkeit, besonders bei Jugendlichen, Kurzarbeit, Betriebsstillegungen und der verschärfte Druck auf die Arbeiter in den Betrieben gute Bedingungen dafür sind, dieses Gesetz zur Anwendung zu bringen. Bisher war die Kinderarbeit auf dem Lande und auch in den Betrieben verboten und auch im vorherigen Entwurf der Bundesregierung nicht vorgesehen. Jetzt soll sie auf dem Lande erlaubt werden, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann sie auch gesetzlich in den Fabriken abgesichert wird, wo sie schon praktiziert und von den Gewerbeaufsichtsbeamten im wesentlichen vertuscht wird. Nach Berichten der Bayerischen Gewerbeaufsicht zum Beispiel von 1974 hatte ein bayerischer Spielwarenfabrikant von 1972 bis 1974 30 Kinder von 11 bis 15 Jahren beschäftigt für 2 Mark die Stunde. Diese Art von Kinderarbeit wird jetzt auf dem Lande legalisiert, wo jugendliche Arbeitskräfte gern beschäftigt werden auf großen Bauernhöfen und Gütern, die ja zunehmend die kleinen Bauern verdrängen.

Akkord- und Schichtarbeit legalisiert

Auch in den Betrieben gestattet das Gesetz den Kapitalisten jetzt eine verschärfte Ausbeutung der Jugendlichen. Um die Ausbeutung nicht „erheblich zu erschweren", wird jetzt die Schichtarbeit und die Akkordarbeit für Jugendliche legalisiert. Das ist nicht nur wichtig für Kleinbetriebe, wo nach Angaben der Gewerkschaft die Übertretungen des Jugendarbeitsschutzes am höchsten sind mit insgesamt jährlich über einer Million Verstößen (einschließlich der Großbetriebe). Mit dieser Regelung werden Zustände legalisiert und dem Kapital Möglichkeiten der Ausbeutung geöffnet, wie es sie nur wünschen kann. Akkordarbeit oder die Arbeit mit akkordähnlichen Systemen, wenn's zur Ausbildung gehört. Da geht dann alles. Das läuft in der Wirklichkeit schon in einigen Fabriken. In Bremen z.B. gibt es eine Firma, Bremer Werkzeug- und Maschinenbau, die extra über hundert Lehrlinge beschäftigt und die ab dem zweiten Lehrjahr voll in der Produktion arbeiten unter einem Prämiensystem, wobei dann von der Firma Facharbeiter eingespart werden. Aufsichtspersonen sind dann die Unterantreiber, die Meister – alles zu Ausbildungszwecken.

Mit diesem Entwurf zum Jugendarbeitsschutzgesetz soll die Arbeiterjugend als rechtlose Masse gegen die älteren Arbeiter ausgespielt werden, gesetzlich abgesicherte Lohndrücker. Jeglicher Rechte beraubt, dem Druck der Jugendarbeitslosigkeit ausgesetzt, soll die Arbeiterjugend als williges Ausbeutungsobjekt der Kapitalistenklasse fungieren.

Die Arbeiterbewegung hat immer dafür gekämpft, daß ihre Jugend vor geistiger und körperlicher Degradation bewahrt bleibt, und ist für Schutzrechte besonders der jugendlichen Arbeitskraft genauso eingetreten wie für ihre eigene. Die Ausbeutung würde allerdings besonders erschwert, wenn die Arbeiterklasse und ihre Klassenorganisationen, die Gewerkschaften, das Verbot jeglicher Schichtarbeit fordern für die Jugendlichen ganz wie auch für alle Zweige der Volkswirtschaft mit Ausnahme jener, in denen sie aus technischen, von den Gewerkschaftsorganisationen gebilligten Gründen unbedingt notwendig sind, jedoch unter der Bedingung, daß die Nachtarbeit vier Stunden nicht übersteigt.

Die Arbeiterjugend braucht Schutzrechte

Der Kampf um den Jugendarbeitsschutz ist ein Kampf der ganzen Arbeiterklasse gegen die Versuche der Kapitalisten, die Ausbeutung immer höher zu schrauben und zu entfalten. Sie ist Aufgabe der Klassenorganisationen der Arbeiter, der Gewerkschaften. Und es sind mehrheitlich Sozialdemokraten, die dieses Knechtsgesetz jetzt im Bundestag im Dienst des Kapitals durchpeitschen. Das wird auch in den Gewerkschaften diskutiert. Nicht Gesetze mit Not- und Ausnahmeregelungen, nicht Gesetze zur Legalisierung der Kinderarbeit und verschärften Ausbeutung braucht die Arbeiterklasse zum Schutze ihrer Jugend, sondern Gesetze des Jugendschutzes mit generellem Geltungsbereich und ohne Ausnahmebedingungen. 8 Wochen Urlaub, Sechsstundentag an fünf Tagen in der Woche, Berufsschultage sind generell arbeitsfrei, Keine Akkord- und akkordähnliche Arbeit – Abschaffung des Akkordsystems, Generelles Verbot von Kinderarbeit – Forderungen also, die die Arbeiterklasse zusammenschließen gegenüber der Kaptalistenklasse und dem Staat, gegenüber der bürgerlichen Reaktion, Forderungen im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Dafür muß die Arbeiterklasse auch eintreten, wenn dieses Gesetz durchgepeitscht wird. – **(jk)**

Haushaltssicherungsgesetz gegen die Arbeiterklasse

Ab 1. 1. 76 weniger Arbeitslosengeld und mehr Schikane

Vor wenigen Tagen hat die Bundeanstalt für Arbeit die letzten amtlichen Zahlen über die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik veröffentlicht. Erneut ist die Zahl der Arbeitslosen im Dezember gestiegen. 1,2 Millionen, das entspricht einer Rate von 5,3 Prozent. Gleichzeitig hat die Bundesanstalt neue Dienstanweisungen herausgegeben aufgrund der nach dem Haushaltssicherungsgesetz verabschiedeten Änderungen des „Arbeitsförderungsgesetzes". In beträchtlichem Umfang werden ab Januar 1976 die Leistungen für Arbeitslose gekürzt und ihre polizeimäßige Kontrolle verschärft.

In aller Heimlichkeit an den Leistungen gestrichen

Nach der ab 1. Januar gültigen Tabelle wird das Arbeitslosengeld nach der jeweiligen Steuerklasse des Versicherten bestimmt. Vorher waren die Leistungen bei Ledigen aufgrund der Einkommenssteuergrundtabelle und bei Verheirateten aufgrund der Einkommenssteuersplittingtabelle, die beide Einkommen berücksichtigte, berechnet worden. Es wurde also nur nach verheiratet oder nicht verheiratet unterschieden. Jetzt gibt es dagegen gleich fünf verschiedene „Leistungsgruppen". Mit der Änderung der Berechnungsgrundlage werden hinter dem Rücken der Versicherten die Leistungssätze herabgedrückt. Schon ab 300 DM Monatseinkommen kommt in allen Fällen weniger heraus als vorher. So liegt z.B. der Satz bei einem ledigen Arbeiter mit einem monatlichen „Arbeitsentgelt" von 1 265 DM jetzt bei 800 DM, das sind 19 DM weniger als vorher. Ein Verheirateter mit Steuerklasse III würde 860 DM erhalten, also 13 DM weniger. Beträchtlicher noch sind die Kürzungen bei Verheirateten, die beide lohnabhängig sind. Wieviel ihnen abgezogen wird, hängt dabei noch davon ab, welche der beiden möglichen Steuerklassen sie gewählt haben.

Nehmen wir als Beispiel eine Familie, in der der Mann einen monatlichen Bruttolohn von 1 744 DM, die Frau von 1 202 DM bekommt. Nach der alten Tabelle erhielt die Frau, wenn sie arbeitslos wurde, 631 DM Arbeitslosengeld im Monat, der Mann 873 DM.

Haben sie die Steuerklassenkombination IV/IV gewählt, erhält die Frau nach der neuen Tabelle nur 587 DM, also 54 DM weniger, der Mann erhielte 819 DM, also ebenfalls 54 DM weniger. Bei Wahl der Steuerklassen III/V erhielte die arbeitslose Frau sogar nur 512 DM, der arbeitslose Mann 860 DM. Das sind 119 bzw. 13 DM weniger als nach der alten Tabelle!

Mit demselben Verfahren ist auch das Kurzarbeitergeld gekürzt worden. Bei Verheirateten, die beide arbeiten, kommt bei einem Stundenlohn von 10 DM fast 1,50 DM weniger Kurzarbeitergeld heraus!

Schlicht gestrichen ist der Anspruch von Schüler und Studenten mit abgeschlossener Ausbildung auf Arbeitslosenhilfe. Auf die Streichungen bei der Umschulung – das Unterhaltsgeld wurde von 90 Prozent auf 80 bzw. 58 Prozent des Nettolohnes gekürzt – werden wir später eingehen.

Gleichzeitig sind die Rechte der Lohnabhängigen weiter beschnitten und die bürokratischen Schikanen ausgebaut worden. Weitere Handhaben, die Versicherten um ihre Ansprüche zu betrügen. Die Bestimmungen, welche Arbeitsangebote einem Arbeitslosen „zugemutet" werden sollen, sind so erweitert, daß der Arbeitslose praktisch zur Annahme jeder beliebigen Arbeit gezwungen werden kann. Ausdrücklich wird festgelegt, daß eine angebotene Arbeit nicht deshalb abgelehnt werden darf, „weil z.B. nur Tariflohn gezahlt wird". „Auch eine Beschäftigung" könne „zumutbar" sein, „deren Netto-Entgelt geringer als die sonst zustehende Leistung" der Arbeitslosenversicherung sei. Überhaupt soll der Arbeitslose keine feststehenden Rechte haben, eine Arbeit abzulehnen. Je länger er arbeitslos ist und je größer die Arbeitslosigkeit, um so mehr darf ihm „zugemutet" werden. „Stufenweise Anpassung an den Arbeitsmarkt" nennt sich das.

Schikanen und Disziplinierung

Keinen Pfennig Geld vom Arbeitsamt soll derjenige sehen, der „wegen seines Verhaltens nach der im Arbeitsleben herrschenden Auffassung für eine Beschäftigung als Arbeitnehmer nicht in Betracht kommt". Wer z.B. von seinem Kapitalisten wegen „Aufsässigkeit" aus dem Betrieb geworfen wird, den soll auch das Arbeitsamt vor die Tür setzen dürfen.

Die neuen Gesetzesbestimmungen und Verordnungen sollen den Druck auf das Heer der Arbeitslosen verschärfen, damit unter seinem Druck die Existenzbedingungen aller Lohnabhängigen noch weiter niedergedrückt werden können. Welche Rolle die der staatlichen Verwaltung unterstellte Arbeitslosenversicherung in diesem Mechanismus schon gespielt hat, läßt sich an der Entwicklung im letzten Jahr leicht nachweisen.

Lag die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen 1975 bei etwas über einer Million, so liegt die Zahl derer, die sich im Laufe des Jahres beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet haben, mehr als dreimal so hoch, nämlich bei 3 450 700. Selbst wenn man die Zahl der Arbeiter und Angestellten, die mehrmals im Jahr arbeitslos gewesen sind, abzieht, bedeutet das, daß mindestens jeder sechste Lohnabhängige in diesem Jahr für kürzere oder längere Zeit arbeitslos gewesen ist. Die Kapitalisten haben allein im ersten Halbjahr 1975 etwa 8 Prozent aller Kollegen durch Arbeitslose ersetzt, also durch Arbeiter und Angestellte, die unbedingt Arbeit brauchen, weil sie von dem bißchen Arbeitslosengeld oder gar der Arbeitslosenhilfe nicht wissen, wie sie ihre Familie ernähren sollen. Das ist nicht ohne Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und den Lohn geblieben. Das kann man abschätzen anhand der Äußerung des Vorstandsmitglieds im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit, Willi Lojewski, daß die Bundesanstalt fast eine Milliarde weniger als vorausgesehen an Bundeszuschüssen gebraucht habe. Aufgrund des rapiden Abbaus bisheriger übertariflicher Löhne und Gehälter durch die Kapitalisten seien auch die Leistungen für die Arbeitslosen beträchtlich gesunken. Wie beträchtlich, zeigt ein Vergleich des durchschnittlichen Arbeitslosengeldes von April und von Juni 1975. In diesem kurzen Zeitraum ist das durchschnittlich ausbezahlte Arbeitslosengeld um nicht weniger als 71 DM gesunken, von 801 DM auf 730 DM (der Beitrag für die Krankenversicherung ist schon abgezogen). Das sind allein im Monat Juni verglichen mit April „Einsparungen" von etwa 45 Millionen DM.

Je stärker das Arbeitslosenheer von den Kapitalisten dazu benutzt wird, das Lohnniveau der Beschäftigten zu drükken, um so mehr wird in der Folge wiederum das Arbeitslosenheer ins Elend gedrängt und der einzelne Arbeitslose der Willkür der Kapitalisten nur noch mehr ausgeliefert. Dadurch verstärkt sich aber wiederum der Druck der industriellen Reservearmee auf die Arbeiter und Angestellten in den Fabriken.

Besonders gilt das für den wachsenden Teil der seit länger Zeit Arbeitslosen. Im Dezember waren nach Angaben der „Welt der Arbeit" (Nr. 1/76) schon über 350 000 länger als ein halbes Jahr arbeitslos. 100 000 schon über ein Jahr. Ungefähr jeder zehnte Arbeitslose kriegt kein Arbeitslosengeld mehr, sondern nur noch Arbeitslosenhilfe, also höchstens 58 Prozent des Nettolohns. Gegenüber dem gleichen Monat im Vorjahr ist das nahezu eine Verdoppelung des Anteils an der Gesamtzahl der Arbeitslosen. Mit durchschnittlich 540 DM (Juni 1975) findet sich ein Arbeiter, der vielleicht dreißig Jahre Versicherungsbeiträge bezahlt hat, innerhalb eines Jahres am Bettelstab.

Über 100000 erhalten nur Arbeitslosenhilfe

Gar nicht zu reden von den jetzt etwa 25 Prozent Arbeitslosen, die überhaupt nichts vom Arbeitsamt bezahlt kriegen. Entweder weil ihre Anträge immer noch nicht bearbeitet sind, wegen Sperrzeiten, weil die gesetzlichen Bestimmungen ihnen das Recht auf Schutz vor den Folgen der Arbeitslosigkeit schlicht verweigern.

Dabei muß bedacht werden, daß in den offiziellen Statistiken rund eine halbe Million Arbeiter und Angestellte, die keine Arbeit mehr haben, überhaupt nicht mehr auftauchen. Der größte Teil davon sind die ausländischen Arbeiter, die die BRD verlassen mußten. Ein großer Teil davon sind Frauen, die es aufgegeben haben, noch Arbeit zu finden, oder Lohnabhängige, die sich früher haben verrenten lassen.

Arbeitergelder kassiert, um noch mehr auf die Straße zu setzen

Bekanntlich hat das Arbeitsförderungsgesetz den Kapitalisten ermöglicht, sich Jahr für Jahr rund zwei Drittel der Versichertengelder legal anzueignen. Jetzt in der Krise fehlen diese Gelder. Zwar hat sich der Staat gesetzlich verpflichtet, einzuspringen. Diese Verpflichtung nützt den Versicherten aber wenig; im Gegenteil, wie das Haushaltssicherungsgesetz zeigt, benutzt der Staat sie dazu, mit dem Hinweis auf die leeren Staatskassen die Leistungen der Arbeitslosenversicherung zusammenzustreichen.

Und wenn jemand gedacht hat, daß sich die Bundesanstalt für Arbeit wenigstens bei einer Million Arbeitslosen auf die Leistungen an Arbeitslose beschränkt hätte, der hat sich geirrt. Auch im 1. Halbjahr 1975 sind von den Gesamtausgaben in Höhe von 9,3 Milliarden an Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe nur 4,4 Milliarden ausgezahlt worden. Der größere Teil der Ausgaben ist erneut den Kapitalisten direkt oder indirekt zugeschoben worden.

Wie das aussehen kann, zeigt ein Beispiel aus Göttingen. Dort wurden für einen Verwaltungsneubau 6,5 Millionen von der Bundesanstalt zur Verfügung gestellt, 1,3 Millionen als nicht zurückzahlbarer Zuschuß, der Rest als Darlehen zu 2 Prozent Zinsen (!). Der Bau sei im „öffentlichen Interesse", hieß es, und er werde für zwei Jahre Hunderte von Arbeitern Arbeitsplätze bieten. Später hieß es dann, der Bau sei nötig, um die Behörden zusammenlegen und Stellen einsparen zu können. Mit Arbeitergeldern die Kapitalisten oder den Staat füttern, damit sie durch Rationalisierungsinvestitionen weitere Arbeiter auf die Straße setzen können, das ist die Konsequenz davon, daß der bürgerliche Staat die Kasse der Versicherten an sich gerissen hat. Damit die Mästung der Kapitalisten mit den Versichertengeldern hemmungslos fortgesetzt werden kann, ist im Haushaltssicherungsgesetz jetzt sogar ausdrücklich die Festlegung über eine Mindestreserve aufgehoben worden.

In der letzten Zeit sind in den Gewerkschaften Beschlüsse gefaßt worden, die eine Verbesserung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung fordern und insbesondere auch, daß die Zahlung des Arbeitslosengeldes verlängert wird. Die Kollegen haben gesehen, daß sich die Arbeiterklasse gegen die von der Kapitalistenklasse und ihrem Staat systematisch betriebene Zerstörung der Arbeitslosenversicherung zur Wehr setzen muß.

Um die Arbeitslosenversicherung zu einem Instrument der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse zu machen, ist es notwendig, für die Forderungen einzutreten:

Vollständige Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung durch die Versicherten!

Umwandlung der Arbeitsämter aus staatlichen Einrichtungen in Einrichtungen, die ausschließlich von den Lohnabhängigen selbst verwaltet und aus dem Versicherungsfonds unterhalten werden!

Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten; sofern es sich um Lohnabhängige in staatlichen Betrieben oder Einrichtungen handelt, durch den Staat!

Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80 Prozent des Lohnes für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit! – (hv)